

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	9
Globalisierung & Eine Welt	12
Klima & Energie	15
Konsum & Verbraucherschutz	17
Landwirtschaft & Gentechnik	18
Naturschutz & Biodiversität	21
Stadt & Region	22
Tierschutz & Ethik	22
Umweltpolitik & Umweltrecht	22
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Ressourcen	28

VERBÄNDE



Thema: Kommunale Nachhaltigkeit	30
Aus den Verbänden	31
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Rezensionen	32
Internet	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	37
Rio+20-Gipfel: Wo bleibt die Bildung? Schwerpunkt: Rio+20	

THEMEN DES MONATS

Lärm

Angriff auf das Nachtflugverbot

Die europaweite Vernetzung der Flughafenausbaugegner kommt entscheidend voran

Seite 2

EU-Politik

Eine Umweltstrategie für Europa

Das 7. Umweltaktionsprogramm der EU bietet die Chance für eine Umweltpolitik, die den Namen verdient

Seite 4

Ressourcen

Die Grenzen des Planeten anerkennen

Ein europäisches Bündnis setzt sich für absolute Obergrenzen beim Ressourcenverbrauch ein

Seite 6

Wirtschaft

Umdenken – gegenlenken

Die Transformation des Systems muss solidarisch und gerecht gestaltet werden

Seite 8

Interview: Nachhaltigkeit

„Mangel an Konsequenz“

Seit zehn Jahren hat die Bundesregierung eine Nachhaltigkeitsstrategie, nun sollte sie sie endlich umsetzen

Seite 23

Lärm

Angriff auf das Nachtflugverbot

Die europaweite Vernetzung der Flughafenausbaugegner kommt entscheidend voran

30.000 Menschen nahmen im Frühjahr an bundesweiten Demonstrationen gegen Fluglärm teil. Doch in der EU gibt es einen Vorschlag für ein neues „Flughafenpaket“, das Wirtschaftsinteressen vor Umwelt- und Gesundheitsschutz stellt. Nicht nur Betroffene, auch das Umweltbundesamt und die Deutsche Herzstiftung warnen. ■ VON DIRK TREBER, BVF

Seit Mitte des letzten Jahres häufen sich die Bürgerproteste gegen den Ausbau von Flughäfen und die dadurch steigenden Belastungen. Es gab große Demonstrationen in Berlin, München, Frankfurt am Main, Leipzig, Düsseldorf, Köln und anderen Städten wie dem französischen Nantes. 77 Prozent der Deutschen haben Verständnis für die Forderung nach wirkungsvollen Nachtflugverböten, zumal die Deutsche Herzstiftung warnt, dass andauernde Lärmbelästigung und Luftverschmutzung krank machen. Auch das Umweltbundesamt (UBA) hat in einer neuen Studie zum Fluglärmschutzkonzept für den neuen Berliner Flughafen BER festgestellt: An „stadtnahen Flughäfen wie Frankfurt oder Berlin ist ein Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr notwendig“.

Doch aus Brüssel droht neue Gefahr für nationale Nachtflugbeschränkungen und -verbote. Die EU-Kommission hat im vergangenen Dezember einen dreiteiligen Gesetzesvorschlag veröffentlicht, der massiv in die Eigenbestimmung der Mitgliedstaaten eingreifen würde. Mit der geplanten Verordnung soll mehr Wettbewerb bei den Bodenverkehrsdiensten an europäischen Flughäfen geschaffen werden, außerdem sollen die Fluggesellschaften mehr Mitsprache bei der Zuteilung der Start- und Landerechte bekommen und – das ist neu und besonders gefährlich – lärmbedingte Betriebsbeschränkungen an Flughäfen sollen so gestaltet werden, dass die Airports und deren Nutzer weltweit konkurrenzfähig bleiben.

Dieser dritte Teil des EU-Flughafenpakets geht auf große US-Frachtunternehmen zurück, die angesichts bereits vorhandener Nachtflugbeschränkungen auf euro-

päischen Großflughäfen erhebliche Geschäftsbeeinträchtigungen befürchteten. Vor drei Jahren wollte das Frachtunternehmen Fedex auf dem Wiener Flughafen eine Europabasis einrichten, was jedoch an den maximal 3.000 zulässigen Nachtflügen pro Jahr scheiterte. Darüber beschwerte sich Fedex bei der EU, unterstützt von einigen Mitbewerbern.

Die EU beabsichtigt, die drei genannten Punkte nicht in einer Richtlinie zu regeln, was nationale Gestaltungsspielräume offenließe, sondern in einer Verordnung, die dann europaweit Gesetz in den 27 Mitgliedstaaten wäre. Sollte diese Verordnung beschlossen werden, könnten sich die US-amerikanischen Frachtunternehmen bei der EU-Kommission über bestehende oder kommende Nachtflugbeschränkungen beschweren. Die Kommission würde dann diese Regelungen für sechs Monate außer Kraft setzen und ausschließlich nach Gründen der wirtschaftlichen Effizienz prüfen. Bedenken wegen des Lärm- und Umweltschutzes, der Gesundheit oder der Wertminderung von Immobilien müssten nicht überprüft werden.

Kann der Plan gekippt werden?

Zwar lehnte der Bundesrat den EU-Vorstoß inzwischen ab, der Bundestag jedoch konnte wegen der von der EU gesetzten kurzen Frist nach der Weihnachtspause keinen Beschluss mehr fassen. Auch die meisten anderen EU-Mitglieder sind überumpelt worden, sodass keine Mehrheit für eine Ablehnung zustande gekommen ist. Insgesamt haben fast ausschließlich deutsche BürgerInnen schriftlich in Brüssel protestiert, aus anderen europäischen Staaten kamen kaum Bedenken.

Deutschland hofft aber noch auf die Ablehnung weiterer Länder, damit bei einem Treffen der EU-Verkehrsminister Anfang Juni wenigstens der Zeitplan gekippt werden kann, denn nach den momentanen Bestrebungen der Europäischen Kommission soll die neue Verordnung im Sommer oder Herbst 2013 in Kraft treten.

Diese Pläne der EU-Kommission nahmen die zahlreichen Bürgerinitiativen gegen Fluglärm und Umweltaktivisten auf europäischer Ebene zum Anlass, sich besser aufzustellen. Sie fordern für die 240 Flughäfen in der EU eine europäische Flughafenplanung, damit als Verkehrsknotenpunkt fungierende Hub-Flughäfen in Ballungsräumen nicht immer größer werden und damit nicht alle 60 bis 100 Kilometer, wie in Deutschland weitverbreitet, mittlere und kleine Flughäfen mit massiven Subventionen künstlich am Leben erhalten werden. Delegierte der Bürgerinitiativen aus dem Rhein-Main-Gebiet, die auch die Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF) und die Europäische Vereinigung gegen die schädlichen Auswirkungen des Luftverkehrs (UECNA) vertraten, waren Ende Februar für zwei Tage in Brüssel und sprachen nicht nur mit den lokalen Europaabgeordneten, sondern auch mit den wesentlichen Entscheidungsträgern der Kommission und den Berichterstattern der EU-Parlamentsfraktionen.

Erfolg vor Gericht

Anfang April hat das Bundesverwaltungsgericht (BVG) in Leipzig über den Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Frankfurter Flughafens abschließend entschieden. Der Ausbau wurde trotz vieler ungeklärter und nicht geprüfter Einwände

von zwölf Musterklägern und Tausender noch anhängiger Einwendungen von betroffenen BürgerInnen für rechtens erklärt.

Trotzdem kann sich die Luftfahrtlobby nicht uneingeschränkt über dieses Urteil freuen. Das Gericht hat in der Frage des Fluglärmschutzkonzeptes ganz anders entschieden, als die hessische Landesregierung, der Betreiber Fraport, die Lufthansa und die Logistikbranche erwartet hatten. Die vom Land Hessen vorgenommene Abwägung zum Schutzkonzept sei „rechtsfehlerhaft“ und müsse durch ein Planergänzungsverfahren im Sinne der vom Fluglärm betroffenen Bürger neu geregelt werden, so das Gericht. Zum ersten Mal in der Geschichte der zahlreichen juristischen Auseinandersetzungen hat das oberste Gericht endgültig entschieden: Ein Nachtflugverbot von 23 bis fünf Uhr ist am größten deutschen Flughafendrehkreuz dauerhaft zum Schutz von über 500.000 betroffenen BürgerInnen notwendig. In den „Tagesrandzeiten“ zwischen 22 und 23 sowie von fünf bis sechs Uhr muss der Fluglärm allmählich ab- beziehungsweise anschwellen, damit „die Nacht nicht zum Tag gemacht wird“, so der Vorsitzende Richter Rüdiger Rubel.

Vor 34 Jahren wurden bei der Gründung der ersten Bürgerinitiative gegen die Erweiterung des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens in Mörfelden-Walldorf zwei zentrale Forderungen erhoben: „Keine Startbahn 18 West“ und „Nachtflugverbot von 22 bis sechs Uhr“. Nach mehr als drei Jahrzehnten politischer Auseinandersetzungen haben Bürger, Umweltverbände und betroffene Kommunen einen ersten Etappensieg für ein vollständiges Nachtflugverbot erreicht. Dieser erste Schritt wurde nicht nur juristisch, sondern auch durch breite und regelmäßige Bürgerproteste erstritten. Bereits seit 14 Jahren gibt es ein Bündnis der Bürgerinitiativen (BBI), das von zunächst 30 auf über 60 Gruppen in der gesamten Rhein-Main-Region angewachsen ist. Mit Beginn der Erprobung der neuen Ab- und Abflugrouten im Frühjahr 2011 stieg die Zahl der Bürgerinitiativen in den neu betroffenen Regionen weiter an. Viele Bürgerinitiativen an den deutschen und europäischen Flughafenstandorten

verfolgen sehr genau, was in Frankfurt passiert. Warum soll ein Nachtflugverbot, das am größten Flughafen in Deutschland, dem drittgrößten Europas und achtgrößten der Welt, möglich ist, in Berlin, München, London-Heathrow oder Paris-Charles de Gaulle nicht möglich sein?

BürgerInnen lassen sich nicht austricksen

Schon kurz nach der Entscheidung des BVG in Leipzig zeichnete sich ab, dass der hessische Verkehrsminister Dieter Posch (FDP), der Ende Juni in den politischen Ruhestand geht, durch Tricksen, Tarnen und Täuschen versucht, die „Segelanweisungen“ des Gerichts zu umgehen. Statt wie gefordert ein Planergänzungsverfahren mit Bürgerbeteiligung durchzuführen, will er durch einen „Klarstellungsbeschluss“, der an keiner Stelle im deutschen Verwaltungsrecht vorgesehen ist, innerhalb von sechs Wochen ein Nachtflugverbot von 23 bis fünf Uhr und 133 Flüge in der Zeit von 22 bis 23 und von fünf bis sechs Uhr genehmigen.

Die Bürgerbeteiligung umgeht die gelb-schwarze hessische Landesregierung bewusst, weil sie knapp eineinhalb Jahre vor der anstehenden Landtagswahl endlich wieder Ruhe haben will. Das hat Folgen. Die Oberbürgermeisterwahl in Frankfurt im März hat die CDU wegen des Fluglärmterrors über den südlichen Stadtteilen Sachsenhausen, Niederrad, Oberrad und Schwanheim-Goldstein an den vorher nahezu unbekanntem SPD-Kandidaten Peter Feldmann verloren. Aber auch die Frankfurter Grünen, die seit über sechs Jahren in einer schwarz-grünen Stadtregierung mit der CDU nur ein Stillhalteabkommen gegenüber dem Frankfurter Flughafen ausbau verabredet haben, wurden von ihren Wählern für ihre Passivität abgestraft. Selbst in den grünen Hochburgen Frankfurt-Nordend und -Bornheim konnte der rote Oberbürgermeisterkandidat Feldmann trotz einer grünen Wahlempfehlung für den schwarzen Kandidaten die meisten Stimmen dazugewinnen. Wähler sind doch oft schlauer, als manche Politiker meinen.

Noch ist der Flughafen ausbau in Frankfurt nicht zu Ende. Noch in diesem

Frühsummer soll der zweite Teil der A-380-Werft im Süden begonnen werden, ab Herbst erfolgt der Bau des Terminals 3, das pro Jahr zwischen 25 und 30 Millionen Passagiere abfertigen soll. Auf dem Cargo-City-Süd-Gelände soll in großem Maßstab an den bereits bestehenden Flughafen angebaut werden. Bis 2020 sollen dann stündlich 126 Flugzeuge starten oder landen, in einem Jahr bis zu 900.000 Flugbewegungen möglich sein und 80 Millionen Passagiere abgefertigt werden. Das sind die Folgen der Globalisierung, des internationalen Konkurrenzkampfes und der optimalen Profitmaximierung zulasten der betroffenen Bevölkerung, die von der Politik zu allem Überfluss auch noch verhöhnt wird. Die Oberbürgermeisterin von Frankfurt, Petra Roth (CDU), rät den von Fluglärm betroffenen Bürgern im Süden ihrer Stadt: „Wenn Sie der Fluglärm stört, dann können Sie ja wegziehen!“

Die Bürgerinitiativen antworten darauf unter anderem mit der Fortsetzung der Montagsdemonstrationen, Protest in Fraport-Aktionärsversammlungen und dezentralen Aktionen in den vom Ausbau betroffenen Städten und Gemeinden. Gleichzeitig nutzen sie auf deutscher und europäischer Ebene alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit, um die von der EU-Kommission vorgeschlagene Verordnung für fluglärmbedingte Betriebsbeschränkungen zu verhindern. Denn wenn diese so beschlossen wird, könnte die EU-Kommission das in Frankfurt erkämpfte Nachtflugverbot außer Kraft setzen.

Eine Langfassung dieses Artikels finden Sie hier: www.dnr.de/downloads/treber.pdf

Der Soziologe und Publizist Dirk Treber wohnt in Mörfelden-Walldorf. Er ist Vorsitzender der regionalen Interessengemeinschaft zur Bekämpfung des Fluglärms, Pressesprecher der Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF) und gehört dem Vorstand der Kommission zur Abwehr des Fluglärms am Flughafen Frankfurt an.

Kontakt:
Tel. +49 (0)6105 / 7079889,
E-Mail:
dirk.treber@freenet.de,
www.fluglaerm.de



EU-Politik

Eine Umweltstrategie für Europa

Das 7. Umweltaktionsprogramm der EU bietet die Chance für eine Umweltpolitik, die den Namen verdient

Die Europäische Kommission will nun doch ein neues Umweltaktionsprogramm auflegen. Eine solche umfassende Strategie hat aber nur Sinn, wenn sie die EU-Umweltpolitik auf die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts ausrichtet. Dazu muss sie sich an den ökologischen Grenzen, nicht an den ökonomischen Wünschen orientieren. ■ VON ANTJE MENSEN, DNR

Endlich arbeitet die EU-Kommission an einem neuen Umweltaktionsprogramm (UAP). Erst im September 2011 hatte sich die Kommission dazu durchringen können, einen solchen umfassenden Entwurf für die europäische Umweltpolitik der nächsten zehn Jahre überhaupt in Angriff zu nehmen. Das Zögern führt dazu, dass es nun eine Lücke zwischen der Laufzeit des 6. und des 7. UAP geben wird: Das alte Programm endet im kommenden Juli, der Vorschlag der Kommission ist aber erst für den Herbst angekündigt und muss dann noch im EU-Ministerrat und im Europäischen Parlament verhandelt werden.

Was kann, was muss ein solches Programm leisten? Die Antwort darauf ist so einfach wie komplex: Das 7. UAP muss die europäische Umweltpolitik strategisch auf die Umweltprobleme des 21. Jahrhunderts

ausrichten. Diese neuen Probleme haben globale, langfristige und systemische Dimensionen, weil sie in der Übernutzung von Ressourcen und Ökosystemen begründet sind. Eine Regulierung in einzelnen Bereichen wie Artenschutz oder Wasserqualität genügt deshalb nicht mehr als Antwort. Es geht vielmehr um eine Transformation des gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems: weg von einem fossilistischen und ressourcenintensiven System, hin zu einem ökologisch nachhaltigen. Dabei darf es aber auch nicht nur um eine neue Strategie für „grünes“ Wachstum gehen, sondern die Wirtschaft muss ganz klar den ökologischen Grenzen untergeordnet werden, die wir auf diesem Planeten nun einmal haben. Die viel zitierte (und viel geschmähte) Green Economy darf also vom Weg zu einer Gesellschaft, die nicht mehr auf Wachstum ausgerichtet

und angewiesen ist, nicht ablenken, ist aber ein wichtiger Zwischenschritt.

Um diese Transformation auf EU-Ebene voranzutreiben, müssen die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Umweltproblemen viel stärker beachtet werden als bisher. Der Schwerpunkt verschiebt sich dabei von der klassischen Umweltpolitik mit Schutzgebieten und Grenzwerten zu einer Ökologisierung ganzer Politikfelder wie der Agrar-, Fischerei-, Finanz- und Energiepolitik. Hinzu kommen neue Probleme wie die Wirkung von Chemikaliencocktails und hormonähnlichen Stoffen, die wachsenden Ressourcenansprüche der Bioökonomiebranche oder die Nanotechnologie.

Eine Umweltstrategie braucht verbindliche und messbare Ziele

Die Integration ökologischer Belange in andere Politikfelder ist schon länger ein erklärtes Ziel der EU-Politik. Doch die hehren Versprechungen wurden bisher in der wirklichen Politik immer nur zu einem geringen Teil eingelöst. Gerade ist das wieder in den Diskussionen über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik zu beobachten. Das 7. Umweltaktionsprogramm könnte hier die Ökologisierung wesentlich vorantreiben, indem für besonders wichtige Bereiche verbindliche Umweltziele zwischen den gesetzgebenden Institutionen vereinbart werden.

Das 7. UAP muss die Diskussion über Langfristziele für 2050, die in einigen Bereichen bereits geführt wird, auf weitere Gebiete ausweiten. Die Ziele, auf die sich Kommission, Rat und Parlament unter Konsultation des Ausschusses der Regionen und des Wirtschafts- und Sozialaus-

Jetzt auch rechtlich bindend: EU-Umweltaktionsprogramme

Seit 1974 legt die Europäische Union – damals noch als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – ihre mittelfristigen umweltpolitischen Ziele in sogenannten Umweltaktionsprogrammen (UAP) fest. Die Programme setzen einen übergeordneten Rahmen für die EU-Umweltpolitik der jeweils nächsten zehn Jahre. Dazu benennen sie Prioritätsbereiche und Ziele, in manchen Fällen auch Zeitpläne.

Bis Juli dieses Jahres läuft noch das 6. UAP. Es ist das erste Programm, das im Mitentscheidungsverfahren verabschiedet wurde – also unter gleichberechtigter Beteiligung von EU-Minister-

rat und -Parlament. Es hat damit einen rechtlich bindenden Charakter und stellt unter anderem den ökologischen Eckpfeiler der „Strategie zur nachhaltigen Entwicklung“ der EU dar.

Die Prioritätsbereiche im 6. UAP waren

- ▶ Klimawandel,
- ▶ Natur und Artenvielfalt,
- ▶ Umwelt und Gesundheit sowie
- ▶ Rohstoffe und Abfall.

Außerdem umfasste es thematische Strategien zu Luftreinhaltung, Abfallvermeidung und -recycling, Bodenschutz, Pestiziden, Meeresumwelt, städtischer Umwelt und natürlichen Ressourcen.

schusses einigen und denen sie sich bei der Umsetzung verpflichtet fühlen sollen, müssen sich wirklich an den globalen ökologischen Grenzen orientieren und nicht an kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen.

Die Ziele und Zwischenziele, die im 7. UAP vereinbart oder vorbereitet werden, müssen verbindlich, quantitativ und messbar sein. Sie müssen einen Zeitrahmen abstecken, der Behörden, Wirtschaft und BürgerInnen Planungssicherheit gibt. So sind beispielsweise im Energiebereich in den nächsten Jahren Investitionsentscheidungen fällig, die das Energiesystem über Jahrzehnte festlegen. Eine sinnvolle Dimension für Zwischenziele ist deshalb das Jahr 2030. Sollte 2020 als Zielmarke

festgelegt werden, ist damit zu rechnen, dass die Ziele wenig ehrgeizig ausfallen, weil nach der Verabschiedung des 7. UAP nur noch wenig Zeit bliebe, um sie zu erreichen. Bisher hat die EU-Kommission aber genau das vor, denn sie möchte das 7. UAP mit der Wirtschaftsstrategie „Europa 2020“ synchronisieren. Das lässt befürchten, dass sich der Ehrgeiz, mit dem das 7. UAP bisher in der Kommission entwickelt wird, in Grenzen hält und dass das Umweltaktionsprogramm der Europa-2020-Strategie mit seinem Wachstumsparadigma untergeordnet werden soll.

Umweltpolitik auf Augenhöhe mit der Wirtschaftspolitik

Auch das Verhältnis des 7. UAP zu weiteren EU-Strategien ist ungeklärt. Weitgehende Einigkeit herrscht zwar über den Ressourceneffizienzfahrplan, die Biodiversitätsstrategie und die Mitteilung zur Umsetzung von Umweltpolitik: Das 7. UAP soll die dort formulierten Ziele und Visionen konkretisieren und verbindlicher machen. Auch dass Klimaschutz wieder einen Schwerpunkt bilden soll und man auf den „Fahrplan zu einer CO₂-armen Wirtschaft bis 2050“ aufbauen will, ist wohl inzwischen Konsens unter den Beteiligten. Streit gibt es aber bei der EU-Nachhaltigkeitsstrategie, die die Kommission ohnehin am liebsten begraben möchte, sowie bei Europa 2020. Das 7. UAP kann die Nachhaltigkeitsstrategie nicht ersetzen – ebenso wenig, wie die EU-2020-Strategie das kann. Das Umweltaktionsprogramm muss vielmehr der ökologische Pfeiler einer weiterentwickelten Nachhaltigkeitsstrategie werden. Das 7. UAP darf sich auch nicht dem in der 2020-Strategie verankerten Wachstumsparadigma unterwerfen. Es muss auf Augenhöhe neben der Wirtschaftsstrategie stehen.

Das 7. Umweltaktionsprogramm bietet die Chance, europäische Umweltpolitik wieder als Umweltpolitik zu denken statt das Politikfeld auf Ressourcen und Ökosystemdienstleistungen für die Wirtschaft zu reduzieren. Ein umfassendes UAP kann Synergien und Konflikte zwischen einzelnen ökologischen Zielen benennen und

negative Wechselwirkungen vermeiden. Es muss den übergroßen ökologischen Fußabdruck der EU verringern, die Umsetzung von europäischem Umweltrecht maßgeblich verbessern. Zur Bewältigung der zentralen Herausforderungen wie Biodiversitätsverlust, Flächenkonkurrenz und Klimaschutz muss das 7. UAP Langfristziele und messbare Zwischenziele festlegen. Auch für Politikfelder mit besonders starken ökologischen Auswirkungen muss es Umweltziele enthalten. Nur mit einer Politik, die eine an den ökologischen Grenzen des Planeten orientierte Langfristvision hat und diese auf messbare Fortschritte herunterbricht, kann die Transformation zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft gelingen.

Ob der Vorschlag, den die EU-Kommission im Herbst vorlegen will, diesen Erwartungen entsprechen wird, hängt zum Großteil davon ab, ob dem 7. UAP in der Kommission nun endlich die Aufmerksamkeit geschenkt wird, die es verdient und braucht, um seinen Mehrwert zu bekommen. Die Zeichen, die die Kommission bisher aussendet, stimmen nur mäßig optimistisch. Umso wichtiger ist es, dass Umweltverbände ihre Forderungen⁽¹⁾ jetzt deutlich in den kommissionsinternen Entscheidungsprozess sowie in die Verhandlungen zwischen Ministerrat und Parlament einbringen, die sich ab dem kommenden Herbst daran anschließen.

Anmerkungen

- (1) Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings (DNR) hat die Forderungen der deutschen Umweltverbände für das 7. UAP koordiniert und ein Positionspapier erarbeitet, das von 23 Verbänden mitgetragen wird: www.eu-koordination.de/PDF/7uap.pdf

Antje Mensen ist Politologin mit Schwerpunkt Europa- und Klimapolitik. Beim Deutschen Naturschutzring (DNR) ist sie in der EU-Koordinationsstelle tätig und koordiniert die verbandspolitische Arbeit zum 7. Umweltaktionsprogramm.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 6781775-86,
Fax -80, E-Mail:
antje.mensen@dnr.de,
www.eu-koordination.de



Fahrplan zum 7. UAP

20.12.2010: Der EU-Umweltministerrat fordert die Europäische Kommission auf, ein 7. Umweltaktionsprogramm bis Anfang 2011 zu erarbeiten.

Herbst 2011: Die Kommission verspricht die Vorlage für Herbst 2012.

29.02.2012: Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments stimmt für ein starkes 7. UAP. Berichterstatter ist Jo Leinen (SPD).

20.04.2012: Das Parlamentsplenum nimmt den Bericht von Jo Leinen an.

12.03.–01.06.2012: Konsultation der EU-Kommission zum 7. UAP.

26.04.2012: Die deutschen Umweltverbände legen ein Forderungspapier zum 7. UAP vor.

11.06.2012: Geplante Abstimmung im Umwelttrat über die Forderungen der Minister der EU-Mitgliedstaaten für ein 7. UAP.

21.07.2012: Die Laufzeit des 6. UAP endet.

Herbst 2012: Die EU-Kommission will ihren Entwurf zum 7. UAP vorlegen.

Ressourcen

Die Grenzen des Planeten anerkennen

Ein europäisches Bündnis setzt sich für absolute Obergrenzen beim Ressourcenverbrauch ein

Für die Resource Cap Coalition stellt sich die Rohstofffrage anders: Der Verbrauch soll nicht nur für ein Produkt oder einen Haushalt sinken, sondern global und absolut. Mit einem Quotenmodell für nicht erneuerbare Energien könnte die EU ihren ökologischen Fußabdruck entscheidend verkleinern. ■ VON ANNELIES BROEKMAN, ECOLOGISTAS EN ACCIÓN

Um den Ressourcenverbrauch in Europa tatsächlich zu senken und die wirtschaftliche Tätigkeit innerhalb der ökologischen Grenzen zu halten, ist ein starker politischer Rahmen erforderlich. Mit dem Ziel, die Nutzung von Ressourcen einschließlich aller Arten von Rohstoffen insgesamt zu senken, haben europäische Umweltorganisationen 2010 die Resource Cap Coalition (RCC) gegründet. Diese offene Plattform setzt sich für einen globalen „Ressourcendeckel“ ein. Gründungsmitglieder sind die Northern Alliance for Sustainability (ANPED), das osteuropäische Netzwerk CEEweb for Biodiversity sowie Ecologistas en Acción, der spanische Zweig von Friends of the Earth. Unter den bisher 33 Bündnispartnern sind auch in Deutschland und Österreich aktive Organisationen wie FIAN, SERI und WEED.

Inzwischen hat das Bündnis konkrete Vorschläge für eine europäische Politik vorgelegt, die sowohl die Tragfähigkeit der Erde respektiert als auch sozial gerecht ist. Um dafür geeignete Instrumente zu entwickeln, will die RCC als Diskussionsplattform für WissenschaftlerInnen, Interessengruppen, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen fungieren.

Ankunft in einer endlichen Welt

Die Kurve des weltweiten Ressourcenverbrauchs zeigt steil nach oben. Heute werden 34 Mal mehr Rohstoffe gewonnen als vor hundert Jahren. Unter dem Rohstoffabbau und seinen Hinterlassenschaften leiden bereits elementare Ökosystemdienstleistungen wie die Klimaregulierung und die Bereitstellung von sauberem Wasser und gesunden Lebensmitteln, auf denen alle wirtschaftlichen und sozialen

Prozesse aufbauen. Auch zum beschleunigten Artensterben trägt Rohstoffabbau bei. Eine Bedrohung für Lebensgrundlagen, kulturelles Erbe und Wohlstand.

Dabei konnte das so angetriebene exponentielle Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten weder die sozialen Ungleichheiten in Europa noch die weltweite Armut und den Hunger beseitigen. Heute stehen wir einem globalen Wettbewerb um Ressourcen und steigenden Rohstoffpreisen gegenüber. Am härtesten trifft das die Armen, vor allem in den ausgeplünderten Ländern, aber auch in den reichen Staaten.

Die Industrieländer der EU verbrauchen viel mehr als ihren gerechten Anteil an den Ressourcen und tragen damit die Hauptverantwortung. Die fossilen Brennstoffe, die Mineralien und die Biomasse, die Europa verbraucht, werden zum größten Teil auf anderen Kontinenten gewonnen. Die EU steht damit bei den wirtschaftlich ärmeren Ländern ökologisch in der Schuld.

Für das International Resource Panel, ein UN-Expertengremium, kann es ohne absolute Verringerung des weltweiten Ressourcenverbrauchs keine Fortschritte beim nachhaltigen Wirtschaften geben. Umweltgerechtigkeit würde im Weltmaßstab bedeuten, dass die Industrieländer ihren Ressourcenverbrauch auf ein Drittel bis ein Fünftel reduzieren, während in den nicht industrialisierten Entwicklungsländern eine zehn- bis 20-prozentige Verringerung nötig ist. Ein solches Szenario, das global betrachtet nur auf das Niveau des Jahres 2000 zurück geht, würde dem CO₂-Ausstoß entsprechen, mit dem nach Ansicht des Weltklimarates IPCC die Erwärmung unter zwei Grad zu halten ist.

Ressourcenpolitik zielt bisher, wenn überhaupt, nur auf eine höhere Effizienz.

Das genügt nicht, um der Rohstoffknappheit und ihren sozialen und ökologischen Folgen zu begegnen. Unaufhaltsam wird das Wirtschaftswachstum die Effizienzgewinne wieder auffressen. Diesen Reboundeffekt müssen alle effizienzpolitischen Entscheidungen einkalkulieren.

Ein Ressourcendeckel, aber gerecht

Die Resource Cap Coalition will bei den Ursachen der Klima- und Umweltprobleme ansetzen. Das geht nur durch interdisziplinäre Analysen mit fundierter wissenschaftlicher Information und gesellschaftlichen Debatten, und zwar möglichst „von unten nach oben“. Das Bündnis möchte die Produktions- und Konsummuster nach und nach zugunsten ressourcenschonender Produkte und Dienstleistungen verändern. Ziel ist eine regional orientierte, an heimische Ressourcen angepasste Wirtschaft mit kürzeren ökonomischen Zyklen, mehr Autarkie und weniger Mobilitätsbedürfnissen.

Ein Ressourcendeckel sollte nach den Prinzipien der ökologischen Gerechtigkeit und unter voller Anerkennung der ökologischen Schuld des Nordens gegenüber dem Süden beschlossen werden. Dabei sind umfassende Indikatoren, klare Regeln, volle Transparenz sowie eine wirksame öffentliche Unterstützung, Durchsetzung und Kontrolle festzulegen. Um erfolgreich zu sein, muss der Prozess durch ergänzende Maßnahmen wie eine wirksame Regulierung von Umweltverschmutzung und Landnutzung, Änderungen beim Steuerrecht und garantierten Zugang zur Grundversorgung begleitet werden.

Vor allem soziale Belange müssen bei der Einführung eines Ressourcendeckels berücksichtigt werden, damit Arme und

benachteiligte Menschen von einem ausgeglicheneren Verhältnis zwischen menschlicher und maschineller Arbeit profitieren können. Darüber hinaus muss eine Quotenregelung für Rohstoffe geschaffen werden, die keinerlei finanzielle Spekulationen innerhalb der neuen Struktur der Ressourcenknappheit erlaubt. In diesem Rahmen entwickelt die RCC derzeit einen konkreten Vorschlag für die Europäische Union. Das Bündnis setzt sich dabei für einen übergreifenden Rechtsrahmen ein, mit dem unterschiedliche Ziele erreicht werden können. Da die Produktions- und Konsummuster in allen Sektoren stark mit dem Energieverbrauch zusammenhängen, soll zunächst die Reduzierung des Verbrauchs nicht erneuerbarer Energie Priorität haben.

Das RCC-Modell soll Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien durch Anreize und zinsfreie Darlehen für BürgerInnen, Gemeinden und Volkswirtschaften fördern, um die nötigen Investitionen zu aktivieren. Das vorgeschlagene Regulierungssystem besteht aus „3+1 Säulen“, mit denen die Umweltziele erreicht und gleichzeitig die sozialen Belange berücksichtigt werden können.

Die Energie aus nicht erneuerbaren Quellen, die in EU-Importen enthalten ist, berücksichtigt dieses Modell allerdings noch nicht. Mechanismen, um diesen Verbrauch auf EU-Ebene abzudecken, sollten später entwickelt werden. Unterdessen sollten die Mitgliedstaaten neben den nationalen Energieobergrenzen auch nationale Ziele zur Verringerung ihres globalen ökologischen Fußabdrucks beschließen.

Säule 1: Die Energiequote

Die Energiequote bedeutet, dass die gesamte Wirtschaft wie auch alle VerbraucherInnen in der EU einen gesetzlichen Anspruch auf einen bestimmten jährlichen Energieverbrauch haben. In jedem Jahr soll dann der Verbrauch nicht erneuerbarer Energie auf EU-Ebene um einen bestimmten Prozentsatz verringert werden, der anhand der Verbrauchsdaten des Vorjahres festgelegt wird. Unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Empfehlungen legt das

EU-Parlament außerdem ein Zehnjahresziel fest, um eine langfristige ökonomische Planung zu ermöglichen. Die Gesamtquote wird unter den EU-Staaten aufgeteilt.

Die nationalen Quoten werden kostenlos zugewiesen. Berechnungsgrundlage sind der jeweilige Verbrauch nicht erneuerbarer Energie im Bezugsjahr und die jährliche nationale Reduktionsrate. Um das System fair zu gestalten, wären Unterschiede im Pro-Kopf-Verbrauch zwischen den Staaten zu berücksichtigen. Zu belohnen wären dabei die Länder mit allgemein geringem Verbrauch, aber auch solche, die größere Minderungsfortschritte machen.

Die einzelstaatlichen Quoten werden dann unter den VerbraucherInnen des jeweiligen Mitgliedstaates aufgeteilt, wofür die nationalen Regierungen Verbrauchergruppen festlegen. Dabei hat die Zivilgesellschaft ein Mitspracherecht. Allgemeine Grundlage ist ein gleicher Pro-Kopf-Anteil, denn die Gesellschaft als Ganzes soll sich an das neue Modell anpassen.

Zur Vergabe und Kontrolle der Quoten soll auf nationaler wie auch auf EU-Ebene eine Managementorganisation eingerichtet werden. Die nationale Organisation hält dabei parallele Konten für alle VerbraucherInnen, um die Datensicherheit, das praktische Management der Verbrauchsquote und die tagesaktuelle Rückverfolgbarkeit der Konten zu gewährleisten.

Säule 2: Der Markt für ökologische Produkte und Dienstleistungen

Gibt es einen Überschuss auf einem Konto, weil der Verbrauch geringer war als veranschlagt, wird das auf dem Konto zinslos gutgeschrieben. Die VerbraucherInnen dürfen ihre Quoten nur dann überschreiten, wenn sie die fehlenden Verbrauchsrechte über den Quotenmanager zukaufen. Der Handel mit Quoten ist sowohl auf EU-Ebene unter Mitgliedstaaten als auch auf nationaler Ebene zwischen VerbraucherInnen nach den gleichen Regeln möglich.

Die „Energiesparer“ können ihre Guthchriften auf einem Markt für ökologische Produkte und Dienstleistungen ausgeben, der nach ethischen, ökologischen und marktwirtschaftlichen Regeln funktioniert.

Die ökologischen Aspekte sorgen dabei für die Anwendung der besten verfügbaren Technologien. Bei den sozialen Aspekten geht es vorrangig um einen hohen Anteil menschlicher Arbeit.

Säule 3: Der Umlauffonds

Wenn der Verbrauch nicht erneuerbarer Energie über dem ursprünglichen nationalen Ziel liegt, zahlt der Mehrverbraucher einen Aufschlag auf den aktuellen Quotenpreis, der einem Umlauffonds zugeführt wird. Der Aufschlag soll mit der Höhe des Mehrverbrauchs progressiv ansteigen.

Wird das jährliche nationale Reduktionsziel nicht erfüllt, sorgt die Anhäufung der in den Umlauffonds eingezahlten Aufschläge für eine Rückkopplung: Der Umlauffonds liefert finanzielle Anreize, den Verbrauch nicht erneuerbarer Energie durch Effizienzsteigerung und Umstieg auf erneuerbare Quellen zu senken – und so das nationale Ziel künftig zu erreichen.

Der Fonds stellt zinslose Kredite für alle bereit, deren Investitionen auf eine höhere Energie- und Materialeffizienz zielen und deren Angebote den Regeln des Marktes für ökologische Produkte und Dienstleistungen entsprechen.

Säule +1: Beratungsdienst

Um rationale Entscheidungen von BürgerInnen und Marktakteuren zu unterstützen, gibt es einen gemeinnützig arbeitenden „Kundendienst“. Er berät in sozialen, ökologischen, Planungs- und Lebensstilfragen im Zusammenhang mit der Anwendung des Quotenmodells.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Bauer

Die Agrarökonomin Dr. Annelies Broekman ist Wasserexpertin bei Spaniens größtem Umweltverband *Ecologistas en Acción* und Präsidentin des katalanischen Netzwerks für eine neue Wasserkultur in Barcelona.

Kontakt:
Tel. +34 / 648761199,
E-Mail: internacional@ecologistasenaccion.org,
www.ecologistasenaccion.es
RCC: www.ceeweb.org/rcc



Wirtschaft

Umdenken – gegenlenken

Die Transformation des Systems muss solidarisch und gerecht gestaltet werden

Angesichts der krisengeschüttelten Gesellschaft fordern Gewerkschaften, Umweltbewegung und Kirchen eine neue Politik. Die sozialökologische Modernisierung beinhaltet qualitatives Wachstum, bessere Daseinsvorsorge, mehr soziale Teilhabe und vorsorgenden Umweltschutz – und das global. ■ VON MICHAEL SOMMER, DGB

In den vergangenen Jahren haben wir verschiedene, sich gegenseitig bedingende und verschärfende Krisen erlebt:

- ▶ Die Krise der Arbeit, die sich weltweit in der Ausweitung von prekärer Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und unterbezahlter Tätigkeit zeigt und zu einer Zuspitzung der Ungleichheiten zwischen Arm und Reich führt;
- ▶ die Schuldenkrise, die dazu führt, dass Staaten handlungsunfähig und Gesellschaften in Geiselhaft der Finanzmärkte genommen werden;
- ▶ die Sozialstaatskrise, die immer mehr Menschen von der Teilhabe an Bildung, Kultur und sozialer Sicherung ausschließt;
- ▶ die ökologische Krise, die sich in einer Überschreitung der ökologischen Tragfähigkeit der Erde, in einem sich beschleunigenden Klimawandel, einer

zunehmenden Knappheit nicht erneuerbarer Ressourcen und einem fortschreitenden Rückgang der Biodiversität zuspitzt;

- ▶ die Ernährungskrise, die immer mehr Menschen mit Hunger bedroht und durch die weltweite Spekulation mit Land und Nahrung verstärkt wird;
- ▶ und in dieser Gesamtheit eine Legitimationskrise, die durch die ungelösten sozialen Probleme verschärft wird, was sich in Verbindung mit dem Rückzug des Staates aus der öffentlichen Verantwortung zu einer Krise der Demokratie auswachsen kann.

Immer mehr Menschen haben den Eindruck, „die Politik“ könne diese Krisen nicht mehr in den Griff bekommen und sie sei mehr getrieben als steuerungsfähig. Schlimmer noch: Sie habe sie selbst durch falsche Entscheidungen und Weichenstellungen verursacht. Denn keine dieser

Krisen ist vom Himmel gefallen, sie alle wurden durch bewusste Entscheidungen verursacht.

Die Lösungsansätze egal für welche der genannten Krisen haben sich allesamt als untauglich erwiesen. Eine Ursache dafür ist, dass Fragen nach ökologischem Wachstum und gerechtem Wohlstand nur einzeln diskutiert werden. Und die, die sie diskutieren, so wie die internationale Gewerkschaftsbewegung, können Antworten und Lösungen nicht im Alleingang finden und umsetzen. Dabei ist für uns vollkommen klar: „Wer das Leben der Menschen für die Zukunft sichern will, muss ökologisch umsteuern. Es ist untragbar, dass 20 Prozent der Weltbevölkerung 80 Prozent der Ressourcen verbrauchen. Der Ressourcen- und Energieverbrauch muss erheblich reduziert werden. Unser Ziel ist der Übergang vom nachsorgenden zum vorsorgenden Umweltschutz.“⁽¹⁾

Nachhaltigkeit

A-Z



Wie Inspirierende Impulse

Ungewöhnlich, inspirierend, farbenfroh: Jugendliche, Fachwissenschaftler und Vertreter indigener Völker denken nach über die großen Umwelt- und sozialen Fragen unserer Zeit – und welche Folgerungen sich daraus für unser Leben ergeben. Sie machen Mut, sich unabhängig von geografischen Grenzen mit kleinen Impulsen, Engagement und Kreativität einzusetzen für eine bessere und gerechtere Welt.

Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V., Arbeitsstelle Weltbilder e.V., Institut für angewandte Kulturforschung e.V. (Hrsg.)

global.patrioten

Begegnungen, Positionen und Impulse zu Klimagerechtigkeit, Biologischer und Kultureller Vielfalt

128 Seiten, Klappenbroschur, komplett in Farbe, 24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-297-1

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



Neue Leit- und Vorbilder sind gefragt

Der Übergang wird nicht leicht zu haben sein. Wir sehen das am nachholenden Wachstum der Schwellenländer, das auf den alten, „quantitativen“ Prinzipien basiert. Doch wer im „Norden“ mag ihnen das ernsthaft vorwerfen? Umso wichtiger ist es, ein anderes Leit- und Vorbild zu entwickeln. Das kann der sozial-ökologische Umbau in den westlichen Industriestaaten sein, damit der Kurs des „Immer mehr“ nicht als alternativlos hingestellt werden kann. Sozialökologische Modernisierung meint qualitatives Wachstum und setzt auch auf den Ausbau sozialer Dienstleistungen. Es geht nicht um „immer mehr“, sondern um „immer besser“. Bessere Bildung und Daseinsvorsorge, bessere Arbeitsbedingungen, mehr soziale Teilhabe – und das alles global.

Die sozialökologische Modernisierung ist seit Langem eine Kernforderung des DGB. Deshalb gehören Vorschläge für eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Wirtschaft und eine lebendige Demokratie zu unserem Tagesgeschäft, sie sind zentraler Bestandteil der DGB-Programmatik.

Doch nicht nur die Papierlage liefert Orientierungen, sondern auch der gewerkschaftliche Wertekanon mit den Kernen Solidarität und Gerechtigkeit. Beide haben in der Geschichte der Gewerkschaften immer eine starke internationale Ausrichtung besessen. Auf ihrer Grundlage beschäftigen wir uns seit vielen Jahrzehnten mit den Themen Nachhaltigkeit, Neuordnung der Wirtschaft und Demokratiefragen.

Alternativen zur Sparpolitik finden

Der 19. Ordentliche Bundeskongress des DGB im Mai 2010 hat einen klaren Auftrag formuliert: „Wir wollen gesellschaftliche Bündnisse mit denen ausbauen, die unsere Zielsetzung unterstützen. Unsere Partner sind Kirchen, Sozialverbände, soziale Bewegungen, Sportvereine und andere Organisationen des öffentlichen Lebens, die Solidarität organisieren und Gemeinsinn stiften. Krisen und Brüche sowie ein beschleunigter gesellschaftlicher Wandel

stellen uns ständig vor veränderte Herausforderungen, auf die wir Antworten finden müssen. Wir werden den Diskurs mit der Wissenschaft fördern und dort zusammenarbeiten, wo tief greifende und umfassende politische Antworten erforderlich sind.“

Die Zuspitzung der Eurokrise unterstreicht, wie wichtig es ist Bündnispartner zu finden, mit denen gemeinsam Antworten auf die Krisen formuliert und Alternativen zur allzu beschränkten Austeritätspolitik gefunden werden können.

Nachhaltige Entwicklung und Zeitenwende aktiv gestalten

Der Deutsche Gewerkschaftsbund setzt sich gemeinsam mit dem Deutschen Naturschutzring DNR und Einrichtungen der Evangelischen Kirche Deutschland (EKD) für eine Neuordnung und Neudefinition der Wirtschaft und für die Stärkung der Demokratie und der ökologischen Nachhaltigkeit ein. In dieser Kooperation arbeiten erstmals drei wichtige gesellschaftliche Kräfte zusammen. Das ist schon für sich ein wichtiges Signal.

Wir werben gemeinsam für ein Umdenken und eine neue Politik, denn ein Zurück zur Vorkrisenzeit kann es nicht geben. Dabei beginnen wir aber nicht bei null, sondern knüpfen an unsere unterschiedlichen Werte, Traditionen und Positionen an.

Wir suchen keine Antworten auf Detailfragen, sondern wollen eine grundsätzliche Debatte über unser Fortschritts- und Lebensmodell. Es geht um nichts weniger als die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in eine nachhaltige Entwicklung. Mit unserem gemeinsamen Vorhaben wollen wir dem gesellschaftlichen Diskurs eine Richtung geben.

Der Begriff der Transformation umfasst dabei zwei Ausrichtungen: zum einen den analytischen Befund, dass wir uns in einer Zeitenwende befinden, und zum anderen beschreibt er die Notwendigkeit, diese Zeitenwende aktiv zu gestalten. Einen Anfang machen wir am 8. und 9. Juni mit dem „Transformationskongress: Nachhaltig handeln, Wirtschaft neu gestalten, Demokratie stärken“.

Zum Transformationskongress siehe auch umwelt aktuell 05.2012, S. 29 sowie das Interview mit Marlehn Thieme auf Seite 24 in diesem Heft.

Anmerkung

- (1) DGB-Grundsatzprogramm 1996.
www.dgb.de/uber-uns/unsere-zukunft

Der Politologe Michael Sommer ist seit 2002 Bundesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.



Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 24060-0,
E-Mail: info.bvv@dgb.de,
www.dgb.de

Transformationskongress

Um nichts weniger als die Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft geht es beim Transformationskongress „Nachhaltig handeln – Wirtschaft neu gestalten – Demokratie stärken“. Mehrere Hundert TeilnehmerInnen aus dem In- und Ausland diskutieren über Märkte, Green Jobs, Innovationen, die Energiewende, nachhaltige Mobilität, Ernährungssicherheit und Partizipation. ReferentInnen sind unter anderem Vandana Shiva, Volker Hauff, Gesine Schwan, Gerhard Scherhorn, Olaf Tschimpke, Nnimmo Bassey, Olav Fykse-Tveit, Sharan Burrow, Michael Müller, Richard Wilkinson und Anabella Rosemberg.

Die Organisatoren sind der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), das Sozialwissenschaftliche Institut der Evangelischen Kirchen (SI), die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Brot für die Welt und der Deutsche Naturschutzring (DNR). Finanziell gefördert wird die Veranstaltung durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt.

- Datum: 8. und 9. Juni 2012
- Veranstaltungsort: Berliner Congress Center (bcc), Berlin Alexanderplatz
- Weitere Informationen, Anmeldung und Programm:
www.transformationskongress.de

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Sonderbriefmarke**Abfall ist Rohstoff**

■ Der Erlös der neuen Umweltsonderbriefmarke fließt in Ressourcenschutzprojekte. Die 55-Cent-Marke wird mit einem Zuschlag von 25 Cent verkauft und soll unter dem Motto „Abfall ist Rohstoff“ Projekte in Deutschland und im Ausland finanziell unterstützen. Das märchenhafte Motiv zeigt die Comiczeichnung einer Prinzessin, die einen Frosch küsst, der sich bei genauerem Hinsehen als eine recycelbare Dose mit grünen Beinen entpuppt. Das Bundesumweltministerium verwaltet und verteilt die Einnahmen.

Die alle zwei Jahre unter neuem Thema erscheinenden Umweltsondermarken haben bisher über zwei Millionen Euro eingebracht. Auch das NABU-Projekt zu Plastikmüll im Meer (siehe S. 27) wurde damit gefördert. [jg]

► www.bmu.de/48685.php

Kreislaufwirtschaftsgesetz**Beschwerden an EU und Bundesregierung**

■ Am 1. Juni tritt in Deutschland das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz in Kraft. Es ist die Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie in nationales Recht, doch mehrere privatwirtschaftliche Verbände zweifeln seine Europarechtskonformität an und haben deshalb bei der EU-Kommission Beschwerde eingereicht. Organisationen wie der Verband Deutscher Metallhändler kritisieren, dass die Kommunen durch das neue Gesetz Vorrechte bei der Sammlung von Wertstoffen bekämen, was dem Wettbewerbsrecht widerspreche. Bisher gibt es noch keine Reaktion der EU-Kommission.

Die schon für letzten Herbst angekündigten Eckpunkte für ein neues Wertstoffgesetz, das die vorgesehene Einrichtung

von orangefarbenen Wertstofftonnen begleiten soll, stehen immer noch aus. Das kritisierte der zuständige Berichtersteller der SPD-Bundestagsfraktion Gerd Bollmann und forderte eine zügige Reaktion der Bundesregierung. Die Wertstofftonnen sind Teil des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Die Eckpunkte könnten die Zuständigkeiten von öffentlich-rechtlicher und privater Entsorgungswirtschaft klären helfen, das Recycling stärken und die Missstände bei der Verpackungsverordnung beheben.

Auch der NABU forderte, das Wertstoffgesetz noch in dieser Legislaturperiode zu beschließen. In Deutschland könnten noch mehr Kunststoffe, Metalle und Verbunde recycelt werden, wenn höhere Recyclingziele gesetzlich festgelegt würden. [jg]

► www.kurzlink.de/vdm-bdsv-2012

► www.spdfraktion.de (Pressemitteilungen – 26.04.2012)

► www.nabu.de/modules/presseservice/archiv.php (16.05.2012)

EU-Abfallrahmenrichtlinie**Analyse zeigt Mängel**

■ Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat in einer Studie die Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie in den EU-Mitgliedstaaten untersucht und dabei besonders die Meinung von Nichtregierungsorganisationen berücksichtigt. Der Bericht dient sowohl als „Barometer“ für deren Beteiligung als auch zur besseren Durchsetzung von EU-Abfallrecht. Unter anderem empfehlen die UmweltschützerInnen, für eine bessere Beteiligung der Zivilgesellschaft zu sorgen, illegale Aktivitäten besser zu verfolgen und sich auf Wiederverwertung und Recycling mit einheitlichen Kriterien zu konzentrieren. Außerdem fordert das EEB verbindliche Ziele für das Sammeln und Behandeln von Bioabfällen, eine Verpflichtung zum Getrennsammeln auf kommunaler Ebene und einen besseren Austausch zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. [jg]

► EEB-Studie Throwing away the chance to improve waste policy?: www.eeb.org (Library – waste)

Ressourcenschutz**Politikmix ist am besten**

■ Müll kann sehr rentabel sein – wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Die EU-Kommission hat in einem Bericht zusammengefasst, wie Abfallströme in nachhaltigere Bahnen gelenkt und mit unterschiedlichen Methoden ressourceneffizient genutzt werden können.

Eine Mischung verschiedener Wirtschaftsinstrumente helfe beim besseren Umgang mit Müll, wie Erfahrungen aus den Mitgliedstaaten zeigten. Hierzu gehören Deponie- und Verbrennungsgebühren, Verbrennungsverbote, verursacherbezogene Abfallgebührenerhebung sowie Haftungsregelungen für Abfallerzeuger.

Die EU-Kommission will 2014 die geltenden Abfallvorschriften analysieren und prüfen, ob sie die Anwendung der erwähnten Instrumente gesetzlich vorschreiben wird. Sie „legt den Mitgliedstaaten nahe“, bis zur Überprüfung in zwei Jahren die EU-Abfallvorschriften auch umzusetzen. Dies schaffe Arbeitsplätze und könne erhebliche Gewinne erwirtschaften. [jg]

► www.europa.eu/rapid (Reference: IP/12/369)

Abfallrecht**Zwangsgeld droht**

■ Der Europäische Gerichtshof (EuGH) soll gegen Bulgarien, Ungarn, Polen und die Slowakei Geldstrafen verhängen, weil sie die EU-Abfallrahmenrichtlinie immer noch nicht in nationales Recht übertragen haben. Die EU-Kommission fordert bis zu 67.000 Euro für jeden weiteren Tag der Untätigkeit. Frist zur Umsetzung war Dezember 2010.

Auch Belgien hat ein Mahnschreiben bekommen, weil es bisher keine Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie in belgisches Recht gibt. Sollte Belgien innerhalb von zwei Monaten nicht antworten, kann die EU-Kommission den EuGH auffordern, ein Zwangsgeld zu verhängen. [jg]

► www.europa.eu/rapid (Reference: IP/12/422)

Verpackungskriterien**Neue Vorschläge der EU**

■ Mitte April hat die EU-Kommission einen Vorschlag zur Änderung der Verpackungsrichtlinie gemacht. Es handelt sich um eine Anpassung des Anhangs I, in dem beispielhaft aufgelistet ist, was eine Verpackung ist und was nicht. EU-Ministerrat und -Parlament müssen dem Vorschlag noch zustimmen. [jg]

► www.eu-koordination.de (EU-News – 16.04.2012)

WEEE/Elektroschrott**Richtlinie startet später**

■ Wegen Übersetzungsproblemen erscheint die überarbeitete Richtlinie über Elektro- und Elektronikaltgeräte (WEEE) vermutlich erst im Herbst im Amtsblatt. Nach der Veröffentlichung haben die Mitgliedstaaten 18 Monate Zeit, sie in nationales Recht zu übertragen. In Deutschland muss dazu das Elektro- und Elektronikgerätegesetz angepasst werden. Welche Änderungen die WEEE-Novelle mit sich bringt, fasst die Zeitschrift „Der Umweltbeauftragte“ übersichtlich zusammen. [jg]

► www.kurzlink.de/ub-2012-5

REACH-Bewertung**Licht und Schatten in der EU-Chemikalienpolitik**

■ Die EU-Kommission hat eine Reihe von Studien in Auftrag gegeben, um die Erfolge in der EU-Chemikalienpolitik zu überprüfen. Drei davon wurden kürzlich veröffentlicht: Eine von der Unternehmensberatungsfirma PricewaterhouseCoopers (PwC) durchgeführte Studie untersuchte die Arbeit der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA). Zwei andere Studien erarbeitete das belgische Politikberatungsbüro Milieu. Darin ging es um die Umsetzung von REACH-Verboten in den

Mitgliedstaaten, die zweite Untersuchung befasste sich mit den Überschneidungen von REACH mit anderen EU-Gesetzen und verbleibenden Regelungslücken.

Die EU-Kommission will bis zum 1. Juni die Umsetzung der REACH-Verordnung überprüfen. Alle bis dahin in Auftrag gegebenen Studien sollen Anfang Juni in einem Gesamtpaket präsentiert werden. Die nächsten REACH-Registrierungsfristen für Chemikalien laufen 2013 und 2018 ab. [jg]

► www.eu-koordination.de (EU-News – 19.04.2012 und 09.05.2012)

► REACH-Überprüfung (alle Studien): www.kurzlink.de/reach-review-2012

Bisphenol A**Neue Risikobewertung**

■ Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) will den umstrittenen Weichmacher Bisphenol A (BPA) erneut einer Risikobewertung unterziehen. Besonders auf die gefährdeten Bevölkerungsgruppen will sich die EFSA dabei konzentrieren. Die Arbeiten sollen im Mai 2013 abgeschlossen sein.

Das letzte BPA-Gutachten stammt aus dem Jahr 2006 und ist bei Umwelt- und Gesundheitsschutzverbänden umstritten. Denn es gibt immer mehr Studien, die auf den Zusammenhang zwischen dem Kontakt mit BPA und chronischen Krankheiten wie Diabetes und Brustkrebs hinweisen. Darüber hinaus kann der Stoff die Plazentaschranke überwinden und so möglicherweise Babys im Mutterleib schädigen.

Diesmal soll auch der BPA-Kontakt, der nicht durch die Ernährung zustande kommt, berücksichtigt werden. Hierzu wurden zwei interdisziplinäre Sachverständigengruppen eingerichtet, außerdem werden im Laufe des Jahres noch weitere Studienergebnisse erwartet. Am 14. und 15. Juni findet im italienischen Parma ein wissenschaftliches Kolloquium zum Thema statt. [jg]

► www.efsa.europa.eu/de/press/news/120424.htm

Pestizidvergiftungen**Rote Karte für BASF, Bayer und Syngenta**

■ Das Pestizid-Aktions-Netzwerk PAN Germany hat eine Unterschriftenaktion für einen Protestbrief an BASF, Bayer und Syngenta gestartet. Darin wird gefordert, dass diese Unternehmen endlich hochgefährliche Pestizide weltweit vom Markt nehmen. Hintergrund ist eine PAN-Recherche, nach der jeder dieser drei Konzerne noch immer über 50 hochgefährliche Pestizide im Sortiment hat. Seit Dekaden werde versucht, mit Gesetzen und Trainings Pestizidvergiftungen von Menschen und der Umwelt zu verhindern. Trotzdem kämen weiterhin viele Vergiftungen vor, gerade in Entwicklungsländern. Die Lösung könne nur die Eliminierung solcher Pestizide sein, sagt PAN. BUND, NABU, DNR und zahlreiche weitere Umweltverbände unterstützen die Protestaktion und rufen zu einer breiten Beteiligung auf. [jg]

► Studie und Information: www.action.pan-germany.org

Globales Chemikalienmanagement**Die letzten acht Jahre nutzen**

■ Auf einer Konferenz zum 40. Jahrestag der Stockholmer Konvention Ende April haben internationale ExpertInnen das Programm für ein weltweites Chemikalienmanagement (SAICM) diskutiert. Die negativen Auswirkungen von Chemikalien bis 2020 zu reduzieren – das hatten die Regierungen auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg beschlossen. Die schwedische Regierung hat für die verbliebenen acht Jahre zur Erreichung dieses Ziels acht strategisch wichtige Bereiche benannt. Dazu gehören internationale Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung, die Substitution von gefährlichen Stoffen, der bessere Zugang zu Chemikalieninformationen und eine chemikalienbewusste Gesundheitspolitik. 2006 war unter dem Kürzel SAICM (Stra-

tegic Approach to International Chemicals Management) die Grundlage für ein weltweites Chemikalienmanagement beschlossen worden. In Genf wurde ein SAICM-Sekretariat eingerichtet. Für 2015 und 2020 sind weitere Konferenzen geplant, um die Fortschritte zu überprüfen.

Das Stockholmer Übereinkommen befasste sich ursprünglich mit dem Verbot zwölf gefährlicher Chemikalien („dirty dozen“), ist inzwischen aber erweitert worden. [jg]

- Erklärung: www.kurzlink.de/decl-2020-goals
- Info: www.kurzlink.de/2020-goal-background
- SAICM: www.saicm.org

Industrielle Verschmutzung

Den Boden berücksichtigen

■ Die Aktionsplattform Bodenschutz hat die EU-Kommission und die deutsche Bundesregierung aufgefordert, bei der Umsetzung der neuen Industrieemissionsrichtlinie (IED) den Boden und das Grundwasser besonders zu schützen. Laut Richtlinie dürfe „der Betrieb einer Anlage nicht zu einer Verschlechterung der Qualität des Bodens und des Grundwassers“ führen. Es fehle aber eine klare Definition, was relevante gefährliche Stoffe und erhebliche Grundwasser- und Bodengefährdungen seien, was bei Sanierungen zu beachten sei und wie technische Schwierigkeiten bewältigt werden könnten.

Bis zum 7. Januar 2013 muss die IED-Richtlinie (2010/75/EU) in nationales Recht umgesetzt werden. Artikel 22 verpflichtet Betreiber bestimmter Industrieanlagen, vor Inbetriebnahme oder Erneuerung der Genehmigung einen Bericht über den Ausgangszustand mit Blick auf eine mögliche Verschmutzung von Bodens und Grundwasser zu erstellen.

Der Aktionsplattform gehören die Deutsche Bodenkundliche Gesellschaft, der Bundesverband Boden und der Ingenieurtechnische Verband für Altlastenmanagement und Flächenrecycling an. [jg]

- www.itv-altlasten.de/235.0.html

Luftverschmutzung international

„Chance verpasst“ in Göteborg

■ Die Vertragsstaaten des Übereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung (CLRTAP) haben sich im Mai in Genf auf neue Emissionsgrenzwerte bis 2020 geeinigt. Die EU machte dabei so schwache Zugeständnisse, dass sie sogar ihre eigenen Luftqualitätsziele unterbot, wie das Europäische Umweltbüro (EEB) bemängelte.

Das Göteborg-Protokoll zur grenzüberschreitenden Bekämpfung der Luftverschmutzung soll besonders die Versauerung, die Überdüngung und das bodennahe Ozon regulieren. Die Vertragsstaaten hatten sich getroffen, um das Protokoll zu überarbeiten. Die Ergebnisse beinhalten für die EU eine Reduktion von Schwefelemissionen (SO₂) um 59 Prozent, von Stickstoffoxidemissionen (NO_x) um 42 Prozent, von flüchtigen organischen Verbindungen (VOCs) um 28 Prozent und von Ammoniak (NH₃) um sechs Prozent, jeweils gegenüber dem Jahr 2005.

Erstmals gibt es auch Obergrenzen für Feinstaub bis 2,5 Mikrometer Größe (PM_{2,5}): Das erweiterte Göteborg-Protokoll sieht vor, dass die Emissionen von 2005 bis 2020 um 22 Prozent zurückgehen sollen. Die Staaten machten dabei unterschiedliche Zugeständnisse. Für Deutschland bedeuten die Verhandlungsergebnisse eine Reduktion von SO₂ um 21 Prozent, von NO_x um 39 Prozent, von NH₃ um fünf Prozent, von VOCs um 13 Prozent und von PM_{2,5} um 26 Prozent.

Zudem einigten sich die Vertragsstaaten darauf, gemeinsam gegen klimaschädliche Rußpartikel („black carbon“) vorzugehen. EU-Umweltkommissar Janez Potočnik sprach von einem „wichtigen Schritt nach vorn“. Zum ersten Mal erkenne ein internationales Abkommen den Zusammenhang von Luftverschmutzung und Klimawandel an. Die USA haben signalisiert, ähnliche Reduktionswerte anzustreben wie die EU.

Das Europäische Umweltbüro reagierte enttäuscht auf den geringen Ehrgeiz der EU und sprach von einer „verpassten Chance“. Die Reduktionsziele, so das EEB, seien sogar geringer ausgefallen, als mit

den ohnehin in der EU vorgesehenen Maßnahmen bis 2020 zu erwarten sei. Einige EU-Staaten hätten sogar versucht, bereits vereinbarte Ziele abzuschwächen. Das EEB hofft, dass die EU in dem von Potočnik ausgerufenen „Jahr der Luft 2013“ schärfere Grenzwerte einführen wird. [jg]

- Ergebnisse: www.unece.org/?29858
- EU: www.europa.eu/rapid (Reference: MEMO/12/308)
- EEB: www.eeb.org (News & Events – May 7, 2012)

Nanotechnologie

Langzeitstudie für die Lunge

■ Das Bundesumweltministerium, die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin und das führende deutsche Nanotechnologieunternehmen BASF haben ein Projekt zur Nanosicherheitsforschung gestartet. In einer vierjährigen Studie sollen mögliche Langzeiteffekte von Nanopartikeln in der Lunge untersucht werden. Dafür sind fünf Millionen Euro vorgesehen. BASF ist für die Inhalationsstudien zuständig. [jg]

- www.bmu.de/48718

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Rio+20-Gipfel

„Nachhaltige Entwicklung ist mehr als Green Economy“

■ Wenige Wochen vor der UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung „Rio+20“ im Juni in Rio de Janeiro gibt es noch keine Aussicht auf Einigung über einen globalen Aktionsplan. Anfang Mai vertagten sich die Unterhändler der 193 Staaten im UN-Vorbereitungskomitee nach mehrwöchigen Verhandlungen auf das Monatsende.

Eine Koalition internationaler Nichtregierungsorganisationen (NGOs) warf

den Regierungen vor, in den Verhandlungen nichts gegen die Aushebelung von Menschenrechten sowie des Verursacherprinzips im Umweltschutz unternommen zu haben. Das berichtete die Agentur IPS. Nach Ansicht von NGO-Beobachtern brachte vor allem die Uneinigkeit über das Konzept der Green Economy und die Forderung aus dem globalen Süden nach nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern im Norden die Gespräche ins Stocken. Auch über Fragen der Rohstoffausbeutung in den Entwicklungsländern, des Technologietransfers und des Handels habe man sich nicht einigen können. In den Entwicklungsländern gebe es die Befürchtung, dass die „grüne Wirtschaft“ zu grünem Protektionismus führen oder Wachstum und Armutsbekämpfung gefährden könne.

Deutsche Umwelt- und Entwicklungsverbände warnten unterdessen davor, die „eklatanten Umsetzungsdefizite des Rio-Prozesses mit Schlagworten zuzudecken“. Nachhaltige Entwicklung sei mehr als Green Economy, schrieb das Forum Umwelt und Entwicklung in einem im Mai veröffentlichten Positionspapier. Eine wirklich grüne Wirtschaft wahre die Grenzen des Wachstums und erfordere einen Strukturwandel und politisch gesetzte Rahmenbedingungen. Zu den Forderungen des Forums gehören die Einhaltung der Menschenrechte, ein weltweiter Ausstieg aus Atomkraft und Gentechnik, eine EU-Agrarreform im Sinne des Biodiversitätsschutzes, ein fairer Welthandel und die nachhaltige und gerechte Nutzung natürlicher Ressourcen. Das 1992 nach dem Rio-Erdgipfel gegründete Forum Umwelt und Entwicklung wird vom Deutschen Naturschutzring getragen und vertritt heute rund 80 Organisationen.

Kritik an den Green-Economy-Plänen kam auch von Indigenenorganisationen. Vor allem Megaprojekte wie die Staudämme in Brasilien, der Fernstraßenbau in Mexiko und Bolivien oder das Elektrifizierungsprogramm für Mittelamerika könnten die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in den indigenen Gebieten verschärfen, hieß es beim Dachverband der Amazonas-Indianer COICA.

Auf Initiative von NGOs und Indigenenvertretern und mit Unterstützung der G-77-Entwicklungsländer sollen stattdessen bei Rio+20 andere Themen in den Blick gerückt werden. So gelang es Bolivien, das andine Pachamama-Konzept und die damit verbundenen „Rechte der Natur“ im offiziellen G-77-Vorschlag zu verankern. Die Welttierschutzgesellschaft WSPA überzeugte die G 77 und einige europäische Regierungen, sich bei Rio+20 für das Wohlergehen von Nutztieren und die nachhaltige Landwirtschaft einzusetzen. Umweltbildungsexperten forderten, die Rolle der Bildung für nachhaltige Entwicklung endlich ernst zu nehmen (siehe S. 37).

Bei vielen NGOs stehen aber auch die Regierungen des Südens in der Kritik. Das Komitee der brasilianischen Zivilgesellschaft CFSC hat sich mittlerweile aus den offiziellen Rio+20-Veranstaltungen zurückgezogen und die Teilnahme an den „Dialogen für Nachhaltige Entwicklung“ mit der Regierung von Präsidentin Dilma Rousseff abgesagt. Die Vorbereitung des vom CFSC organisierten „Gipfels der Völker“ zeige dagegen viel Dynamik, berichtete das Portal Amerika21.de. Das breite Bündnis sei sich einig „in der Ablehnung der marktwirtschaftlichen Green Economy wie auch im Widerstand gegen Rückschritte hinter die Beschlüsse des Erdgipfels“.

Die Weltbank legte Mitte Mai als Beitrag zum Rio+20-Gipfel ihren lange erwarteten Bericht zu „grünem Wachstum“ vor. Bei der Heinrich-Böll-Stiftung hieß es dazu, auch die Weltbank habe jetzt das Problem erkannt und stelle richtige Fragen, blende aber zu viele nicht ökonomische Aspekte aus. Die Grünen-nahe Böll-Stiftung hat zu Rio+20 ein deutschsprachiges Portal mit detaillierten Analysen eingerichtet. [mb, ss, jg]

- ▶ IPS: www.kurzlink.de/rio-20-ngos
- ▶ www.forumue.de/projekte/rio-20/materialienrio
- ▶ COICA: www.kurzlink.de/coica-greeneconomy
- ▶ Pachamama: www.kurzlink.de/pachamama-rio
- ▶ WSPA: www.kurzlink.de/viehzucht-rio
- ▶ CFSC: www.kurzlink.de/cfsc-rio
- ▶ Amerika21.de: www.kurzlink.de/a21-rio
- ▶ Weltbankbericht: www.kurzlink.de/weltbank-hbs
- ▶ Heinrich-Böll-Stiftung: www.boell.de/rio20

Nachhaltige Entwicklung

Club of Rome pessimistisch

■ Der Club of Rome hat im Mai seinen zweiten Bericht zur Zukunft der Erde veröffentlicht. Die Hauptprognose lautet, dass die Menschen zu spät anfangen werden, nachhaltig zu wirtschaften, und es gerade in den Industriestaaten zu immer mehr Armut und Ungleichheit kommen wird.

Der von dem norwegischen Wissenschaftler Jørgen Randers verfasste Bericht geht davon aus, dass die Erdtemperatur bis 2052 um mehr als zwei Grad zunimmt und der Meeresspiegel um 50 Zentimeter steigt. Die Folgen seien Dürren, Wirbelstürme und Fluten. In den Entwicklungsländern werde die Armut ab- und in den Industriestaaten zunehmen. Das Wirtschaftswachstum werde im Norden bis 2030 stagnieren. Weltweit werde es mehr Umweltzerstörung geben. Überraschend ist die Prognose, dass die Bevölkerung sich bis 2040 bei acht Milliarden Menschen stabilisiert. Die Gründe dafür seien Verstädterung, Bildung und Verbreitung von Verhütungsmethoden.

Vor 40 Jahren hatte der Club of Rome den Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ vorgestellt. Damals sagte die Wissenschaftsinitiative den Zusammenbruch der marktwirtschaftlichen Expansion der Weltökonomie in wenigen Jahren voraus. [tg]

▶ www.aerztezeitung.de/news/article/812722/.html

UN

Von Konzernen gekapert?

■ Die Vereinten Nationen nehmen zu viel Rücksicht auf die Interessen von Unternehmen. Dieser Ansicht sind der Umweltdachverband Friends of the Earth und weitere internationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Das Bündnis startete eine Kampagne gegen die „Übernahme der Vereinten Nationen durch die Wirtschaft“. NGOs in aller Welt sollen einen Aufruf gegen den Einfluss von Großunternehmen in UN-Prozessen unterzeichnen. [hv]

▶ www.kurzlink.de/foei-un-deutsch

politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und Vordenkerinnen

Welternährung

Global denken – lokal säen



Die *politische ökologie* erklärt, welche globalen Auswirkungen unser Ernährungsstil hat, und sie zeigt, welche politischen Wege zur weltweiten Ernährungssouveränität führen.

Es ist genug für alle da, trotzdem leidet eine Milliarde Menschen Hunger, während sich zugleich weltweit die Fettleibigkeit ausbreitet. Die »Grüne Revolution«, Spekulationen auf Nahrungsmittel und eine exportfixierte Agrarpolitik haben die Lage von Kleinbauern in Entwicklungsländern enorm verschlimmert. Die *politische ökologie* zeigt Ansätze, die eine zukunftsfähige Landwirtschaft ebenso im Auge haben wie den Schutz von Klima, Ressourcen und Menschenrechten.

Mit Beiträgen von C. Leitzmann, B. Haerlin, F. P. zu Löwenstein, M. Wiggerthale, V. Thurn, U. Hoering u.v.m.



Welternährung
politische ökologie (Band 128)
144 Seiten, 16,95 EUR (zzgl. Versand),
ISBN 978-3-86581-268-1

Erhältlich bei
www.oekom.de, kontakt@oekom.de

oekom
verlag

Worldwatch-Report

Die Lage der Welt verbessern

■ Lokal angepasste, einfache und ökologisch nachhaltige Innovationen in der Landwirtschaft sind ein Schlüssel zum Abbau von Armut und Hunger. Das ist das Fazit des diesjährigen Berichts „Zur Lage der Welt“ des US-amerikanischen Worldwatch-Instituts, dessen deutschsprachige Ausgabe im Mai erschien. Der Bericht plädiert für schnelle, aber nachhaltige landwirtschaftliche Investitionen, vor allem in Agroforstwirtschaft, Sortenvielfalt und agrarökologische Forschung.

Angesichts der Preissteigerungen auf den Weltagarmärkten forderte die Heinrich-Böll-Stiftung, deutscher Mitherausgeber der Studie, eine sofortige Kehrtwende in der EU-Agrarpolitik. Den Bedarf an Agrarrohstoffen auf Kosten anderer Ländern zu decken und die Nahrungsmittelpreise hochzutreiben sei untragbar. Die EU müsse vor allem die Förderung von Tierfabriken beenden, deren Futter von südamerikanischen Sojafeldern komme. **[mb]**

► www.zurlagederwelt.de

Megaprojekte

Indigene sind jetzt Terroristen

■ Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte wirft der Justiz in Ländern Lateinamerikas systematische Kriminalisierung und Stigmatisierung Indigener vor, die sich gegen die Vertreibung zugunsten von Megaprojekten und Großinvestoren wehren. Bei den Vertreibungen kommt es nach Angaben der Kommission zu Menschenrechtsverletzungen und bewaffneten Auseinandersetzungen. Versuchten Indigene ihre Rechte durchzusetzen und ihr Land und ihre Kultur zu verteidigen, müssten sie mit Strafprozessen rechnen. Während Indigene in Peru schon seit zehn Jahren strafrechtlich verfolgt würden, nähmen die Anklagen auf Sabotage und Terrorismus nun auch in Ecuador drastisch zu. **[tg]**

► www.kurzlink.de/indigene-cidh

Argentinien

Umstrittener Lithiumabbau

■ Indigene Gemeinschaften im Nordwesten Argentiniens wollen beim Obersten Gerichtshof ein Mitspracherecht bei Projekten zur Förderung von Lithium in den 17.000 Quadratkilometer großen Salzwüsten im Nordwesten des Landes erstreiten. Das unter einer starken Salzschiebt lagernde Hightech-Metall gilt als das „weiße Gold der Zukunft“. Seit zwei Jahren fordern 33 Ethnien Auskunft über Pläne, das Leichtmetall in den indigenen Territorien abzubauen.

Lithium ist ein wichtiger Bestandteil aufladbarer Batterien, wie sie in tragbaren Computern, Handys und digitalen Abspielgeräten zum Einsatz kommen. Batterien mit bedeutend größerer Kapazität sollen künftig eine wachsende Flotte von Elektroautos antreiben. In einem Gebiet vom Süden Boliviens bis in den Nordwesten Argentiniens und den Norden Chiles werden 85 Prozent der weltweiten Lithiumvorräte vermutet. Die Salzwüsten sind jedoch empfindliche Ökosysteme und Lebensraum zahlreicher indigener Gemeinschaften, die vom Salzabbau leben. Bereits 2010 hatten die Indigenen den Obersten Gerichtshof aufgefordert, für die Einhaltung der Ureinwohnerkonvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zu sorgen, die ihnen ein Mitspracherecht bei der Ausbeutung von Rohstoffen in ihren Gebieten gibt. **[IPS, mb]**

► www.kurzlink.de/lithium-argentinien

Ecuador

Einigung über Yasuní-Gelder

■ Nachdem die Verhandlungen über den deutschen Beitrag zum Yasuní-Schutz im März gestoppt worden waren, haben sich die Regierungen Ecuadors und Deutschlands Anfang Mai auf eine Zusammenarbeit geeinigt. Das berichtete die Süddeutsche Zeitung. Nach Angaben von Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) nahm Ecuador das Angebot an, das Natur-

schutzgebiet Yasuní-ITT im Rahmen der deutsch-ecuadorianischen Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen. Die Entwicklungshilfe soll von 14,5 Millionen auf 34 Millionen Euro erhöht und zum großen Teil zum Schutz von Yasuní im Rahmen des REDD-Programms genutzt werden.

Niebel hatte sich geweigert, in den extra zum Schutz des Nationalparks eingerichteten Fonds einzuzahlen. Ecuador will auf die Ölförderung im Nationalpark verzichten, wenn es dafür von der Staatengemeinschaft zum Teil entschädigt wird. [tg]

- Süddeutsche: www.sz.de/U5t38B/606533/;html
- REDD: www.de.wikipedia.org/wiki/REDD

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de (Rundbriefe)

KLIMA & ENERGIE

EU-Klimapolitik

Energieminister wollen keine Energie sparen

■ Bei ihrem informellen Treffen Mitte April haben die EU-Energieminister ihre Zustimmung zum Energiefahrplan 2050 signalisiert, den die EU-Kommission im Dezember 2011 veröffentlicht hatte. Die Strategie zeigt unterschiedliche Wege auf, die CO₂-Emissionen des europäischen Energiesektors bis 2050 um 85 Prozent zu verringern.

Auch die Energieeffizienzrichtlinie stand auf der Tagesordnung. Trotz des Bekenntnisses zum Energiefahrplan und der darin angestrebten Steigerung der Energieeffizienz versuchen die Mitgliedstaaten auch weiterhin die von der EU-Kommission vorgeschlagene Richtlinie abzuschwächen. Auf der Grundlage des letz-

ten Kompromissvorschlags der dänischen Ratspräsidentschaft wollen die Minister die Verhandlungen noch im Juni abschließen. Nach Angaben der Kommission haben die Mitgliedstaaten den Richtlinienvorschlag jedoch inzwischen so weit verwässert, dass nur noch 38 Prozent der ursprünglichen Wirkung erzielt werden. Energiekommissar Günther Oettinger zeigte sich dennoch optimistisch, dass eine Einigung erzielt werden könne.

Auch die Wiederbelebung des Emissionshandels war Thema des Treffens. Zuletzt war der Preis pro CO₂-Zertifikat auf sieben Euro gefallen. Die Minister diskutierten verschiedene Instrumente wie die Herausnahme von CO₂-Zertifikaten aus dem Markt, die Einführung eines Mindestpreises oder die Verabschiedung eines verbindlichen Klimaziels für 2030. Die polnische Regierung sprach sich gegen die Herausnahme von Zertifikaten aus dem Markt aus. Ende des Jahres sollen konkrete Maßnahmen beschlossen werden. [dh]

- Deutscher Naturschutzring, Stefanie Langkamp, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177579, E-Mail: stefanie.langkamp@dnr.de, www.dnr.de

Palmöl

Vernichtende CO₂-Bilanz

■ Die Gewinnung von Palmöl ist laut einer neuen Studie noch klimaschädlicher als bisher angenommen, weil dafür häufig Torfböden in Monokulturen umgewandelt werden. Bei der Trockenlegung und Brandrodung der Flächen im Haupterzeugerland Indonesien würden enorme Mengen CO₂ freigesetzt, so eine Gruppe internationaler ForscherInnen um die Studienautorin Kimberly Carlson. Die Urwaldrodung gehe mit der Zerstörung der Lebensräume vieler Tierarten einher. Außerdem werde die lokale Bevölkerung häufig vertrieben. Nach Ansicht der WissenschaftlerInnen müssten mehr Schutzgebiete eingerichtet werden. Vor allem aber sei die Nachfrage in den Industrieländern zu senken. [tg]

- Studie: www.kurzlink.de/palm12-05

Energieeffizienz

Harsche Kritik an Merkel

■ Ein breites Bündnis aus Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden, Unternehmen und Gewerkschaften hat in einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) appelliert, die EU-Energiesparziele umzusetzen. „Erst treibt die Bundesregierung ehrgeizige Klimaschutz- und Energiesparziele voran, dann aber, wenn es um die Umsetzung dieser Ziele geht, werden wirkungsvolle Maßnahmen und Gesetze verhindert“, schrieben der Deutsche Naturschutzring, der BUND, die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz, der Verbraucherzentrale Bundesverband, die IG Bauen-Agrar-Umwelt, die Klima-Allianz, Germanwatch, der Verband der Strom- und Gasverteiler und der Verband Beratender Ingenieure.

Anlass ist der Streit über die EU-Energieeffizienzrichtlinie, die zurzeit zwischen EU-Ministerrat und Parlament verhandelt wird. Sie ist eines der wichtigsten Vorhaben, um die EU-Klimaziele zu erreichen – und gleichzeitig das umstrittenste. Die von Deutschland und anderen EU-Staaten im Rat eingebrachten Änderungsvorschläge lassen nach Ansicht von Experten die Energiesparziele in unerreichbare Ferne rücken. Im Mai warnten die EU-Kommission und die dänische Ratspräsidentschaft vor einem Scheitern der Richtlinie.

Auch die deutsche Effizienzpolitik stecke fest, heißt es in dem Brief. Obwohl die Bundesregierung Energieeffizienz zur „Schlüselfrage“ der Energiewende gemacht habe, komme die Gebäudesanierung nicht voran, Fördergelder verharren auf niedrigem Stand oder würden sogar gekürzt. Investitionen in energieeffiziente Industrieanlagen würden zurückgehalten.

Anfang Mai warnten auch führende Energieforscher die Regierung, die Energiewende werde nur bei einer „dauerhaften Senkung des Energiebedarfs“ gelingen. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen und EU-Energiekommissar Günther Oettinger forderten ebenfalls mehr Entschlossenheit in der Energieeffizienzpolitik. [sl]

- Offener Brief: www.kurzlink.de/mehr-effizienz

Energiesteuern**EU-Parlament gegen höhere Steuer auf Diesel**

■ In der Plenarsitzung Mitte April haben die EU-Abgeordneten eine Überarbeitung der Vorschläge für eine neue Energiesteuererrichtlinie gefordert. Zwar gab es grundsätzliche Zustimmung zu den Plänen der EU-Kommission, die Mehrheit der Abgeordneten lehnte aber insbesondere eine höhere Besteuerung von Dieselsprit ab. Umweltverbände zeigten sich enttäuscht.

Im April 2011 hatte die Kommission einen Vorschlag zur Restrukturierung der Richtlinie vorgelegt und darin eine einheitliche Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Energie vorgesehen. Sie will Energiesteuern künftig am Energiegehalt ausrichten und zudem eine CO₂-Komponente einführen. Wegen des unterschiedlichen Energie- und CO₂-Gehalts bei der Verbrennung der Treibstoffe müsste Diesel dann höher besteuert werden als Benzin. Das stieß im Parlament vor allem bei Christdemokraten sowie bei deutschen und französischen Sozialdemokraten auf Widerspruch. In Deutschland könnte die Dieselsebesteuerung wegen der im EU-Vergleich ohnehin schon höheren Abgaben allerdings aufkommensneutral gestaltet werden.

Umweltverbände reagierten mit Unverständnis auf die Entscheidung des Parlaments. Die Abgeordneten gäben kurzfristigen Wahlchancen Vorrang vor Klimazielen und nachhaltiger Finanzpolitik, hieß es beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS). Der Kommissionsvorschlag könne zum Beispiel dazu beitragen, den Tanktourismus zu verringern, der bisher jährlich mehrere Millionen Euro Steuerausfälle verursachte.

Das EU-Parlament hat in Steuerfragen formal zwar kein Mitbestimmungsrecht, die Entscheidung gilt aber dennoch als wegweisend für die Abstimmung im Ministerrat. Auch im Rat ist die neue Energiesteuererrichtlinie umstritten. [dh]

► FÖS-Hintergrundpapier: www.foes.de/pdf/hintergrund_energiesteuererrichtlinie.pdf

Erneuerbare Energien I**Länder stoppen Solarkürzung mit Zweidrittelmehrheit**

■ Mitte Mai haben sich mehr als zwei Drittel der Länder im Bundesrat gegen die geplante Kürzung der Einspeisevergütung für Fotovoltaikstrom ausgesprochen. Auch von der CDU mitregierte Länder stimmten gegen die Regierungspläne. Diese müssen nun im Vermittlungsausschuss überarbeitet werden. Die Bundesländer befürchteten, dass die Kürzungen in großem Maßstab Arbeitsplätze gefährden. Nach dem Solarzellenhersteller Q-Cells haben bereits auch Solon und Solvello Insolvenzanträge gestellt. Ursachen für die Pleitewelle sind neben dem drastischen Preisverfall für Solarmodule auch weltweite Überkapazitäten und Billigkonkurrenz aus China.

Der BUND, Eurosolar und weitere Verbände begrüßten die Entscheidung des Bundesrates. „Der unverzügliche Wechsel zu erneuerbaren Energien ist keine Last, sondern die größte greifbare soziale und wirtschaftliche Zukunftschance“, hieß es bei Eurosolar. [sl]

► BUND, Energiereferent Thorben Becker, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 364097-02, E-Mail: thorben.becker@bund.net, www.bund.net

Erneuerbare Energien II**Stromrebellin in Berlin**

■ Berliner BürgerInnen wollen mit der Energiewende Ernst machen: Wenn 2014 der Konzessionsvertrag für das Stromnetz der Hauptstadt ausläuft, will die Genossenschaft BürgerEnergie Berlin dem Energiekonzern Vattenfall das Netz aus der Hand nehmen. Interessierte können das Vorhaben als Mitglied oder Treugeber unterstützen. Vor 18 Jahren entstanden auf diese Weise die Elektrizitätswerke Schönau, die heute zu den führenden unabhängigen Anbietern von erneuerbaren Energien zählen. [sl]

► www.buerger-energie-berlin.de

Schiefergas**Keine Bohrgenehmigungen mehr für „Fracking“**

■ Anfang Mai haben sich Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) darauf geeinigt, das umstrittene „Fracking“ vorerst nicht in Deutschland zuzulassen. Ein unabhängiges wissenschaftliches Gutachten soll bis Mitte des Jahres die offenen Fragen zur Erdgasförderung aus tiefen Gesteinsschichten klären. Bis dahin würden keine weiteren Genehmigungen erteilt, so ein Sprecher des Umweltministeriums. Auf Bohrungen in Trinkwasserschutzgebieten werde grundsätzlich verzichtet.

Beim Fracking werden Wasser, Sand und Chemikalien unter hohem Druck in Gestein gepresst, um das Gas zu lösen. Umweltverbände kritisieren unter anderem, dass bei der Prozedur Chemikalien ins Grundwasser gelangen können. [sl]

► www.greenaction.de/kampagne/fracking-gefahr-fuers-trinkwasser

Agrotreibstoffe**EU sucht weiter nach Nachhaltigkeitskriterien**

■ Bei ihrer Sitzung Anfang Mai haben die EU-KommissarInnen eine Einigung über Nachhaltigkeitskriterien für Agrotreibstoffe verpasst. Umweltverbände zeigten sich enttäuscht.

Agrotreibstoffe gelten als wichtiges klimapolitisches Instrument der EU im Verkehrsbereich. Vor allem durch die indirekte Änderung der Landnutzung (ILUC) hat Agrosprit aber eine negative Klimabilanz. Die bestehenden Nachhaltigkeitskriterien für Biokraftstoffe berücksichtigen Treibhausgasemissionen durch die indirekte Zerstörung von Wäldern, Torfmooren und anderen natürlichen Lebensräumen allerdings in keiner Weise.

Vor dem Arbeitstreffen der 27 Kommissarinnen und Kommissare hatten rund

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

ehundert europäische Umweltverbände in einem offenen Brief an die EU-Kommission appelliert, die Nutzung extrem klimaschädlicher Agrotreibstoffe zu verhindern. Die Verbände forderten, dazu sogenannte ILUC-Faktoren bei der Berechnung des Klimaeffekts der Kraftstoffe in die Kraftstoffqualitätsrichtlinie und die Erneuerbare-Energien-Richtlinie aufzunehmen. Auch die KommissarInnen stimmten der Notwendigkeit solcher ILUC-Faktoren zu, wie Klimakommissarin Connie Hedegaard nach der Sitzung betonte, konnten aber noch keine Entscheidung treffen.

Umweltverbände begrüßten die grundsätzliche Bereitschaft der EU-Kommission zur Einführung von ILUC-Faktoren, fürchten nun aber, dass es vor der Sommerpause keine Einigung mehr geben wird. [dh]

► Offener Brief der Umweltverbände an Kommissionspräsident Barroso: www.kurzlink.de/agrosprr

Atomenergie I

EU-Test stresst AKWs kaum

■ Der Abschlussbericht zu den europaweiten Stresstests für Atomkraftwerke wird sich um ein Vierteljahr verzögern. Bis August sollen internationale Expertenteams weitere Reaktoren unter die Lupe nehmen. Darauf verständigten sich EU-Energiekommissar Günther Oettinger und Vertreter der teilnehmenden Staaten Ende April, nachdem diese erste Zwischenberichte vorgelegt hatten.

Im Mai des vergangenen Jahres hatten die 14 EU-Länder mit Kernkraftwerken sowie die Schweiz und die Ukraine beschlossen, die europäischen AKWs sogenannten Stresstests zu unterziehen. Dabei wird die Sicherheit der Reaktoren im Fall einer Naturkatastrophe, eines Flugzeugabsturzes oder eines von Menschen verursachten Unfalls überprüft. Von den 147 Reaktoren in der EU wurden bisher aber nur 38 einem solchen Test unterzogen. Auch umstrittene Anlagen wie das französische AKW Fessenheim nahe der deutschen Grenze wurden bisher nicht von den Sicherheitsexperten untersucht.

In Deutschland wurde nur der Reaktor Grafenrheinfeld bei Schweinfurt überprüft.

Oettinger forderte deshalb weitere Kontrollen. Welche deutschen AKWs nun zusätzlich von den internationalen Expertenteams besucht werden sollen, ist noch nicht bekannt. Auch über die bisherigen Ergebnisse der Stresstests wollte der Kommissar keine Angaben machen. [dh]

► www.kurzlink.de/atomstr

Atomenergie II

Europäische Bürgerinitiative gegen Atomkraft

■ Im Mai haben Umweltverbände eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen Atomkraft und für eine sichere Energiezukunft gestartet. Die EU-Kommission prüft bis Anfang Juni deren Zulässigkeit, danach haben die Initiatoren ein Jahr Zeit, um eine Million Unterschriften zu sammeln.

Die EBI ist eine erst seit Anfang April mögliche neue Form der Bürgerbeteiligung in der EU. Erstmals können dabei Themen für Gesetze auch von der Bevölkerung eingebracht werden. Sofern die Initiativen zulässig sind und die erforderlichen Unterschriften in mindestens sieben Mitgliedstaaten gesammelt werden können, müssen sich EU-Kommission und Europaparlament damit befassen.

Die Atomkraftgegner wollen die Initiative nicht nur in sieben, sondern gleich in zwölf Ländern starten. Träger der Kampagne „My voice against nuclear power“ sind Umweltverbände des Netzwerks Friends of the Earth und die französische Organisation Sortir du nucléaire. In Deutschland beteiligt sich der BUND.

Die Initiatoren fordern die Abschaltung von 62 Hochrisikoreaktoren und Ausstiegspläne für alle anderen 71 AKWs in der EU. Außerdem sollen die Betreiber die wahren Kosten entrichten, die auch Stilllegung, Abfalllagerung, Haftung und Uranabbau umfassen. [jg]

► EBI zu Atomkraft: www.my-voice.eu

Verbraucherinformation

Aromastoffe leicht erkennbar

■ Die EU-Mitgliedstaaten haben Ende April einem Vorschlag der Europäischen Kommission zugestimmt, die Verwendung von Aromastoffen in Lebensmitteln einheitlich zu regeln. Verbraucher, Lebensmittelindustrie und Behörden sollen sich in einer Onlinedatenbank informieren können, welche Stoffe zugelassen sind. Bisher gelten unterschiedliche nationale Regelungen. Wenn das EU-Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen ist, haben Lebensmittelkonzerne ein halbes Jahr Zeit, die neuen Regeln umzusetzen. [mbu]

► Seite der EU-Kommission zu Aromastoffen: www.ec.europa.eu/food/food/faef

Produktsicherheit

Weniger EU-Warnungen

■ 2011 sind über das Schnellwarnsystem Rapex 20 Prozent weniger gefährliche Produkte in der EU gemeldet worden als im Jahr vorher. Gut 1.800 Artikel wurden im vergangenen Jahr bei Rapex registriert und anschließend vom Markt genommen, heißt es im Jahresbericht des Schnellwarnsystems, der im Mai veröffentlicht wurde. Laut EU-Kommission gefährdeten die Produkte die Gesundheit oder die Sicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Am häufigsten wurde vor Textilien gewarnt, die die Haut reizen oder zum Erstickten führen könnten. Auf den Plätzen folgen verschluckbares Spielzeug, verletzungsträchtige Kraftfahrzeuge, gefährliche Elektrogeräte und giftige Kosmetika. 58 Prozent der gefährlichen Produkte wurden in China hergestellt, 2010 waren es 54 Prozent.

Damit Produktions- und Lieferketten lückenloser überwacht werden können, baut die Kommission derzeit die Zusammenarbeit mit Drittländern bei der Pro-

duktsicherheit aus, insbesondere mit China und den USA. VerbraucherInnen können sich beim Einkauf an Siegeln orientieren. Reizfreie Kleidung beispielsweise garantiert der ÖkoTexStandard 100. [mbu]

- ▶ Hintergrundmemo: www.europa.eu/rapid (Reference: MEMO/12/309)
- ▶ Öko-Tex-Standard: www.oeko-tex.com

EU-Spielzeugrichtlinie

Deutschland will höchste Sicherheit für Kinderspielzeug

■ Um zu verhindern, dass die hohen deutschen Standards für die Sicherheit von Spielzeug gesenkt werden, hat die Bundesregierung Mitte Mai Klage gegen die EU-Kommission eingereicht. Anlass ist die neue EU-Spielzeugrichtlinie, die ab Juli 2013 mehr Gift in Spielsachen erlaubt, als Deutschland derzeit zulässt.

Strittig ist vor allem die Belastung mit Blei, Arsen und Quecksilber. Im Januar hatte die Bundesregierung bei der Kommission beantragt, die Grenzwerte für Blei, Barium, Arsen, Quecksilber und Antimon sowie für Nitrosamine und nitrosierbare Stoffe beizubehalten. Bei den krebserzeugenden und erbgutschädigenden Nitrosaminen stimmte die Kommission zu, nicht jedoch bei Antimon, Arsen und Quecksilber. Für Barium schlug die Kommission eine Übergangslösung vor.

Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner sagte, wenn es um die Sicherheit von Kindern gehe, dürfe es keine Kompromisse geben. Zwar bringe die neue Richtlinie der EU viele Verbesserungen zum Schutz der Kinder, die chemischen Anforderungen an Spielzeug reichten aber nicht aus. [mbu]

- ▶ BMELV zur Klage gegen die EU-Kommission: www.kurzlink.de/klage-eu-spielzeugrl
- ▶ EU-Spielzeugrichtlinie 2009/48/EG: www.kurzlink.de/eu-spielzeug-rl.pdf

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform I

Europas Landwirtschaft wird höchstens hellgrün

■ Die Pläne der EU-Kommission, die EU-Agrarpolitik umweltfreundlicher zu gestalten, finden bei zahlreichen EU-Mitgliedstaaten keinen Anklang. Beim Treffen der EU-Agrarminister Mitte Mai signalisierte Agrarkommissar Dacian Cioloș, die Umweltauflagen zu lockern. Er schlug vor, nur von größeren Betrieben zu verlangen, dass sie ökologischer wirtschaften müssen, um Zuschüsse aus dem Brüsseler Agrarbudget zu erhalten. Dadurch würden kleine bäuerliche Betriebe und Nebenerwerbslandwirte entlastet.

Nach Einschätzung der dänischen Landwirtschaftsministerin Mette Gjerskov könnten die wesentlichen Leitlinien der



144 Seiten ISBN 978-3-932509-34-2

Jetzt NEU für Niedersachsen - Bremen!
... dort wo es Bio-Produkte gibt.

B U C H T I P P

Ökologisch, fair ...

... Ihr Einkaufsführer
für nachhaltigen Konsum
und gutes Leben!

G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto pro Buch an uns senden.

- Hamburg/Schleswig-Holstein Berlin/neue Bundesländer
 Nordrhein-Westfalen Niedersachsen/Bremen

Verlag Das grüne Branchenbuch
Lasbeker Straße 9 - 22967 Tremsbüttel - Tel. 04532-21402
Fax: 04532-22077 - www.gruenes-branchenbuch.de
service@gruenes-branchenbuch.de

Ökolan 13.02.12

EU-Agrarreform bis Ende des Jahres stehen. Allerdings müssten sich dafür der EU-Agrarministerrat und das EU-Parlament einigen.

Der BUND bezeichnete das Einlenken von Agrarkommissar Ciolos als „Rückschritt“. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Forsa vom Mai habe ergeben, dass zwei Drittel der Deutschen die Vergabe von Agrarsubventionen künftig an höhere Umwelt- und Tierschutzstandards binden wollten. [mbu]

- ▶ Ergebnisse des EU-Agrarministerrates: www.kurzlink.de/eu-agri-05-2012.pdf
- ▶ Forsa-Umfrage: www.bund.net/pdf/forsa_umfrage_subventionen

EU-Agrarreform II

Deutschland blockiert Ökologisierung

■ Am Grundprinzip der geplanten EU-Agrarreform, dem sogenannten Greening, das die Fördergelder aus Brüssel von Umweltmaßnahmen abhängig macht, wird weiter gerüttelt. Einige Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, wollen dieses Ziel verwässern.

So gab Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner bei den Agrarministerkonferenzen in Konstanz und Luxemburg Ende April ihre Absicht bekannt, die Bindung der Direktzahlungen aus dem EU-Agrarhaushalt an Umweltstandards zu verhindern. Ihrem Vorschlag zufolge sollen alle Betriebe zehn Prozent weniger direkte Beihilfen erhalten. Dieses Geld soll dann in den Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums fließen und für Umweltmaßnahmen verwendet werden. Der Gesetzesvorschlag der EU-Kommission sieht hingegen vor, dass jeder Betrieb, der die ökologischen Standards nicht erfüllt, auf mindestens 30 Prozent direkter Beihilfen verzichten muss.

Aigners Pläne stoßen auf Kritik bei Umwelt- und Agrarverbänden sowie bei EU-Abgeordneten. Mit dem Gegenvorschlag würden die erforderlichen Umweltmaß-

nahmen in der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung torpediert, hieß es bei der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). „Anstatt die fünf Milliarden Euro Direktzahlungen der EU pro Jahr für Deutschland ökologisch zu qualifizieren, bietet Aigner 500 Millionen Euro für freiwillige Maßnahmen an, die aber in den Produktionen mit den größten ökologischen Problemen nicht greifen werden“, sagte der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf.

Der Koordinator der Fraktion Grüne/EFA im Agrarausschuss des Europäischen Parlaments, Martin Häusling, monierte: „Ein Zerschlagen dieser Greening-Vereinbarung und ein Verteilen der Splitter als verkappte Modulation in die zweite Säule, wie Aigner es vorschlägt, widerspricht dem Vertrag zwischen europäischen Steuerzahlern und der Landwirtschaft, nämlich öffentliche Leistung für öffentliche Güter.“ [mbu]

- ▶ Vorschlag zum Greening für den Agrarministerrat (engl.): www.kurzlink.de/gapreform-greening
- ▶ Bundeslandwirtschaftsministerium zur EU-Agrarreform: www.kurzlink.de/bmelv-gap-greening
- ▶ AbL: www.abl-ev.de
- ▶ EU-Grüne: www.martin-haeusling.eu
- ▶ Hintergrund: www.nabu.de/themen/landwirtschaft/europaeischeagrarpolitik/12622.html

Gensoja

Urteil gegen Monsanto

■ Brasilianische Bauern haben einen Sieg im Streit mit Monsanto errungen. Der US-Gentechnikkonzern dürfe für die Wiederaussaat seiner Gensoja keine Lizenzgebühren verlangen, urteilte ein Gericht im Bundesstaat Rio Grande do Sul. Monsanto ging in Berufung. Es geht dabei um Milliarden, denn der Konzern soll auch seit 2003 erhobene Gebühren zurückzahlen. Das Urteil würde etwa fünf Millionen Bauern in ganz Brasilien betreffen. Gentechnisch veränderte Soja ist Grundlage für die Massentierhaltung in Europa und den USA. [mb]

- ▶ www.genfoodneindanke.de/wp/2012/04/br

EU-Agrarsubventionen

Wer bekam wie viel?

■ Wer sich über die Empfänger von EU-Agrarbeihilfen informieren will, kann dies auf einer Webseite der EU-Kommission tun. In Deutschland haben im Jahr 2011 über 200 Betriebe, Behörden und Private jeweils mehr als eine Million Euro Zuschüsse erhalten. Die Daten über die sogenannten juristischen Personen, also Vereine oder Betriebe, in Deutschland sind auf einer Website der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung veröffentlicht. Natürliche Personen, also einzelne Menschen, dürfen aus Datenschutzgründen nicht genannt werden.

Die höchsten Einzelsummen erhielt im vergangenen Jahr die öffentlichen Hand. So flossen über 30 Millionen Euro aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung (ELER) an das Landesumweltamt Brandenburg, 17 Millionen Euro gingen an den Landesbetrieb für Küstenschutz Nationalpark und Meeresschutz in Schleswig-Holstein. Von den Direktzahlungen aus dem EU-Agrarbudget profitierten am meisten der Agrargroßkonzern Gut Ferdinandshof in Mecklenburg-Vorpommern mit über 3,2 Millionen Euro und die Südzucker AG in Baden-Württemberg mit mehr als 2,6 Millionen Euro.

Der Bund Umwelt und Naturschutz (BUND) kritisiert, dass wenige Betriebe übermäßig von den Subventionen profitieren, während vor allem kleinere Höfe benachteiligt seien. Die Mehrheit der landwirtschaftlichen Betriebe, nämlich 62 Prozent, würden von insgesamt 5,75 Milliarden Euro, die von Brüssel an Deutschland gezahlt werden, weniger als zwölf Prozent erhalten, so der Umweltverband.

Wenn die Direktzahlungen tatsächlich an Umweltmaßnahmen gebunden wären, wie es der Vorschlag der EU-Kommission zur Agrarreform vorsieht, könnten laut der BUND-Agrarexpertin Reinhild Benning kleinere Höfe Vorteile daraus ziehen, da sie hier klar im Vorteil gegenüber Großbetrieben seien. [mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/agrarzahlungen-2011
- ▶ Hintergrund: www.bund.net/agrarwende

Patente auf Leben

Europäisches Parlament
bekräftigt Verbot

■ Das Europaparlament hat im Mai eine Resolution verabschiedet, in der das Europäische Patentamt (EPA) und die EU-Kommission aufgefordert werden, das europäische Recht zu respektieren, das die Patentierung von Pflanzensorten und Tierarten verbietet. Der Zugang zu genetischen Tier- und Pflanzenressourcen dürfe nicht blockiert und das geistige Eigentum daran nicht auf wenige Firmen beschränkt werden, sagte Martin Häusling, agrarpolitischer Sprecher der Grünen im EU-Parlament. Züchter und Landwirte müssten weiterhin ungehinderten Zugang zu den genetischen Ressourcen haben.

Das Parlament reagierte mit der Resolution auf eine wachsende Zahl an Konflikten, die durch die Erteilung von Biopatenten durch das EPA entstanden sind. Die Patente wurden nicht nur für gentechnisch veränderte Organismen, sondern auch für konventionelle Züchtungsverfahren erteilt. Das europäische Recht verbietet aber die Patentierung von biologischen Prozessen.

Die Europaabgeordneten appellierten an die EU-Kommission, endlich die vorgeschriebenen jährlichen Berichte zur Patenterteilung und deren Auswirkungen

zu erarbeiten. Langfristig müsse das EPA unter demokratische Kontrolle gestellt werden und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs folgen.

Anfang Mai hatte das Europäische Patentamt (EPA) in München ein Patent auf Tierzucht widerrufen. Darin hatten die US-Firma Inguran und ihre Tochter XY LLC sowohl ein Verfahren zur Auswahl des Geschlechts als auch Spermazellen als Erfindung beansprucht. Das Patent war trotz des EU-Verbots für Patente auf Leben erteilt worden. Die Grünen im Europäischen Parlament und Greenpeace legten dagegen Widerspruch ein. Die Beschwerdekammer des EPA widerrief das Patent aus technischen Gründen. Aus Sicht der Kritiker hätte es jedoch gar nicht erst erteilt werden dürfen.

Das Bündnis „Keine Patente auf Saatgut!“ forderte die EU-Mitgliedstaaten, das EU-Parlament und die Kommission auf, grundsätzlich gegen Patente auf Pflanzen und Tiere vorzugehen. Solche Patente beträfen nicht nur Landwirte und Züchter, sondern auch die Verbraucherinnen und Verbraucher, sagte Christoph Then, der Sprecher des Bündnisses. [mbu]

- ▶ Resolution des EU-Parlaments zu Patenten auf Leben: www.kurzlink.de/ep-resolut-patente
- ▶ www.no-patents-on-seeds.org/
- ▶ www.martin-haeusling.eu

EU-Agrarpolitik

Für mehr Direktvermarktung

■ Die EU-Kommissare für Landwirtschaft und für Verbraucher, Dacian Cioloș und John Dalli, haben sich dafür ausgesprochen, kürzere Vermarktungswege für landwirtschaftliche Erzeugnisse finanziell zu unterstützen. Dafür will Cioloș Gelder aus dem EU-Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums zur Verfügung stellen, wie er am 20. April auf einer Konferenz in Brüssel mitteilte. Eine ortsnahe Versorgung mit Lebensmitteln entspreche der modernen Auffassung, dass Ernährung und Landwirtschaft ökonomisch wettbewerbsfähig, sozial und ökologisch nachhaltig sein sollten, sagte Cioloș.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hält die Förderung der Direktvermarktung für einen richtigen Ansatz. „Für die Verbraucher bedeutet dies nicht nur ein schönes Einkaufsgefühl“, sagte Ulrich Jasper von der AbL, „sie können auch direkt ihren Anspruch auf eine besondere Qualität der Produkte äußern.“

Nach Schätzungen des Bundeslandwirtschaftsministeriums bieten in Deutschland 30.000 bis 40.000 bäuerliche Betriebe ihre Produkte auf direktem Weg an. [mbu]

- ▶ Cioloș: www.kurzlink.de/direktverkauf-agrar
- ▶ AbL: www.abl-ev.de

ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für ökologische Landwirtschaft

Ihr Wegweiser für den Öko-Landbau

Ökologie & Landbau berichtet über alle wichtigen Entwicklungen im ökologischen Landbau

- qualitativ hochwertig
- sachlich kompetent
- mit Beiträgen aus Forschung, Praxis und Beratung

Bestellen Sie sich Ihr vergünstigtes Probeabo*

(zwei Ausgaben für nur 6,65 Euro statt 13,30 Euro inkl. Versand in Dtl.) bei:

abo@oekom.de oder +49 / (0)89 / 54 41 84-25

www.oekom.de/oekologie-landbau

Herausgeber:
Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL)



* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens zehn Tage nach Erhalt des zweiten Heftes kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abonnement.

Saatgut

Sortenvielfalt in Gefahr

■ Einen besseren Schutz der Saatgutvielfalt fordern 250 europäische Umwelt- und Artenschutzorganisationen in einem offenen Brief an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und an mehrere EU-Kommissare. Diese sollten sich „im Rahmen der Überarbeitung der Europäischen Saatgutverkehrsrichtlinien für Verbesserungen der Umweltfreundlichkeit, die Wünsche der europäischen VerbraucherInnen und die Bedürfnisse kleiner und lokaler Akteure im Saatgutsektor einsetzen“, schrieben die Verbände.

Die geltenden Regeln hätten zu einem massiven Verlust an landwirtschaftlicher Vielfalt geführt, kritisierten die Organisationen. Sie richteten ein zu starkes Augenmerk auf die Produktivität von Pflanzensorten und ignorierten andere Kriterien: „Die Sortenvielfalt für den Lebensmittelbereich wurde trotz Nachfrage durch die KonsumentInnen stark eingeschränkt.“

Die Verbände fordern den Schutz und die Förderung der Agrobiodiversität bei der Überarbeitung des Europäischen Saatgutrechts. Eine größere Auswahl an Saatgut trage dazu bei, den Verbrauch an Pestiziden und Dünger zu reduzieren, und schone Böden und Wasser. Das sei ein wichtiger Schritt zu einer diversifizierten Landwirtschaft, die ihrerseits eine größere Vielfalt von Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen begünstige.

Der Saatgutmarkt werde zurzeit von etwa zehn multinationalen Konzernen dominiert, die rund drei Viertel des globalen Saatgutmarktes kontrollierten, kritisierten die Naturschutzorganisationen. Das sei aus mehreren Gründen problematisch: „Die Saatgutindustrie bringt meist Sorten mit hoher genetischer Uniformität auf den Markt, und nicht nachbaufähiges Saatgut dominiert bei vielen landwirtschaftlichen Kulturen.“ Dies schaffe „alarmierende Abhängigkeiten“. Eine schmale genetische Basis begünstige außerdem „Krankheits- und Schädlingskalamitäten“. [UWD]

- Brief: www.seedforall.org/de/offener-brief.html
- Info: www.arche-noah.at/etomite/?id=253

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Biologische Vielfalt

Artenschwund genauso schlimm wie Klimawandel

■ Für Ökosystemdienstleistungen hat der anhaltende Artenverlust ähnlich drastische Auswirkungen wie der Klimawandel oder die Umweltverschmutzung. Das ergab eine internationale Studie, die im Mai in der Zeitschrift Nature veröffentlicht wurde. Die Forscher aus den USA, Kanada und Schweden analysierten 192 wissenschaftliche Arbeiten über den Umwelteinfluss auf das Wachstum von Pflanzen und auf die Zersetzung abgestorbener biologischer Stoffe durch Bakterien und Pilze. Das Ergebnis: Wenn mehr als jede fünfte Art verschwindet, mindert dies das Wachstum von Pflanzen um fünf bis zehn Prozent. Das entspricht etwa dem Ausmaß, wie es der Klimawandel verursacht. [mbu]

- Artikel in Nature: www.nature.com/nature/journal/vaop/ncurrent/full/nature11118.html

Biologische Vielfalt global

Weltbiodiversitätsrat IPBES kommt nach Bonn

■ Das Sekretariat für das neu geschaffene Wissenschaftsgremium für Biodiversität, das Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES), wird seinen Sitz in der Bundesstadt Bonn haben.

Der Weltbiodiversitätsrat IPBES soll unabhängige Informationen über den globalen Zustand und die Entwicklung der biologischen Vielfalt liefern. Er soll weltweit wissenschaftliche Daten sammeln, analysieren und politischen Entscheidungsträgern Handlungsoptionen anbieten. Außerdem soll er Schwellen- und Entwicklungsländer beim Aufbau eigener Kapazitäten unterstützen.

Die Entscheidung fiel bei einer UN-Versammlung von Delegierten aus über 100 Staaten im April in Panama. Auf Einladung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) verhandelten die 300 Delegierten über mögliche Funktionen und Aufgaben, den Rechtsstatus, die Verwaltungsstruktur und die Finanzierung des neuen Gremiums. [jg]

- www.ipbes.net

Vogelschutz

Ringeln um Feuchtgebiete an der östlichen Adria

■ Um die Vielfalt der Vogelarten auch in Deutschland zu erhalten, müsse in den Balkanländern der Vogelschutz verbessert werden, forderte die Naturschutzstiftung EuroNatur anlässlich des Weltzugvogeltages Mitte Mai. An der Ostküste der Adria sind nach Angaben der Stiftung in den vergangenen 60 Jahren drei Viertel der Feuchtgebiete durch Trockenlegung, intensive Landwirtschaft und Tourismus stark beeinträchtigt oder zerstört worden. Durch die Vogeljagd sterben dort außerdem jedes Jahr mehrere Millionen Vögel.

Zahlreiche Zugvogelarten, die in Deutschland brüten und geschützt werden, suchen an der östlichen Adria Rastplätze. Dazu gehören unter anderem der Schilfrohrsänger und der Fischadler. Internationale Proteste und Unterstützung könnten erfolgreich sein, betonte der Geschäftsführer von EuroNatur Gabriel Schwaderer. Als Beispiele nannte er den Naturpark Hutovo Blato in Bosnien-Herzegowina und die Saline Ulcinj in Montenegro, wo Zugvögel in diesem Frühjahr weitgehend ungestörte Rastplätze gefunden hätten. Nach Protesten von Umweltverbänden, darunter EuroNatur und der Deutsche Naturschutzring, hatte die montenegrinische Regierung im April entschieden, die Saline Ulcinj nicht wie vorgesehen als Tourismusgebiet und potenzielles Bauland auszuweisen. [mbu]

- www.euronatur.org

STADT & REGION

Wettbewerb**„Lebenswerte Stadt“
dank vielfältiger Natur**

■ „Lebenswerte Stadt – Natur und städtisches Leben ohne Widerspruch“ heißt ein Wettbewerb, den die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und die Stiftung Lebendige Stadt ausgeschrieben haben. Dafür werden vorbildliche Projekte für urbane Naturräume gesucht, die eine vielfältige Natur in der Stadt fördern und dabei die Bevölkerung einbeziehen. Die besten sechs werden ausgezeichnet. Der Wettbewerb richtet sich an Kommunen. Aber auch Naturschutzverbände und private Initiativen können gemeinsam mit ihrer Stadt oder Gemeinde noch bis zum 2. Juli ihr Projekt einreichen. Insgesamt sind 30.000 Euro zu gewinnen. Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der DNR und die Grüne Liga unterstützen den Wettbewerb als Kooperationspartner. [mbu]

► www.duh.de/lebenswertestadt.html

TIERSCHUTZ & ETHIK

Schweinehaltung**EU-Kommission macht Druck
für die Gruppenhaltung**

■ Im Januar 2013 tritt die Richtlinie 2008/120/EG über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen in Kraft. Dann müssen Sauen und Jungsauen in allen Schweinehaltungsbetrieben, die mindestens zehn Sauen halten, etwa zweieinhalb Monate lang während ihrer Trächtigkeit in Gruppen gehalten werden.

Die EU-Mitgliedstaaten hatten zwölf Jahre Zeit, die Richtlinie umzusetzen, doch bisher haben erst Großbritannien,

Schweden und Luxemburg die gesetzlichen Anforderungen in ihrem Land umgesetzt. 16 weitere Länder dürften das endgültige Datum für die Umsetzung der Richtlinie einhalten können.

Acht Mitgliedstaaten werden aber wahrscheinlich die Richtlinie nicht zeitgerecht umsetzen können. EU-Verbraucherkommissar John Dalli kündigte an, die Kommission werde „die ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel nutzen und gegen diejenigen Mitgliedstaaten vorgehen, die die Vorschriften über die Unterbringung von Sauen nicht einhalten“.

Eine ähnliche Situation hatte es erst vor Kurzem mit der sogenannten Legehennenrichtlinie gegeben. Auch dieses Gesetz wurde bei Weitem nicht von allen Mitgliedstaaten rechtzeitig umgesetzt.

[UWD]

► EU-Kommission zur Schweineschutzrichtlinie:
www.kurzlink.de/eu-sauenhaltung

Staatsziel Tierschutz**Zehn Jahre Tierschutz im
Verfassungsrang ohne Erfolg**

■ Der Deutsche Tierschutzbund bemängelt die Umsetzung des vor zehn Jahren eingeführten Staatsziels Tierschutz. An der realen Situation für Tiere habe sich nichts geändert. Immer noch müssten Tiere für Wissenschaft und Industrie leiden, obwohl mittlerweile Alternativen zu Tierversuchen zur Verfügung stünden, kritisierte der Tierschutzbund. Der Präsident des Verbandes Thomas Schröder sagte, viele gute Vorschläge zur Verbesserung des Tierschutzes seien nicht bis zum Ende verfolgt oder wieder verworfen worden, wie zum Beispiel das Verbot von Wildtieren im Zirkus.

Der einzig richtige Weg aus Sicht des Tierschutzbundes ist eine umfassende Novellierung des Gesetzes sowie die Einführung eines Verbandsklagerechts. [hv]

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-24, Fax -41, www.tierschutzbund.de

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

7. Umweltaktionsprogramm**EU-Parlament und Verbände
für konkrete Ziele**

■ Das EU-Parlament hat im April einen Initiativbericht zu den Inhalten des 7. Umweltaktionsprogramms (UAP) zur strategischen Ausrichtung der EU-Umweltpolitik angenommen. Der Vorschlag für das 7. UAP soll im Herbst von der EU-Kommission vorgelegt werden.

In dem Bericht fordern die Abgeordneten konkrete Zielvorgaben und Schritte für mehr Umweltschutz und eine effizientere Nutzung von Energie und Ressourcen. Mit dem 7. UAP müsse es gelingen, den ökologischen Fußabdruck der EU zu verringern, sagte der Berichterstatter Jo Leinen (SPD). Das Programm solle helfen, einige der EU-Ziele für 2020 zu erreichen. Es solle auch mittelfristige Ziele zu Emissionsminderung, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien sowie eine Vision über den Zustand der europäischen Umwelt im Jahr 2050 enthalten. Die Abgeordneten verlangen dazu unter anderem Maßnahmen für eine bessere Umsetzung der Umweltgesetze sowie einen strengen und detaillierten Zeitplan für den Abbau umweltschädlicher Subventionen bis 2050.

23 deutsche Umweltverbände veröffentlichten im April ein gemeinsames Positionspapier zum 7. UAP, um die Diskussion innerhalb der Kommission zu beeinflussen. In dem unter Federführung des DNR erarbeiteten Papier fordern die Verbände eine Orientierung der EU-Umweltpolitik an den weltweiten ökologischen Tragfähigkeitsgrenzen. Das Papier enthält konkrete Vorschläge zur besseren Umsetzung der Umweltgesetzgebung in mehreren Bereichen (siehe Beitrag S. 4/5). [am]

► Parlament: www.kurzlink.de/7-uap-2012-04-ep
► Verbände: www.eu-koordination.de/PDF/7uap.pdf
► DNR, Antje Mensen, EU-Koordination, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-86, Fax -80, E-Mail: antje.mensen@dnr.de, www.eu-koordination.de

Mehrjähriger EU-Finanzrahmen

Debatte über Ökologisierung

■ Der Ministerrat für Allgemeine Angelegenheiten hat im April erstmals die Vorschläge der EU-Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen für 2014 bis 2020 und zur Kohäsionspolitik behandelt. Mehrere Mitgliedstaaten forderten wegen der Wirtschaftslage Einschnitte in allen Bereichen. Während alle Delegationen grundsätzlich begrüßten, dass die EU-Agrarpolitik „grüner“ werden soll, gingen die Meinungen über den Vorschlag der Kommission, 30 Prozent der Direktzahlungen an ökologische Kriterien zu knüpfen, weit auseinander. Auch das Kappen der Subventionen für Großbetriebe war umstritten.

In der Kohäsionspolitik, die die Folgen der ungleichen Wirtschaftsentwicklung in der EU abmildern soll, wollen die MinisterInnen die Kopplung der Ausgaben an die Kriterien der EU-2020-Strategie lockern. Das kritisierte die Organisation CEE Bankwatch scharf. Der beschlossene Text bedeute eine Abkehr von dem Ziel, die Kohäsionspolitik an den EU-2020-Zielen auszurichten, sagte Budgetexperte Markus Trilling. Damit werde die Chance vertan, das nächste EU-Budget zu einem Instrument der Dekarbonisierung der europäischen Ökonomien zu machen.

Jutta Haug, Berichterstatterin im Umweltausschuss des Europaparlaments zum Mehrjährigen Finanzrahmen, eröffnete die Debatte zur Positionierung des Parlaments mit drei Arbeitspapieren. Darin unterstützt die deutsche Sozialdemokratin die Vorschläge der Kommission zum Umweltförderprogramm LIFE+, bemängelt aber dessen viel zu schlechte finanzielle Ausstattung. Der Bericht wirft die Frage auf, wie das Natura-2000-Netzwerk überhaupt ausreichend finanziert werden könne.

Die Berichterstatterin für den meinungsgebenden Regionalausschuss Constanze Krehl (SPD) zeigte sich nach Angaben des Informationsdienstes ENDS Europe skeptisch gegenüber den Vorschlägen der Kommission, 20 Prozent der EU-Gelder für Klimaprojekte vorzusehen. Allerdings nimmt Haug in ihren Arbeits-

papieren noch keine Stellung zu dem sogenannten Earmarking für Klima, Energieeffizienz und Erneuerbare. Nach den Vorschlägen der Kommission sind in den entwickelten Regionen der EU 80 Prozent der Gelder aus dem Kohäsionsfonds für solche Projekte sowie für kleine und mittlere Unternehmen vorgesehen, in ärmeren Teilen immer noch die Hälfte. [am]

- ▶ EU-Ministerrat: www.kurzlink.de/pm3160councilmeeting
- ▶ CEE Bankwatch: www.kurzlink.de/cee-bankwatch-2012-4
- ▶ Arbeitsdokumente Jutta Haug: www.kurzlink.de/envi-committ-2012-05

EU-Haushalt 2013

Aufschlag der Kommission

■ Die Europäische Kommission hat Ende April den Haushaltsvoranschlag für 2013 veröffentlicht. Er sieht einen Gesamtbetrag von 151 Milliarden Euro für Verpflichtungen vor. Das entspricht einem Zuwachs an Mitteln auf die Inflationsrate in Höhe von zwei Prozent. Das EU-Parlament unterstützt den Vorschlag der Kommission weitgehend, während im EU-Ministerrat vor allem die Nettoszahlerländer auf Einsparungen und Umschichtungen drängen. Der Rat soll im Juli seinen Standpunkt abgeben, anschließend das Parlament. [bv]

- ▶ Haushaltsvoranschlag (PDF, 480 S., 4,1 MB): www.kurzlink.de/haushalt-vorschlag13
- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: IP/12/393)
- ▶ Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/ogv

Kohäsionspolitik 2014 bis 2020

Standpunkt der Regionen

■ Der Ausschuss der Regionen (AdR) hat in seiner Plenartagung im Mai vier Stellungnahmen zu den Verordnungsentwürfen für die Strukturfonds verabschiedet. Darin macht die Versammlung der Kommunal- und RegionalvertreterInnen der EU ihren Standpunkt zum weiteren Vor-

gehen bei der Kohäsionspolitik für 2014 bis 2020 deutlich. Der AdR fordert einen ortsbezogenen Ansatz für die thematische Konzentration der Mittel, mehr Flexibilität bei der Zuweisung der Fonds und klare Regeln für die Beteiligung der Regionen und Städte an der Festlegung der operationellen Programme und Partnerschaftsvereinbarungen. Dadurch sollen die Strukturfonds zur Triebkraft für „nachhaltiges Wachstum“ und mehr Beschäftigung werden. [bv]

- ▶ AdR: www.europa.eu/rapid (Reference: COR/12/28)
- ▶ Hintergrund: www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-kohaesionsfonds.pdf

EU-Partnerschaftsprinzip

Mitreden bei Fonds

■ Die EU-Kommission hat Ende April ein Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen zum Partnerschaftsprinzip bei EU-Fonds veröffentlicht. Der Leitfaden enthält Vorschläge zur Umsetzung des Partnerschaftsprinzips in der Finanzperiode 2014 bis 2020 und Elemente für einen entsprechenden Verhaltenskodex. Ein solcher Kodex wird bisher von allen EU-Mitgliedstaaten außer Frankreich abgelehnt. Damit droht seine Nichtberücksichtigung auch für die kommende Förderperiode. Der Leitfaden soll nun den Verbänden mehr Mitsprache ermöglichen. Umweltverbände werden bei allen Fonds mit Ausnahme des EFRE ausdrücklich erwähnt. [bv]

- ▶ Leitfaden: www.kurzlink.de/swd-2012-106

EU-Lobbyregister

Freiwillig mehr Transparenz

■ Die EU Civil Society Contact Group und die Transparenzinitiative Alter-EU haben im April einen Leitfaden für mehr Transparenz im Lobbyregister der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments veröffentlicht. Das öffentliche Register besteht seit einem Jahr. Es soll den Einfluss von Interessenvertretern auf

„Die Politik schöpft die Möglichkeiten der Nachhaltigkeitsstrategie bei Weitem nicht aus“

Seit die Bundesregierung vor zehn Jahren ihre Nachhaltigkeitsstrategie beschloss, hat sie sie regelmäßig weiterentwickelt. Heute stehen genügend Ziele und Messinstrumente bereit, um die Strategie politisch umzusetzen, etwa bei der Energieeffizienz. Dem sollte sich die Regierung nicht länger versperren, sagt die Vorsitzende des Nachhaltigkeitsrates Marlehn Thieme.

Frau Thieme, seit drei Monaten sind Sie Vorsitzende des Nachhaltigkeitsrates der Bundesregierung. Was unterscheidet dieses Amt von Ihren anderen Tätigkeiten – im Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland oder bei der Deutschen Bank?

Die Arbeit in der Deutschen Bank ist mein Beruf, die in der Kirche und im Rat für Nachhaltige Entwicklung sind freiwilliges Engagement. Daraus entsteht für mich eine wunderbare Bandbreite an Perspektiven, aber auch an Einsichten in unterschiedliche Handlungslogiken. Um den Nachhaltigkeitsgedanken in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft fest zu verankern, braucht es Einfühlungsvermögen und Perspektivwechsel, die aber immer angereichert sind durch die Erfahrungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Meiner Tätigkeit im Rat kommen also meine beruflichen und kirchlichen Erfahrungen zugute und umgekehrt.

Seit genau zehn Jahren hat die Bundesregierung eine Nachhaltigkeitsstrategie, die regelmäßig überprüft wird. Auch wenn es Fortschritte gab, reichen diese gemessen an den Problemen kaum aus. Brauchen wir eine bessere Umsetzung oder eine neue Strategie?

Es ist ein Erfolg, dass das Thema Nachhaltigkeit zehn Jahre auf der höchsten Ebene der Politik gehalten werden konnte und dass die Bundesregierung ihre Nachhaltigkeitsstrategie in dieser Zeit fortwährend weiterentwickelt hat. Jetzt ist es an der Zeit, dass die Strategie zum politischen Mainstream wird. Die Steuerungswirkung, die sie entfalten könnte, ist bei Weitem nicht ausgeschöpft. Die Regierung nutzt beispielsweise Indikatoren, um Problemlagen zu beschreiben, orientiert ihre Politik aber nicht ausreichend an den Ergebnissen. Hier mangelt es nicht an Zielen und Messinstrumenten, sondern an Konsequenz und Schlüssigkeit in der Umsetzung.

Der Nachhaltigkeitsrat hat die Bundesregierung aufgefordert, Energieeffizienz zu einem funktionierenden Geschäftsfeld für Unternehmen zu machen. Wie kann das geschehen?

Energieeffizienzmärkte benötigen, wie jeder andere Markt auch, vor allem verlässliche Rahmenbedingun-

gen. Verbindliche Zielvorgaben sind dabei der erste Schritt. Solange sich die Bundesregierung dieser Forderung versperren, werden wir nicht die erforderlichen Sprünge im Energieeffizienz- und Energiedienstleistungsmarkt sehen. Mit verbindlichen Zielvorgaben könnten Marktakteure wie Energieversorger Investitionsentscheidungen zugunsten langfristiger Energieeinsparungen treffen, die sonst ausbleiben.

Forscher warnen vor sogenannten Reboundeffekten, die Effizienzsteigerungen wieder aufessen, und fordern eine Suffizienzstrategie, um den Gesamtverbrauch zu senken. Ist das noch mit dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit vereinbar?

Suffizienzstrategien werden gefordert, weil wir gesamtgesellschaftlich keine absolute Entkopplung des Energieverbrauchs vom Wirtschaftswachstum beobachten können. So aufgeschlüsselt wird klar, dass die Lösung mindestens zwei Komponenten hat: Wir brauchen erstens einen Perspektivwechsel zur Lieferung von Energiedienstleistungen statt nur von Energie. Zweitens müssen wir uns die Frage erlauben, ob das Bruttoinlandsprodukt alleiniger Maßstab für Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichen Wohlstand ist.

Anfang Juni findet in Berlin der Transformationskongress von Umweltverbänden, Gewerkschaften und Kircheninitiativen statt. Es geht um die Zukunft von Arbeit und Demokratie, um Verteilungsfragen und die Neuordnung der Wirtschaft für eine nachhaltige Entwicklung. Was gehört für Sie zu einer transformierten Gesellschaft?

Für die notwendige Transformation in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung müssen wir einen gesellschaftlichen Diskurs über die Ziele führen und klären, mit welchen Indikatoren wir diesen Prozess messen. Um den Klimawandel aufzuhalten, ist allgemein akzeptiert, dass unsere Wirtschaft kohlenstofffrei werden muss. Um in der Bevölkerung die notwendige Akzeptanz für die Transformation zu erhalten, müssen wir darauf achten, dass hochwertige Arbeitsplätze entstehen und wir die Menschen entsprechend qualifizieren. Wachstum ist kein Selbstzweck, sondern nur Mittel zur Erreichung der Ziele. Es geht also um die Qualität des Wachstums.

Umweltgruppen kritisieren, dass die Deutsche Bank an Atomgeschäften und Nahrungsmittelspekulation verdient. Haben Sie als Arbeitnehmervertreterin im Aufsichtsrat darauf Einfluss?

Aufgabe eines Aufsichtsrates ist es, die Ordnungs- und Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Geschäftsführung durch den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen seiner Sorgfaltspflicht hat der Aufsichtsrat darauf zu achten, dass ein angemessener Gewinn erzielt wird und die Unternehmensinteressen gewahrt werden. Darüber hinaus sind die Geschäftspolitik des Unternehmens und seine Verantwortung zu besprechen. Alles dies unterliegt einer strengen Geheimhaltungspflicht. Der Vorstand berichtet über die diesbezüglichen Ziele in einem CSR-Bericht.

Mit welchen Erwartungen fahren Sie im Juni zum Rio+20-Gipfel nach Brasilien?

Diese UN-Konferenz wird sich vor allem zwei Schwerpunkten widmen: der Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise und der Reform der globalen institutionellen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung. Ich erwarte, dass dafür in Rio konkrete Ziele und Schritte zur Umsetzung vereinbart werden. Dass die Bundeskanzlerin ihre Gipfelteilnahme abgesagt hat, ist zwar bedauerlich; dennoch sollte sich Deutschland weiter als Vorreiter und Orientierungsmodell in Sachen Nachhaltigkeit einbringen, nicht nur in Europa, sondern auch in internationalen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen.

[Interview: Matthias Bauer]

Marlehn Thieme ist Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und Bankdirektorin. Seit März dieses Jahres ist sie Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 408190-121, E-Mail: info@nachhaltigkeitsrat.de, www.nachhaltigkeitsrat.de



die europäische Politik transparenter machen. Den zivilgesellschaftlichen Akteuren im Feld der Transparenzpolitik geht das Lobbyregister jedoch nicht weit genug. Sie wollen erreichen, dass möglichst viele Auskunftspflichtige nicht nur die geforderten Minimalinformationen in das Register eingeben. Der Leitfaden beschreibt, an welchen Stellen zusätzliche, detaillierte Informationen in das Transparenzregister eingetragen werden können und sollten. [bv]

► Leitfaden: www.alter-eu.org/documents/2012/04

EU-Beihilferecht

Reform für mehr Wachstum

■ Die Europäische Kommission hat Anfang Mai eine Mitteilung über die Modernisierung des EU-Beihilfenrechts mit Zielen und Maßnahmen angenommen. Beihilfen sollen nach der Reform noch stärker dem Ziel der Wachstumsförderung dienen. Dabei sollen die Wettbewerbsfähigkeit und gleiche Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt gewahrt bleiben. Dazu will die Kommission allgemeine Grundsätze zur Vereinbarkeit nationaler Fördervorhaben erstellen und einige Leitlinien wie die für Umwelt- und Regionalbeihilfen überarbeiten. Die wichtigsten Elemente des Reformpakets sollen Ende 2013 in Kraft sein. [bv]

► Mitteilung:
www.kurzlink.de/COM-2012-209-final

Baugesetzbuch

Novelle verbaut Chancen

■ Die derzeitige Novellierung des Baugesetzbuches greift für die Entwicklung der Städte und Gemeinden sowie der Siedlungsfläche wichtige Themen auf, die Lösungsansätze greifen aber zu kurz. So lautete das Urteil von Experten bei einem Fachgespräch der Grünen im Bundestag Ende April. In der Novelle geht es unter anderem um weniger Flächenverbrauch im Außenbereich und eine stärkere Entwicklung im

Innen der Kommunen, um Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen im Umgang mit sogenannten Schrottimmobilien sowie um die ausufernde Massentierhaltung im Umland der Gemeinden. [bv]

► www.gruene-bundestag.de

Bergrecht

Fit für das 21. Jahrhundert?

■ Nach der Grünen-Fraktion im Bundestag hat nun auch die SPD eine Gesetzesinitiative zur Novellierung des 30 Jahre alten Bundesberggesetzes (BBergG) gestartet. Die Grünen hatten in ihrem Antrag vom vergangenen Dezember festgestellt, dass das Bundesberggesetz keine zeitgemäße Rechtsgrundlage mehr sei. Neben Änderungen an den Eigentumsrechten von Bodenschätzen will die Partei Bergbaubetreiber im Schadensfall verpflichten zu beweisen, dass der Schaden nicht auf den Bergbau zurückzuführen ist. Außerdem wollen die Abgeordneten eine Förderabgabe von zehn Prozent des Materialwerts einführen. Zudem müsse im Planungs- und Genehmigungsstadium eine öffentliche Interessenabwägung stattfinden.

Auch die SPD-Fraktion fordert nun die Reform des Bundesberggesetzes. In einem Antrag vom Mai verlangt sie, „dass Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz im gesamten Verfahren deutlich erhöht werden“. Belange des Gewässerschutzes und des Grundwasserschutzes müssten umfassend berücksichtigt werden.

Die Interessengemeinschaft Eifelvulkane bittet in einem offenen Brief an alle Fraktionen um Unterstützung für die Umgestaltung des Bergrechts, da die Vulkaneifel wegen des Abbaus von Lava und Basalt vom derzeit geltenden Bergrecht besonders bedroht sei. Die Initiative hat dazu eine Onlinepetition geschaltet. [bv]

- Antrag der Grünen: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/081/1708133>
- Antrag der SPD: <http://dip.bundestag.de/btd/17/095/1709560.pdf>
- Petition: www.eifelvulkane.wordpress.com

Nachhaltigkeitsstrategie

Langer Weg zur Langfristigkeit

■ Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist im April zehn Jahre alt geworden. Der seit 2001 existierende Rat für Nachhaltige Entwicklung zog aus diesem Anlass Bilanz. „In zehn Jahren hat sich mehr verändert, als oft wahrgenommen wird – aber noch zu wenig, als für einen Übergang in die ressourcensparende und klimaneutrale Gesellschaft nötig ist“, sagte die Vorsitzende des Nachhaltigkeitsrates Marlehn Thieme. Allerdings sei das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung inzwischen in der Gesellschaft als Wert erkannt und akzeptiert worden.

Die Ratsvorsitzende schlug dem Parlament vor, künftig zur Verabschiedung des Bundeshaushaltes einen Nachhaltigkeitsbericht zu verlangen. Zur Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie regte Thieme außerdem eine Stärkung der europäischen und der globalen Dimension an. [bv] (siehe ausführliches Interview S. 24)

► www.nachhaltigkeitsrat.de

VERKEHR & TOURISMUS

Elektromobilität

Elektroautos bringen nichts fürs Klima

■ In Deutschland waren Anfang dieses Jahres knapp über 4.500 batteriebetriebene Autos zugelassen. Das entspricht einem Anteil von 0,01 Prozent aller zugelassenen Fahrzeuge, wie die Deutsche Umwelthilfe (DUH) mitteilte. Aus Sicht der DUH ist das angesichts der EU-Klimaziele viel zu wenig. Die Umweltlobbyorganisation schlägt stattdessen vor, Fahrzeuge mit Hybridtechnik sowie Maßnahmen zum Energiesparen unabhängig von der Antriebsart zu fördern. [mbu]

► www.duh.de

Geschwindigkeitsbegrenzung**Europäische Bürgerinitiative zu Tempo 30 geplant**

■ Ein Bündnis für alternative Mobilität bereitet derzeit eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) zur Einführung einer Höchstgeschwindigkeit von 30 Stundenkilometern in Ortschaften vor. Unter der Federführung des Fußgängerverbandes FUSS und der Europäischen Gesellschaft für Entschleunigung Eugent hat die Sondierung für die Kampagne „Tempo 30 in unseren Städten“ begonnen. Mehr als 30 Verbände in Deutschland und Europa haben laut FUSS ihr Interesse an der Bürgerinitiative bekundet. So bestimmte der Verkehrsclub Deutschland (VCD) Tempo 30 zum Schwerpunktthema für die kommenden Monate. Unterstützer sind auch der BUND und der Radfahrverband ADFC. Die Initiatoren brauchen neben organisatorischer auch finanzielle Unterstützung.

Die EU-Kommission muss die EBI offiziell registrieren. Dann haben die Organisatoren zwölf Monate Zeit, europaweit eine Million Unterschriften zu sammeln. [mbu]

► www.tempo-30-in-unseren-staedten.de

Verkehrsverlagerung**Bahn fährt am umweltfreundlichsten**

■ Der Schienenverkehr ist nicht nur der umweltverträglichste Transportweg, sondern hat auch noch schneller den CO₂-Ausstoß vermindert als alle anderen Verkehrsträger. Das belegen aktuelle Zahlen des Umweltbundesamtes (UBA).

Die Bahn habe ihren Vorsprung in den vergangenen zehn Jahren sogar ausgebaut, sagte der UBA-Präsident Jochen Flasbarth beim Umweltkongress der Allianz pro Schiene im Mai in Berlin. Laut der Studie „Umweltschonend mobil“, die auf dem Kongress vorgestellt wurde, haben Personen- und Güterzüge die Kohlendioxidemissionen seit der Jahrtausendwende um

25 Prozent reduziert. Der Umweltvorteil der Eisenbahn wirke sich zunehmend auf die Logistikscheidungen von Unternehmen aus, sagte Dirk Flege, Geschäftsführer der Allianz pro Schiene. Die Klimabilanz des gewählten Verkehrsmittels werde immer wichtiger.

Größtes Wachstumshindernis der Eisenbahn sei der Lärm, mahnte der verkehrspolitische Sprecher des BUND Richard Mergner. Hier müssten endlich Sondermittel zur Umrüstung vor allem der Güterwagenflotte bereitgestellt werden. [mbu]

- Broschüre Umweltschonend mobil: www.kurzlink.de/oekoschon-mobil.pdf
- UBA zu Verkehr: www.uba.de/verkehr

WASSER & MEERE

Sicherheit des Seeverkehrs**Mehr Macht für EU-Behörde**

■ Der EU-Ministerrat und das Europäische Parlament haben sich im April auf ein neues Mandat für die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) geeinigt und der Behörde neue Kompetenzen zugesprochen. Vor allem bei der Bekämpfung von Umweltschäden durch Unfälle auf Offshoreplattformen sollen die Mitgliedstaaten künftig auf das Know-how und die Ressourcen der EMSA zurückgreifen können. Mehr Macht erhält die EMSA darüber hinaus bei der Bekämpfung von Hochseepiraterie und der Überwachung des Seeverkehrs. [dh]

► www.kurzlink.de/emsa-pr-0412

Öhlbohrungen**EU stoppt Ölsuche vor Kanaren**

■ Die EU will den Versuch der spanischen Zentralregierung stoppen, die Ölsuche vor den Kanarischen Inseln per Dekret zu genehmigen. Auf Beschwerde der In-

selverwaltungen von Fuerteventura und Lanzarote stimmte die EU-Kommission Ende April der Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen Spanien zu. BürgerInnen und Umweltorganisationen kritisieren die Regierung in Madrid vor allem dafür, dass die Bohrungen in Meeresgebieten mit großer Artenvielfalt stattfinden sollen. Außerdem habe Spanien gegen die EU-Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung verstoßen.

Wenn das Verfahren aus Brüssel Erfolg hat, könnte auch RWE Dea betroffen sein. Der deutsche Ölbohrkonzern hält Firmenanteile des Betreiberkonsortiums, das für die Bohrungen verantwortlich ist. [am]

► www.heise.de/tp/blogs/2/151860

EU-Meerespolitik**Verbände wollen Taten sehen**

■ Im Juli dieses Jahres müssen die EU-Mitgliedstaaten ihre maritimen Umweltziele für 2020 im Rahmen der EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie (MSRL) veröffentlichen. Ein europäisches Bündnis von Nichtregierungsorganisationen forderte die Mitgliedstaaten aus diesem Anlass auf, die Vermüllung der Meere um mindestens 50 Prozent zu reduzieren. „Müllberge in den Weltmeeren und zugemüllte Strände in Europa verlangen nach einer ehrgeizigen Antwort“, sagte Chris Carroll von Seas at Risk. Die EU-Staaten sind durch die MSRL verpflichtet, Müll im Meer zu reduzieren. Wenn mehrere Länder gleichzeitig handeln, erhoffen sich die NGOs eine größere Wirksamkeit der Maßnahmen, da das Problem keine Grenzen kenne.

Die deutsche Bundesregierung legte Mitte April einen ersten Berichtsentwurf über den Zustand von Nord- und Ostsee sowie die Umsetzung der MSRL vor. Darin greift sie unter anderem die Ergebnisse einer Konsultation zur MSRL auf. BürgerInnen und NGOs sollten dafür Indikatoren und Ziele für einen guten Umweltzustand von Nord- und Ostsee im Jahr 2020 benennen. In einer gemeinsamen Stellungnahme kritisierten der BUND und ande-

re deutsche Umweltorganisationen den Berichtsentwurf der Bundesregierung als unzureichend. Zwar erkenne die Regierung den schlechten Zustand der deutschen Nord- und Ostsee, mache für den Schutz der Meere aber keine konkreten Vorschläge. Vor allem bei der Beschreibung eines guten Umweltzustands fehlten Aufgaben und Zeitpläne, um diesen zu erreichen. „Die Berichtsentwürfe zeigen sehr deutlich, dass es im Meeresschutz noch viel zu tun gibt“, sagte Nadja Ziebarth, Meeresschutzexpertin des BUND. [am, dh]

- ▶ EU-NGOs: www.kurzlink.de/searisk-news0412
- ▶ BUND u. a.: www.kurzlink.de/ngo-msrl-pos.pdf
- ▶ BUND, Nadja Ziebarth, Bremen, Tel. +49 (0)421 / 79002-32, E-Mail: nadja.ziebarth@bund.net, www.bund.net/meer

EU-Fischereipolitik

Kritik von allen Seiten

■ Kurz vor dem Treffen der europäischen Fischereiminister Mitte Mai haben Parteien und Umweltverbände die EU-Fischereipolitik kritisiert. Im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung forderten die Grünen eine bessere Koordinierung mit entwicklungspolitischen Zielen. Europäische Schleppnetzfisher zerstörten die Lebensgrundlage vieler Fischer an den Küsten West- und Ostafrikas, hieß es in einem entsprechenden Antrag der grünen Bundestagsfraktion. Nur rund die Hälfte aller 800 europäischen Fangschiffe würde im Rahmen internationaler Abkommen fischen, viele führen unter falscher Flagge oder hätten private Vereinbarungen. Trotz der Unterstützung von SPD und Linkspartei scheiterte der Antrag an der Mehrheit von CDU, CSU und FDP.

Deutliche Kritik an der Fischereipolitik kam auch von der internationalen Allianz Ocean2012. In einem Bericht des Bündnisses hieß es, dass durch Subventionen die Kosten für den Fischfang gesenkt und somit die Überfischung gefördert würde. Aber auch die Fanggrenzen würden immer noch zu hoch angesetzt. „Die EU-Minister

müssen sich dafür einsetzen, dass Fischereisubventionen nur an Staaten vergeben werden, die ihre Fangkapazitäten auf ein nachhaltiges Niveau reduziert haben“, sagte Nina Wolff, Meeresschutzexpertin der Deutschen Umwelthilfe und Koordinatorin von Ocean2012. [dh]

- ▶ Antrag der Grünen: www.kurzlink.de/gruenbt-fisch12.pdf
- ▶ Ocean2012-Bericht: www.kurzlink.de/ocean12suvb.pdf
- ▶ DUH, Meeresschutzexpertin Nina Wolff, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2400867-84, E-Mail: wolff@duh.de
- ▶ www.ocean2012.eu

Elbvertiefung

Genehmigung erteilt

■ Nach jahrelangen politischen Auseinandersetzungen haben die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord und die Hamburger Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation die geplante Elbvertiefung genehmigt. Ende April erließen die Behörden den Planfeststellungsbeschluss für das Bauvorhaben. Erst im April hatte auch die niedersächsische Landesregierung ihr Einverständnis zum Ausbau der Wasserstraße erklärt und damit den Beschluss ermöglicht (umwelt aktuell, 05.2012, S. 26). Hamburg möchte die Elbe vertiefen, damit auch Containerschiffe mit bis zu 14,50 Metern Tiefgang den Hafen erreichen können.

Umweltverbände kritisierten den Beschluss scharf. BUND, NABU und WWF erklärten gemeinsam, eine weitere Vertiefung der Elbe vergrößere die Sauerstoffprobleme, verschlimmere das Fischsterben und führe zur Versalzung von Süßwasserräumen. Die Genehmigung sei ein „Kniefall vor den Interessen der Containerschifffahrt“. Wann die Bauarbeiten beginnen, ist noch unklar. Bis Juli läuft noch eine Klagefrist. Die Verbände kündigten bereits an, den Beschluss zu prüfen und beim Bundesverwaltungsgericht dagegen zu klagen. [dh]

- ▶ BUND, Manfred Braasch, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 6003870, http://bund-hamburg.bund.net/themen_projekte/elbvertiefung

Überfischung

Deutsche essen zu viel Fisch

■ Der Fischkonsum in Deutschland übersteigt die Fangmöglichkeiten deutscher Fischer in den europäischen Gewässern. Bereits Mitte April wurde der „Fish Dependence Day“ erreicht, seitdem ist Deutschland statistisch von Fischimporten abhängig. Darauf machte die internationale Allianz Ocean2012 aufmerksam. Die Kampagne kritisiert vor allem die verantwortungslose Bewirtschaftung der deutschen Fischbestände und setzt sich für nachhaltige Fischerei ein.

Die Fischbestände sind weltweit in einem schlechten Zustand. Ein internationales Forschungsteam um den Kieler Fischereibiologen Rainer Froese stellte fest, dass anders als bisher vermutet nicht 32 Prozent, sondern weit über die Hälfte der Fischbestände überfischt sind. [hv, dh]

- ▶ www.ocean2012.eu
- ▶ www.fair-fish.ch/wissen/fang/ueberfischt1.html

Ostsee

Müllfischer fischen Schiffsmüll

■ Immer wieder landen Abfälle in den Netzen der Ostseefischer. Mit dem Projekt „Fishing for Litter“ setzt sich der NABU mit mehreren Partnern dafür ein, dass der gefischte Müll an Land gebracht und dort entsorgt wird. Ein Jahr nach dem Start zog der NABU im Mai eine erste Bilanz. Mehr als 30 Fischer in den Ostseehäfen Burgstaken, Heiligenhafen und Sassnitz beteiligen sich an dem Projekt. In der Wintersaison zwischen Oktober und Januar fischten sie rund 700 Kilogramm Müll aus der Ostsee – vor allem Abfälle aus der Berufs- und Sportschifffahrt. „Es ist noch immer gängige Praxis, Fässer, Dosen, Tauwerk oder ausgedientes Ölzeug über Bord zu werfen. Das ist zwar verboten, aber Kontrollen und Strafen scheinen nicht auszureichen“, sagte Projektleiter Kim Detloff. [dh]

- ▶ NABU, Meeresexperte Kim Detloff, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2849841656, www.nabu.de/meere

Arktis**Chancen für Seehunde sinken**

■ Die Arktis ist Lebensraum für verschiedene Arten von Meeressäugern, darunter Wale, Seehunde und Walrosse. Ihr Lebensraum ist aber durch den Klimawandel und die fortschreitende Eisschmelze stark bedroht. Neuen Schätzungen zufolge könnte die Arktis bis 2035 ihre ständige Eisdecke verlieren. Das ist für die Meeressäuger existenzbedrohend. Eine Ende April veröffentlichte Studie untersuchte das Ausmaß der bereits vorherrschenden Eisschmelze auf das Fortpflanzungs- und Jagdverhalten dieser Meeressäuger. Bei den Seehunden und Eisbären gibt es laut Studie bereits messbar weniger Jungtiere. Die Tiere hätten außerdem ein geringeres Körpergewicht und schlechtere Überlebenschancen. Das sei vor allem auf den Rückgang der Eisflächen in der Arktis zurückzuführen. **[UWD]**

► Studie: www.kurzlink.de/arctic-div0412.pdf

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Metalle**Energiewende in Gefahr**

■ Laut einer Studie des österreichischen Klima- und Energiefonds (KLIEN) könnten Versorgungskrisen bei fossilen und metallischen Stoffen die Energiewende gefährden. Die Fotovoltaik benötige zum Beispiel Metalle, die nicht endlos vorhanden und auch für andere industrielle Nutzungen von Bedeutung seien. So entstehe eine Nutzungskonkurrenz, heißt es in der Studie. Zu den Metallen, die offenbar den Peak, also den Höhepunkt der Förderung erreicht haben, gehören Kupfer, Blei und Nickel. Studienautor Werner Zittel von der deutschen Energywatchgroup empfiehlt, diese Elemente nur eingeschränkt zu nutzen. **[hv]**

► www.social-innovation.org/?p=3888

EU-Ressourceneffizienzpolitik**Umweltausschuss stimmt für anspruchsvollen Bericht**

■ Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments (ENVI) hat in einem Beschluss von Ende April seine weitgehende Unterstützung für den Ressourceneffizienzfahrplan der EU-Kommission erklärt. Die Abgeordneten verlangen in einigen Bereichen noch weiter gehende Maßnahmen als der Bericht des Parlamentsberichterstatters Gerben-Jan Gerbrandy (umwelt aktuell 05.2012, S. 27).

Der niederländische Abgeordnete von der liberalen ALDE-Fraktion hatte in seinem Berichtsentwurf Indikatoren zur Messung des Wasser-, Flächen- und Rohstoffverbrauchs sowie Ressourceneffizienzziele für einzelne Sektoren gefordert und sich auch für nationale Ziele ausgesprochen. Der Ausschuss präzisierte in der von ihm mit breiter Mehrheit beschlossenen Endfassung den Entwurf in einigen Punkten. So soll die Kommission ein Jahr länger als bis 2013 Zeit für ihren Legislativvorschlag bekommen. Die Verbrennung von wiederverwertbaren und kompostierbaren Abfällen wollen die Abgeordneten schrittweise bis 2020 einführen.

Der Bericht fordert nun eine Überprüfung der EU-Recyclingziele im Jahr 2020, konkrete Maßnahmen bei Lebensmittelabfällen und eine bessere Umsetzung der Abfallverbringungsverordnung. Nicht durchsetzen konnte sich Gerbrandys Vorschlag für einen „Schengen-Raum für Abfälle“. Die Abgeordneten sahen das als Einladung zum Mülltourismus vor allem nach Osteuropa.

Der Umweltdachverband Friends of the Earth Europe (FoEE) lobte den Bericht als entscheidenden ersten Schritt. Nun müsse die EU-Kommission mit einem ambitionierten Gesetzesvorschlag nachziehen. **[mb]**

► ENVI: www.kurzlink.de/envi-pr-25-04-2012

► Ressourceneffizienzfahrplan: www.kurzlink.de/KOM2011-571-endg.pdf

► FoEE: www.kurzlink.de/foee-pr-250412

► Hintergrund: www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-ressourcen.pdf

Transparenz im Rohstoffhandel**Berlin gegen EU-Richtlinie**

■ Deutschland will den Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie für Transparenz im Rohstoffhandel in entscheidenden Punkten aufweichen. Das berichtete die Wochenzeitung Die Zeit Mitte Mai. Der Bundesverband der Deutschen Industrie werde dabei vom Bundesjustizministerium unterstützt, so das Blatt. Der internationalen Menschenrechtsorganisation Global Witness sei es bisher nicht gelungen, dazu eine Stellungnahme des von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) geleiteten Ministeriums zu erhalten.

Die Zeit berichtete auch von einer Anhörung der CDU-Fraktion, bei der Rechtsstaatlichkeit im Rohstoffhandel als vernachlässigbar gegolten habe. Die deutsche Nichtregierungsorganisation PowerShift sprach in diesem Zusammenhang von einem „Wandel im Diskurs“. Das Ziel eines möglichst ungehinderten Zugangs zu den knapper werdenden natürlichen Ressourcen werde wieder offen ausgesprochen. **[mb]**

► www.zeit.de/2012/20/Rohstoffe-Allianz

► www.kurzlink.de/powershift-rohstoffe

Wachstumsenquete**Wege aus der Effizienzfalle**

■ Eine Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Umweltverbrauch ist allein mit neuen Technologien nicht möglich. Das ist die Hauptaussage des Zwischenberichts der zuständigen Projektgruppe in der Wachstumsenquete des Bundestages, den der Grünen-Abgeordnete Hermann Ott im Mai vorgestellt hat. Der mit großer Mehrheit von den Fraktionen beschlossene Bericht stellt fest, dass Entkopplung grundsätzlich möglich ist, dass aber technische Effizienzsteigerungen durch Mehrverbrauch wieder aufgezehrt werden. „Das ist mir und vielen anderen Mitgliedern der Projektgruppe so in aller Deutlichkeit erst jetzt klar geworden“, sagte Ott im Interview mit dem Portal Klimaretter.info.

Eurorettung nur mit Green New Deal

Die Explosion der Öl- und Ressourcenpreise gefährdet auch die wirtschaftliche Stabilität der Eurozone. Die Abhängigkeit der Krisenländer von Rohstoffimporten wird meist übersehen, sagt der Europaabgeordnete der Grünen Sven Giegold.

Bald müssen die EU-Staaten wieder genauso viel für den Import von Öl, Gas und Kohle und von anderen nicht erneuerbaren Rohstoffen zahlen wie vor der Krise. Verantwortlich dafür ist ein nicht nachhaltiges Wirtschaftsmodell, das auf hohe Ressourcenimporte angewiesen ist und empfindlich auf steigende Rohstoffpreise reagiert. Die Abhängigkeit macht nicht nur Unternehmen, Verbrauchern und der Umwelt zu schaffen, sie gefährdet auch die Stabilität der Eurozone. Denn die hohen Importkosten tragen entscheidend zu den Leistungsbilanzdefiziten der Krisenländer bei, für deren Finanzierung sie sich im Ausland verschulden müssen. Allein zwischen Oktober 2010 und September 2011 haben die 27 EU-Länder 408 Milliarden Euro für Rohstoffimporte ausgegeben. Dieser Zusammenhang wird in der Debatte um die Eurokrise leider meist übersehen.

Die derzeitigen Schuldenländer Irland, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland leiden besonders unter steigenden Kosten für endliche Ressourcen, weil sie ihre Defizite ohnehin kaum finanzieren können. In den Krisenländern betrug der Anstieg der Rohstoffimportkosten zwischen dem ersten Quartal 2009 und dem dritten Quartal 2011 durchschnittlich über 50 Prozent ihres aktuellen Leistungsbilanzdefizits. Zuletzt lebten diese Länder also nicht nur einfach über ihre Verhältnisse, sondern vor allem über ihre ökologischen Verhältnisse.

Der „Exportmusterknabe“ Deutschland verbuchte zwar von Oktober 2010 bis September 2011 einen Leistungsbilanzüberschuss von knapp 141 Milliarden Euro, musste aber gleichzeitig gut 108 Milliarden für den Import von Öl, Gas und anderen endlichen Rohstoffen aufwenden. Von einer Korrektur ist bislang wenig zu sehen. Der Leistungsbilanzüberschuss stieg vom ersten Quartal 2009 bis zum dritten Quartal 2011 von 25 auf 30 Milliarden Euro. Gleichzeitig stiegen die Rohstoffimportkosten von 19 auf 29 Milliarden. Es waren also die gestiegenen Öl- und Rohstoffpreise, die noch höhere deutsche Überschüsse verhinderten, nicht etwa höhere Löhne oder Investitionen.

Die Grünen schlagen vor, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen mit einem Green New Deal zu überwinden. Ihr Maßnahmenpaket zur ökologischen und sozialen Transformation der Wirtschaft umfasst die Regulierung der Finanzmärkte, eine Erneuerung des sozialen Ausgleichs zwischen Arm und Reich sowie die Ankurbelung der Energiewende durch Investitionen in erneuerbare Energien, Investitionen in Energie- und Rohstoffeffizienz, ökologische Steuern, Abbau umweltschädlicher Subventionen, ordnungsrechtliche Maßnahmen zur Begrenzung von Umweltverbrauch wie CO₂-Grenzwerte für Pkws und vieles andere mehr.

Bei den Konjunkturprogrammen 2008 und 2009 hat die große Koalition die Chance zur grünen Transformation verpasst. Statt in Zukunftssektoren wurde in Deutschland in die Abwrackprämie und damit in neue Autos investiert. Jetzt kommen endlich Investitionsprogramme in den Euro-Krisenländern in Gang. Die Europäische Investitionsbank soll mehr Eigenkapital erhalten, EU-Projektfonds sollen Infrastrukturmaßnahmen finanzieren und die Gelder aus der EU-Regionalpolitik werden nun freigesetzt, auch wenn sich einige Staaten keine Kofinanzierung leisten können. Das alles haben die Grünen lange gefordert, um durch einseitiges Sparen Spanien, Portugal und Griechenland nicht immer tiefer in die Wirtschaftskrise zu ziehen. Es darf jedoch nicht zugelassen werden, dass die neuen Programme wie viele EU-Strukturfondsgelder in Straßenbau, Flughäfen und Bettenburgen fließen. Das wäre nicht nur ökologisch schädlich, es würde auch die ökonomischen Probleme der Eurozone durch die hohen Ölimportkosten weiter verschärfen.

Sven Giegold ist finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen im Europaparlament.

**Kontakt: Tel. +32 (0)2 / 284-5369, Fax -9369,
E-Mail: sven.giegold@europarl.europa.eu
Arbeitspapier zum Thema:
www.sven-giegold.de/2012/05/03**

Eine tatsächliche Reduktion des Ressourcenverbrauchs erfordere deshalb auch politische, soziale und kulturelle Strategien.

Es gebe dabei drei mögliche Wege, so Ott. Der effektivste seien Obergrenzen für den Ressourcenverbrauch oder die Produktion von Abfallstoffen. Als Alternative könne man die Preise erhöhen, indem etwa eine Ökosteuer parallel zu den Effizienzsteigerungen ansteige. Eine dritte, sehr wirksame Möglichkeit sei die Streichung von Subventionen umweltschädlicher Aktivitäten. Ott warnte jedoch vor einer Verengung der Debatte auf ein „Wachsen oder Schrumpfen“. Derartiges Schwarzweißdenken sei fruchtlos: „Man kann einen Fetisch nicht mit einem Anti-Fetisch bekämpfen.“ **[mb]**

- ▶ Zwischenbericht: www.kurzlink.de/pg3.pdf
- ▶ www.klimaretter.info/politik/hintergrund/11171

Green Economy

McPlanet warnt vor McÖko

■ ExpertInnen und Aktive der Umweltbewegung haben beim fünften bundesweiten McPlanet.com-Kongress Ende April in Berlin die Verwendung von Schlagworten wie Nachhaltigkeit und Green Economy durch Politik und Wirtschaft kritisiert. Der Nachhaltigkeitsbegriff habe sich in den 20 Jahren seit dem Erdgipfel von Rio als „Konzept von monumentaler Leere“ erwiesen, sagte Barbara Unmüßig vom Vorstand der mitveranstaltenden Heinrich-Böll-Stiftung laut dem Magazin Klimaretter.info. Man müsse fragen, wer von der Green Economy überhaupt profitiere, sagte der Vorsitzende des weltgrößten Umweltnetzwerks Friends of the Earth, Nnimmo Bassey. Mehr als 1.000 TeilnehmerInnen kamen zu dem Kongress, der auch vom Forum Umwelt und Entwicklung, dem BUND, Greenpeace, Attac und Brot für die Welt mitveranstaltet wurde. Vor allem Diskussionen zu Konsumkritik und Lebensstil waren stark besucht. **[mb]**

- ▶ www.klimaretter.info/politik/hintergrund/11020
- ▶ www.mcplanet.com/mcplanetcom/videos-2012

Nachhaltigkeit als Leitbild einer Kommune

Die Stadt Neumarkt in der Oberpfalz gilt heute als Vorzeigekommune der Nachhaltigkeit. Mittlerweile erhält die knapp 40.000 EinwohnerInnen zählende Stadt regelmäßig Preise und Auszeichnungen für ihren Einsatz in den Bereichen Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Hinter der Erfolgsbilanz stehen langjähriges Engagement, ausgefeilte Konzepte und das erfolgreiche Einbinden der Bürgerinnen und Bürger.

■ Vor einem Monat hat Neumarkt in der Oberpfalz von Bundesumweltminister Norbert Röttgen die Urkunde zur Teilnahme am Förderprogramm „Masterplan 100 % Klimaschutz“ erhalten. Ziel des bundesweiten Programms ist es, in den kommenden vier Jahren die Energieeffizienz zu steigern, Gebäudesanierung zu unterstützen, Elektromobilität voranzubringen oder in Klimaschutzmaßnahmen zu investieren. Die unterschiedlichen Ansätze sollen in einem „Masterplan“ als strategisches Gesamtkonzept zusammengefasst werden. Im Rahmen des Masterplans will Neumarkt bis spätestens 2050 den gesamten Energiebedarf halbieren und die Treibhausgasemissionen um 95 Prozent senken.

Nur wenige Tage zuvor war die Stadt Neumarkt für ihr Engagement im Klimaschutz mit dem Climate Star 2012 ausgezeichnet worden. Das Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder hatte den Preis ausgelobt, der neben Neumarkt nur noch nach Leipzig ging.

Seit zehn Jahren auf dem Weg

Die beiden Preise sind jedoch nur die vorläufig letzten in einer ganzen Reihe renommierter Anerkennungen. Vor einem Jahr verlieh ihr Bayerns damaliger Umweltminister Markus Söder das Gütesiegel „Nachhaltige Bürgerkommune Bayern“. 2010 wurde Neumarkt zur Kommune des Jahres gewählt, eine Auszeichnung der Wirtschaft für eine „herausragende Einstellung“ gegenüber seinem Mittelstand.

Diese Auszeichnungen sind die Früchte eines Weges, für den sich Neumarkt vor zehn Jahren entschieden hat und der mit seiner konsequenten Ausrichtung auf Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Bürgerengagement und Zukunftsfähigkeit der Stadt inzwischen bundesweite Aufmerksamkeit sichert.

Ein Blick zurück zeigt, dass hinter der Erfolgsbilanz dauerhaftes Engagement, ausgefeilte Konzepte und ein erfolgreiches Einbinden der Bürgerschaft stehen.

Startschuss war ein Ratsbeschluss zur Teilnahme der Stadt am Agenda-21-Prozess im Herbst 2002. Ziel war schon damals ein Stadtleitbild mit integrierter Agenda 21 und qualifizierter Bürgerbeteiligung.

Zwei Jahre später wurde das Stadtleitbild „Neumarkt – Zukunft mitgestalten“ beschlossen. Zielvorgabe war eine Realisierung bis 2010. Festgeschrieben wurde unter anderem: „Wir bekennen uns zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung und werden unsere Stadt in diesem Sinne gestalten. Dabei verstehen wir wirtschaftlichen Wohlstand, soziale Sicherheit und die Stabilisierung der ökologischen Systeme als drei unverzichtbare Ziele nachhaltiger Stadtentwicklung, die wechselseitig voneinander abhängen.“

Heute, acht Jahre später, sind viele Ideen beispielgebend in die Tat umgesetzt. Mit der Mitgliedschaft im Klima-Bündnis 2007, der Gründung des Klimaforums ein Jahr später und dem Beitritt zum Konvent der Bürgermeister in Brüssel im Jahr 2009 machte Neumarkt deutlich, dass es die Ziele Klimaschutz und Nachhaltigkeit ernst nimmt. Zahlreiche Maßnahmen wurden umgesetzt oder begonnen. Von der intelligenten Gebäudeleittechnik für städtische Gebäude über ökologische Maßnahmen für den Bauhof wie die Nutzung der Abwärme der Kläranlage für die Stadtgärtnerei oder die Verwendung des gereinigten Abwassers zum Gießen bis hin zu Fotovoltaikanlagen reicht die Palette. Wichtige Grundlagen sind der Energienutzungsplan und der Klimaschutzfahrplan, gefördert vom bayerischen Wirtschaftsministerium.

Im Mai 2009 beschloss der Stadtrat, alle Kriterien für ein Zertifikat als Fair-Trade-Stadt zu erfüllen. Seitdem gibt es in allen

Sitzungen des Stadtrats und seiner Ausschüsse ebenso wie im Bürgermeisterbüro fair gehandelten Kaffee. Geschenkkörbe der Stadt zu Jubiläen werden mit Produkten aus fairem Handel bestückt und auch Zucker und Orangensaft im Rathaus tragen das Fairtrade-Siegel. Heute bieten in Neumarkt 15 Geschäfte und neun Cafés und Restaurants Fairtrade-Produkte an. Auch Schulen, Kirchengemeinden und Vereine unterstützen den fairen Handel und führen dazu Bildungsveranstaltungen durch.

Seit September 2009 darf sich Neumarkt Fair-Trade-Stadt nennen und übernahm auch hier eine bayernweite Vorreiterfunktion. Im Bundeswettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ nahm Neumarkt als einzige bayerische Stadt teil und erreichte den vierten Platz nach Bremen, Hannover und Heidelberg.

Als „Stadt der Weltdekade Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ ist Neumarkt als erste deutsche Stadt zum dritten Mal in Folge ausgezeichnet worden.

Jährliche Nachhaltigkeitskonferenzen

Auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit veranstaltet Neumarkt seit 2008 unter städtischer Federführung jährlich eine Nachhaltigkeitskonferenz. Die diesjährige 5. Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz am 29. Juni steht im Zeichen von Rio+20. Eine Woche nach dem UN-Gipfel in Rio de Janeiro beleuchtet die Konferenz Ergebnisse und Perspektiven des Gipfels und stellt konkrete Nachhaltigkeitsprojekte und Initiativen vor. Der Titel lautet deshalb: „Neue Hoffnung durch Rio plus 20? Die große Kraft der kleinen Ideen“.

Diesmal geht es um „Green Economy“, Lebensmittelverschwendung, fairen Handel, Regenwald und Land Grabbing. Auch das Projekt „Solar für Afrika“ wird vorgestellt. Um Nachhaltigkeit auch Kindern

als den Entscheidungsträgern von morgen nahezubringen, organisiert Hemma Ehrnsperger von der BioVerum-Stiftung zum zweiten Mal eine Kinderakademie. Beim Auftakt im vergangenen Sommer pflanzten Schülerinnen und Schüler der 3. bis 6. Klassen im Stadtgebiet 82 Bäume und beteiligten sich damit an der weltweiten Aktion „Plant for the Planet“, die in jedem Land der Welt eine Million Bäume pflanzen will. Dieses Jahr steht „Klimagerechtigkeit und Ernährung“ im Mittelpunkt der Kinderakademie.

Kontinuierliche Umsetzung einer Vision

Der Weg der Stadt Neumarkt zeigt, dass Erfolg auch immer mit Visionen und ihrer kontinuierlichen Umsetzung zu tun hat. Der Begriff der Nachhaltigkeit wurde immer durch bürgerschaftliches Engagement mit Leben gefüllt und erlangte so die Authentizität, die zum Erfolgsgeheimnis der oberpfälzischen Kommune geworden ist.

Wer mehr über die „große Kraft der kleinen Schritte“ auf dem Weg einer nachhaltigen Entwicklung erfahren möchte, findet im Programm der diesjährigen Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz am 29. Juni jede Menge Anregungen.

[Manuela Knipp-Lillich]

- 5. Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz, Manuela Knipp-Lillich, Tel. +49 (0)8421 / 902655, E-Mail: m.knipp-lillich@altmuehl.net.de, www.neumarkter-nachhaltigkeitskonferenz.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Tag der Regionen 2012

Nähe hat Zukunft

■ Das Aktionsbündnis Tag der Regionen ruft für den Zeitraum vom 21. September bis zum 7. Oktober bundesweit zum diesjährigen Tag der Regionen auf. Kerntag ist wie immer der Erntedanktag, in diesem Jahr der 30. September. Das Motto „Zukunft durch Nähe: wirtschaftlich, öko-

logisch, sozial“ soll den Zusammenhang zwischen einer funktionierenden Nahversorgung und der regionalen Lebensqualität hervorheben. Alle Veranstaltungen, die regionales Engagement oder regionale Besonderheiten in den Mittelpunkt stellen, können kostenlos angemeldet werden. [tg]

- www.tag-der-regionen.de

Woche der Umwelt

Bundespräsident lädt ein

■ Am 5. und 6. Juni lädt Bundespräsident Joachim Gauck zusammen mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zur vierten Woche der Umwelt nach Berlin ein. Rund 200 durch eine Jury ausgewählte Unternehmen und Institutionen wollen in der zweitägigen Leistungsschau im Park von Schloss Bellevue mit Neuentwicklungen und Projekten zeigen, wie sich Ökonomie, Ökologie und Soziales erfolgreich ergänzen. Der Deutschlandfunk zeichnet sechs hochrangig besetzte Diskussionen zu Themen wie Energiewende, Mobilität und Ernährung auf. In 86 Fachforen werden Lösungsansätze praxisnah erläutert und mit den BesucherInnen diskutiert. Zu der Ausstellung und den Begleitveranstaltungen werden rund 12.000 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien erwartet. Der DNR und seine Mitgliedsverbände BUND und B.A.U.M. e.V. sind mit einem gemeinsamen Informationsstand zum Thema Energieeffizienz vertreten. [mb]

- Information und Anmeldung: www.woche-der-umwelt.de

Gesundheitswandern

Studie gibt Verband recht

■ Gesundheitswandern verringert die Hauptrisikofaktoren für die Gesundheit schneller als gedacht. Das ergab eine vom Deutschen Wanderverband (DWW) angeregte Studie an der Universität Halle. Untersucht wurden gesundheitsbezogene

Parameter wie Körpergewicht, Blutdruck und Leistungsfähigkeit von Personen, die sieben Wochen lang an regelmäßigen Gesundheitswanderungen nach einem sogenannten After-Work-Konzept teilnahmen. „Die Ergebnisse lassen hoffen, dass das zertifizierte Gesundheitswandern damit einen weiteren Schritt zur breiten Etablierung gemacht hat“, sagte die Geschäftsführerin des Wanderverbandes Ute Dicks. [mb]

- DWW, Ute Dicks, Kassel, Tel. +49 (0)561 / 93873-15, Fax -10, www.wanderverband.de

Umweltpolitische Fahrradtour

Tour de Natur

■ Die 22. Tour de Natur, eine politische Fahrradtour des ostdeutschen Umweltnetzwerks Grüne Liga, beginnt am 22. Juli in Halle/Saale und endet am 4. August in Greifswald. Während der Tour finden Exkursionen, Aktionen und Demonstrationen zu Verkehrs-, Energie- und Umweltthemen statt. Es gibt die Möglichkeit, auch etappenweise mitzufahren. [hv]

- www.tourdenatur.net

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Fotowettbewerb

Lieblingsstadtgrün

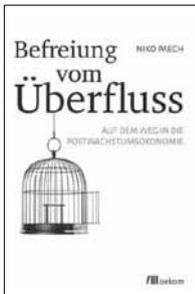
■ „Dein Grün in der Stadt“ ist das Thema eines bundesweiten Fotowettbewerbs des BUND. Einwohner und Besucherinnen von Städten können dem Umweltverband über das Internet Fotos zusenden, auf denen sie ihre urbanen Oasen und liebsten grünen Plätze abbilden. Das Gewinnerfoto wird mit einer professionellen Bildbearbeitungssoftware im Wert von 1.000 Euro belohnt, für Platz zwei bis sechs gibt es Sachpreise. Einsendeschluss ist der 30. Juni. [mb]

- www.bund.net/wettbewerb

REZENSIONEN

Von der Fremdversorgung zu einer Ökonomie der Nähe

Für die moderne Wachstums- und Konsumgesellschaft sieht der Umweltökonom Niko Paech keine Zukunft – allerdings auch nicht für die Lösungsstrategien, wie sie heute etwa die Grünen anbieten. Statt aber in Panik oder nebulöses Philosophieren zu verfallen, denkt er konsequent zu Ende, was daraus folgen muss. Sein Entwurf einer Wirtschaft ohne Wachstum ist wissenschaftlich begründet, verständlich, konkret und alles andere als rückwärtsgewandt.



■ Niko Paech, außerplanmäßiger Professor für Produktion und Umwelt in Oldenburg, legt mit „Befreiung vom Überfluss“ eine überfällige Streitschrift vor. Anders als die

meisten Autoren, die mit Katastrophenszenarien eher Panik als einen grundlegenden Wandel beschwören, schlägt er eine Brücke zur authentischen Praxis einer Postwachstumsökonomie. Nach der modernen Wachstumswirtschaft, deren Ende Paech gekommen sieht, brauche es ein tragfähiges Wirtschaftsmodell, in dem gemeinschaftlich organisiert für ein gutes Leben in ökologischen Grenzen gearbeitet wird.

Das Buch folgt einem Dreischritt aus Analyse der Problemlage, Demontage der bisher dominanten Lösungsstrategien und illustrativer Beschreibung der Alternative. Menschen in modernen Konsumgesellschaften, so eine Kernaussage, eignen sich Dinge an, die in keinem Verhältnis zu ihrer eigenen Leistungsfähigkeit und den lokal oder regional vorhandenen Ressourcen stehen. Die Wirtschaft in einer solchen Gesellschaft gleiche einer riesigen „Delegationsmaschine“, die durch Vergrößerung der Distanz zwischen Herstellung und Verbrauch immer größere Ressourcenströme vereinnahmt. Mühselige Aufgaben könnten so Maschinen und Menschen in entfernten Teilen der Welt zugewiesen werden. In der neoklassischen ökonomischen Theorie werde diese beschleunigte Ausdehnung mit einer angeblichen Effizienz von komplexeren und differenzierteren Produktionssystemen verwechselt. Lösungsstrategien der ökologischen Effizienz und Kreislaufwirtschaft – auch die erneuerbaren Energien – müssten aber scheitern

oder gössen sogar noch Öl ins Feuer. Über volkswirtschaftliche Mechanismen wie etwa die Kapazitäts- und Einkommenseffekte von Investitionen führten sie unweigerlich zu weiterem Wirtschaftswachstum.

Wer diese Analyse akzeptiert, dem kann sie den Boden unter den Füßen wegziehen. Ihr Ergebnis ist der Blick auf ein umfassendes System der Fremdversorgung, das seinen Zenit überschritten hat. Es wirft immer mehr nutzlose Konsumgüter und ungenießbare Lebensmittel ab, verursacht Krankheiten bei Mensch und Tier und lässt in den industrialisierten Ländern hilflose und erpressbare Konsumenten und Arbeitnehmer zurück. Damit, so Paech, gehe das hiesige materielle Versorgungsniveau mit einer gefährlichen sozialen Fallhöhe einher, denn sobald ökologische Grenzen erreicht oder natürliche Ressourcen aufgebraucht seien, drohten gesellschaftliche Krisen. Wenn die an Fremdversorgung gewöhnten Menschen verlernt hätten, wie man Dinge repariert und Lebensmittel anbaut, seien sie „zum Aussterben verdammt“, sobald dem Versorgungssystem die materielle Basis entzogen werde. Eine Wiederaneignung solcher Fähigkeiten erhöhe dagegen die gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit gegen externe Schocks und könne ein Zugewinn an gefühlter Selbstwirksamkeit und sozialem Zusammenhalt sein.

Eine Postwachstumsökonomie, die der Autor auch als „Ökonomie der Nähe“ bezeichnet, soll die Distanzen zwischen Herstellung und Verbrauch auf ein absolut notwendiges Minimum reduzieren, indem sie Suffizienzpotenziale nutzt. Die als Verzicht gefürchtete Reduktion von Konsum und Arbeit soll durch lokale und regionale Selbstversorgung aufgefangen werden. Im Mittelpunkt steht dabei als Zielgröße ein Ausstoß von nicht mehr als 2,7 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr. Eine so auf überschaubare und verantwortba-

re Reichweiten reduzierte Ökonomie, die durch institutionelle Innovationen und politische Begleitung abgesichert werden müsse, sei nur wenig von global und arbeitsteilig erzeugten Produkten abhängig, argumentiert Paech. Dafür brauche es auch angepasste und „konviviale“ Technologien mit einer geringeren räumlichen Reichweite und einer Reaktivierung handwerklicher Fähigkeiten. Paech stützt sich hier auf Philosophen und Ökonomen wie Ernst Friedrich Schumacher, Leopold Kohr, Ivan Illich und Marianne Gronemeyer.

An diesem Punkt wird deutlich, dass der oft bemühte Gegensatz zwischen Fortschritts- und Technikoptimismus und rückwärtsgewandter Wachstumskritik bei Paech nicht greift. Seine Perspektive einer Wirtschaft ohne Wachstum zeigt sich anschlussfähig an viele Forschungszweige der Nachhaltigkeitswissenschaften: lokale und regionale Innovationssysteme, Transition Towns, fortschrittliche Gemeingüter und Gemeinschaftsproduktion bis hin zu Open-Source-Technologien.

Neben den wissenschaftlichen Fragen, die sich aus der schmalen Streitschrift ergeben, sind es vor allem die Verbindungslinien zur gesellschaftlichen Umsetzung der Vision, die den Leser am Ende des Buches unruhig werden lassen. Denn obwohl eindeutig am Subjekt orientiert, lässt Paech nicht außer Acht, dass seine Vision nur zusammen mit anderen erreicht werden kann. Gemeinsam zu Architekten einer Postwachstumsökonomie zu werden, das heißt, Energie aus gesellschaftlicher Pluralität zu ziehen und einen politischen Neubeginn zu wagen. Das könnte wirklich fantastisch sein, wird aber auch zum Verzweifeln schwierig. **[Benjamin Best]**

► Paech, N.: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. oekom, München 2012, 144 S., 14,95 €, ISBN 978-3-86581-181-3

Neue Landlust zwischen Beton und Asphalt



■ Wie Peter Lustigs Löwenzahn sprießen derzeit überall in Deutschland Projekte ganz neuer Art aus dem Asphalt. Ob sie sich mit dem Begriff Urbanes Gärtnern beschreiben oder als

Gemeinschafts-, Selbsternte- oder interkulturelle Gärten verstehen – eines haben alle gemeinsam: den Drang nach Autonomie und die Rückkehr zur Natur, auch wenn das erst einmal widersprüchlich klingen mag. Die Menschen hinter den zahlreichen und aufregenden Projekten zeigen unter vollem Einsatz ihrer Kreativität, dass „eine andere Welt pflanzbar ist“.

Martin Rasper ist einer von ihnen. Der Geologe und Journalist beweist auf knapp 200 Seiten, dass Städte und Landwirtschaft nicht zwei voneinander getrennte Dinge sein müssen. Im Gegenteil: Er ist der Ansicht, dass sie unbedingt eins miteinander sein sollten. Rasper selbst kam vom Topf-Wirrwarr auf seinem Münchener Balkon über die Bepflanzung des Hinterhofs und eines Parkbeets zum Entschluss, sich einen eigenen Kleingarten zu mieten. In seiner frischen, positiven Art macht Rasper aber deutlich, dass es noch vielfältige andere Varianten gibt, die Stadt produktiver zu machen. Das wird in Zukunft wichtiger sein, als mancher vermutet. Die verschiedenen Formen der Stadtgärten können beispielsweise einen immensen Beitrag zur Artenvielfalt leisten, wenngleich diese, wie man lernt, im urbanen Raum jetzt schon höher ist als in manch „unberührter Natur“.

Das Buch gibt einen guten Überblick über die zahlreichen Projekte in Deutschland, zum Beispiel das Allmende-Kontor und die Prinzessinnengärten in Berlin oder die Stadt Andernach am Rhein, die auf dem Weg zur „essbaren Stadt“ ist. Dabei kommen auch die Initiatoren selbst zu Wort, um ihre persönlichen Geschichten und zum Teil auch politischen Motivationen zu schildern. Rasper geht ebenso auf

die historische und kulturelle Verwurzelung des Gartens in unserer Sprache und Gesellschaft ein und beschreibt, wie sich die Definition des Wortes Garten wandelt.

In zahlreichen Informationskästen zwischen den Kapiteln kann der Leser erfahren, wie er selbst zu einer Garteninitiative kommt, ein Hochbeet anlegt oder auf dem eigenen Balkon möglichst viele Kartoffeln anbaut. Dass Rasper auch politische Ereignisse und Aspekte einfließen lässt, zeugt nicht nur von Allgemeinwissen, sondern auch davon, dass er das Gärtnern umfassend betrachtet. Es handelt sich aber keineswegs um ein reines Sachbuch, schon deshalb wird das Lesen nie langweilig.

„Vom Gärtnern in der Stadt“ ist das wahrscheinlich informativste und vollständigste Buch über die neue Bewegung der urbanen Landwirtschaft. Dem Klappentext kann man getrost zustimmen: „Viele Praxistipps und Adressen machen es zu einem unverzichtbaren Ratgeber für alle Stadtgärtner.“ Vor der Lektüre war man überzeugt, dass Landwirtschaft nur etwas für Profis ist und höllisch kompliziert sein muss. Danach möchte man sofort selbst aus seinem Balkon einen Garten machen und alle anderen davon überzeugen, das Gleiche zu tun. Ein mehr als empfehlenswertes Buch!

[Johanna Thiel]

► Rasper, M.: Vom Gärtnern in der Stadt. Die neue Landlust zwischen Beton und Asphalt. oekom, München 2012, 205 S., 19,95 €, ISBN 978-3-86581-183-7

Abkehr von der Politikshow

■ Umweltkatastrophen, Finanzkrise, Stuttgart 21, Atomausstieg: Die Menschen bezweifeln immer mehr, dass die gewählten Volksvertreter ihr Handwerk wirklich besser verstehen als jene, die sie gewählt haben. Claus Leggewie, Professor für Politikwissenschaft und Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen, legt in seinem neuen Buch „Mut statt Wut“ den Finger in die demokratische Wunde. Er untersucht das Verhältnis der Zivilgesellschaft zu den klassischen politischen Institutionen, das Potenzial der „Wutbürger“. Als

Rio+20 und der Weg in eine gute Zukunft

Fortschritte sind gemacht, doch viel mehr ist noch zu tun: Die UN-Konferenz in Rio de Janeiro 2012, zwanzig Jahre nach dem historischen Erdgipfel am gleichen Ort, ist eine Zwischenstation auf dem Weg zu einem nachhaltigen Wohlstand für alle. Der vorliegende Bericht der Reihe »Zur Lage der Welt« skizziert die Grundzüge einer nachhaltigen Ökonomie und richtet seinen Blick u.a. auf eine zukunftsfähige Energieerzeugung, eine nachhaltige Verkehrs- und Stadtentwicklung sowie den Erhalt der Biodiversität.

Worldwatch Institute (Hrsg.)
in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch
**Zur Lage der Welt 2012:
Nachhaltig zu einem
Wohlstand für alle**

Rio 2012 und die Architektur einer weltweiten grünen Politik

304 Seiten, broschiert, 19,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-290-2

oekom

Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



Wildnis im Bayerischen Wald

»Ja wie schaut denn das aus?« Quer verkeilt liegen silbergraue Fichten, undurchdringliche Astgerippe, dazwischen ragen junge Bäume heraus, ein neuer Wald entsteht. Das ist er, der Nationalpark Bayerischer Wald: Ein Wald im Umbau, im Werden. Ein halbwilder Wald – um den es seit über 40 Jahren Konflikte gibt. Herbert Pöhl berichtet von Kämpfen und Widerständen, von Erfolgen und Begeisterung – und von der Schönheit dieser wilden Waldnatur.

H. Pöhl

Der halbwilde Wald

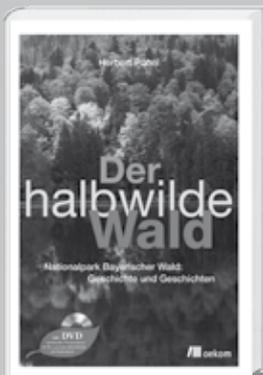
Nationalpark Bayerischer Wald: Geschichte und Geschichten

272 Seiten, Hardcover, inkl. DVD: spektakuläre Filmaufnahmen, weiterführende Artikel und Faltblätter zu Wanderungen und Angeboten im Park 24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-300-8



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



Mitglied ist Leggewie kulturwissenschaftlicher Mitautor des Berichts des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen mit dem Titel „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“. Er meint, dass freiheitliche Gesellschaften ihre Zukunftsblindheit überwinden und endlich ernsthaft Verantwortung für Freiheit und Ökologie übernehmen müssen. Das spricht nicht für Hektikpolitik in kurzatmigen Wahlperioden.

Eine alles andere als leichte, aber unbedingt lesenswerte Lektüre, ein Plädoyer für die Abkehr vom Politikshowgeschäft, hin zu Verantwortung für Klima, Weltprobleme und europäische Gesellschaft. **[Helmut Paschlau]**

► Leggewie, C.: Mut statt Wut. Aufbruch in eine neue Demokratie. Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2011, 210 S., 14,- €, ISBN 978-3-89684-084-4. www.mutstattwut.de

Umweltgifte und Brustkrebs

► „Heilen ist gut, vermeiden ist besser“ – das ist der Untertitel einer Broschüre über Brustkrebs und Umwelteinflüsse. Herausgegeben wurde das 15-seitige Heft von Women in Europe for a Common Future (WECF) und dem Arbeitskreis Frauengesundheit (AKF). Gut verständlich, knapp formuliert und dennoch umfassend informieren die beiden Vereine über Risikofaktoren, Indikatoren für Chemikalienbelastungen und das politische Umfeld. Auch Verhaltenstipps fehlen nicht. Chemikalien- und Gesundheitspolitik finden gleichermaßen kritische Würdigung. Außerdem gibt es eine Liste mit Forderungen an Politik und Wirtschaft. Es ist Zeit, das Schweigen darüber zu brechen, dass Alltagschemikalien die Entstehung der bei Frauen häufigen und oft tödlichen Krankheit begünstigen. **[Juliane Grüning]**

► WECF; AKF (Hrsg.): Brustkrebs und Umwelteinflüsse. München 2012, 15 S., 2,- €, ISBN 978-3-981-3170-5-3. Bezug: WECF, Tel. +49 (0)89 / 23239380, E-Mail: wecf@wecf.eu. Download (PDF, 1,2 MB): www.kurzlink.de/wecf-brustkrebs.pdf

Boden als Lebensgrundlage

► Wie die Zukunft unserer „Lebensgrundlage Boden“ aussieht, fragt das Themenheft 162 der Zeitschrift Ökologie & Landbau. Der Boden ist die Anbaufläche für 90 Prozent unserer Nahrungsmittel und muss dringend vor der häufig falschen Bewirtschaftung geschützt werden. Einer der vielfältigen Beiträge der Broschüre geht auf die Ursachen der Vernachlässigung des Bodenschutzes ein, ein anderer kritisiert den hohen Flächenverbrauch durch die aus dem vergangenen Jahrhundert stammende Siedlungspolitik. Ein Text beschreibt die Bedeutung des Bodenschutzes für die EU-Politik und das unverständliche Blockieren der europäischen Bodenschutzrichtlinie durch Deutschland. Eine Autorin untersucht das tatsächliche Potenzial der „Wundererde“ Terra preta. Mehrere Beiträge über Bodenfruchtbarkeit runden das Heft ab. **[tg]**

► SÖL (Hrsg.): Lebensgrundlage Boden. Ökologie & Landbau 162. oekom, München/Bad Dürkheim 2012, 68 S., 10,20 €, ISSN 1015-2423. www.oekom.de/zeitschriften/oekologie-landbau/archiv

Boden als Kapitalanlage

► Über die Privatisierung der letzten ehemals „volkseigenen“ Flächen in Ostdeutschland durch die Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) wird nur wenig berichtet, obwohl staatliche Subventionen im zweistelligen Milliardenbereich bewegt werden. Nutznießer seien wenige große Agrarbetriebe, nicht die Mehrheit der ostdeutschen Landwirte, schreibt der Bauer und Agrarexperte Jörg Gerke. Seine Broschüre beleuchtet, wie dabei Gesetze und Verordnungen umgangen werden und welche Rolle verschiedene Bundesministerien, die Justiz und die EU-Kommission spielen. **[mb]**

► Gerke, J.: Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990. Das Zusammenspiel von Politik, Justiz und Verwaltung. AbL-Verlag, Hamm 2012, 44 S., 3,- €. www.bauernstimme.de (Broschüren). Download: (13 MB): www.kurzlink.de/boden-ost.pdf

Regionale Wertschöpfung durch Naturschutz

■ Naturschutz spielt in Regionalentwicklungsprojekten oft nur eine Nebenrolle und steht zum Beispiel nur in der Hälfte aller deutschen LEADER-Regionen überhaupt im Entwicklungskonzept. Ein Leitfaden des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege (DVL) stellt sechs Schlüsselfaktoren vor, um das zu ändern. Dazu gehören die Bereitschaft der Beteiligten, voneinander zu lernen, die Berücksichtigung der vorhandenen Strukturen, die Beteiligung möglichst vieler BürgerInnen und eine gute regionale Vernetzung. Wichtig sei außerdem, dafür zu sorgen, dass Naturschutz in den Gemeinden nicht nur als Kostenfaktor, sondern auch als Voraussetzung für attraktiven ländlichen Tourismus wahrgenommen werde. Gute Beispiele aus ganz Europa geben dafür Anregungen. [mb]

- DVL (Hrsg.): Natur schützen, Regionen entwickeln. Ein Leitfaden für mehr Naturschutz in der Ländlichen Entwicklung. Ansbach 2012, kostenlos. Bezug: DVL, Tel. +49 (0)981 / 4653-3540, E-Mail: bestellung@lpv.de

Was wird aus den Alpen?

■ Das österreichische Büro der Internationalen Alpenschutzkommission Cipra hat im vergangenen Herbst eine Fachtagung über die Zukunft der Alpen veranstaltet. Der Tagungsband steht nun zum Download zur Verfügung. Er enthält alle Fachbeiträge sowie die Podiumsdiskussion, die Schlussfolgerungen und weitere Materialien. Die vor 60 Jahren gegründete Cipra setzt sich für die Ziele der Alpenkonvention ein. Dieses internationale Vertragswerk der Alpenstaaten und der EU soll eine nachhaltige Entwicklung im Alpenraum gewährleisten. [UWD]

- CIPRA Österreich (Hrsg.): Perspektiven für die Alpen. Was können Alpenkonvention und eine makroregionale Alpenraumstrategie dazu beitragen? Wien 2012, 60 S., ISBN 978-3-900711-84-9. Kostenloser Download (3,9 MB): www.kurzlink.de/cipra-doku-alpen-12

INTERNET

Fälle von Land Grabbing melden

■ Immer mehr Investoren erwerben fruchtbares Land in Entwicklungsländern, deren Regierungen sich durch die steigende weltweite Nachfrage nach Nahrung, Wasser und Treibstoffen Einnahmen versprechen. Besonders Afrika ist attraktiv für dieses sogenannte Land Grabbing. Dabei verkauft die Regierung Land, das einheimische Bauern nutzen, ohne dass diese Mitspracherechte haben und angemessen entschädigt werden. Das auf Englisch, Französisch oder Spanisch zu benutzende Portal „Land Matrix“ sammelt Informationen über Geschäfte mit Land in aller Welt. Jeder kann dort Fälle melden, die dann von großen Organisationen der Entwicklungspolitik und -forschung geprüft werden. Diese fordern bindende Regeln für globale Landgeschäfte, um den Landraub zu stoppen. [hv]

- www.landportal.info/landmatrix

Heimischer Strom aus geheimen Quellen

■ Um Deutschlands Energiebedarf nach dem Atomausstieg zu decken, importieren die großen Stromkonzerne Kohle aus dem Ausland, vor allem aus Kolumbien. Großflächige Umwelterstörung und Menschenrechtsverletzungen werden dabei offenbar in Kauf genommen. Mit einer Kampagne will FIAN, der deutsche Zweig des internationalen Informations- und Aktionsnetzwerks Food First, den Bundestag auffordern, ein Gesetz zur Offenlegung der Lieferanten und Handelswege der deutschen Steinkohleindustrie zu beschließen. Kohleimporteure sollen außerdem nachweisen, dass der Abbau nicht zu Menschenrechtsverletzungen und Umwelterstörung beiträgt. Eine entsprechende Onlinepetition kann noch bis zum 5. Juni mitgezeichnet werden. Die Seite enthält auch Hintergrundinformationen und einen Aufruf zum bewussten Umgang mit Strom. [mb]

- www.kohleimporte.de

Impressum

umwelt aktuell Juni 2012
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

In Kooperation mit: Grüne Liga Berlin e. V., Tel. +49 (0)30 / 4433910, www.grueneliga-berlin.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortl.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortl.). **Redaktion:** Matthias Bauer [mb], Juliane Grüning [jg], Marion Busch [mbu], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Teresa Gross [tg], Daniel Hiss [dh], Hanna Vlasák [hv], Susanne Graf [sg], Susanne Spilles [ss], Dr. Helmut Paschlau/Die Umwelt-Akademie, Marcela Valente [IPS], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **Service:** Matthias Bauer. **ökopädNEWS:** siehe S. 40

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg
Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-608, Fax -405, E-Mail: oekom@de.rhenus.com, www.oekom.de
Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Ott, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



TERMINE

JUNI

06.06., Berlin (D)

Mit Leitlinien gegen Landraub. Fachtagung

► Forum Umwelt und Entwicklung, Alessa Hartmann, Tel. +49

(0)30 / 6781775-93, E-Mail: hartmann@forumue.de, www.forumue.de

07.06., Berlin (D)

Fachtagung zur Rohstoffpolitik Deutschlands

► Germanwatch, Marco Klemmt, Tel. +49 (0)30 / 2888356-86, www.germanwatch.org

08.–09.06., Berlin (D)

Transformationskongress: Nachhaltig handeln – Wirtschaft neu gestalten – Demokratie stärken

► DGB/DNR/EKD. Deutscher Naturschutzring (DNR), Tel. +49 (0)30 / 6781775-70, Fax -80, E-Mail: info@dnr.de, www.transformationskongress.de

09.–10.06., Hofgeismar bei Kassel (D)

Information, Partizipation, Rechtsschutz. Neue Probleme und Konzepte für die Bürgerbeteiligung. Umweltforum

► Ev. Akademie Hofgeismar, Tel. +49 (0)5671 / 881-0, Fax -154, E-Mail: ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de, www.akademie-hofgeismar.de

15.06., Wiesbaden (D)

Die Bürgergesellschaft im Stadtumbau.

Symposium

► Hochschule RheinMain, Julia Guttman, Tel. (0)611 / 9495-3165, E-Mail: julia.guttman@hs-rm.de, www.hs-rm.de/iwib.de

15.–16.06., Jülich (D)

6. Bundestreffen der Regionalbewegung

► Bundesverband der Regionalbewegung, Tel. +49 (0)5643 / 949271, www.regionalbewegung.de

16.06., Pfälzerwald/Nordvogesen; bundesweit (D)

Grenzgänger, Überflieger, Gipfelstürmer:**Wie Tiere und Pflanzen sich verbreiten.****GEO-Tag der Artenvielfalt**

► GEO, Heinz-Sielmann-Stiftung, Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz, www.geo.de/artenvielfalt

17.06., Hamburg (D)

Mobil ohne Auto. Fahrradsternfahrt

► www.fahrradsternfahrt.info

21.–22.06., Heidelberg (D)

Stadtwerke mit Erneuerbaren Energien. Konferenz

► Eurosolar, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 2891448, E-Mail: stadtwerke@eurosolar.de, www.eurosolar.de

22.–30.06., Schwarzatal/Thüringen (D)

Commons-Sommerschule

► CoKo, Sabrina Freihoff, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at, www.lebensfuelle.files.wordpress.com/2010/03/einladung-sommerschule-aktuell.pdf

24.–29.06., Ostritz/Oberlausitz (D)

Klimaschutz ist Querschnittsaufgabe.

Sommerakademie

► Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Anneliese Grabara, Osnabrück, Tel. +49 (0)541 / 9633-521, E-Mail: grabara-a@dbu.de, www.dbu.de/marienthal

25.06., Berlin (D)

Wege, Wissen, Wirkungen. 12. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung

► Lab concepts, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 2498-110, Fax -111, E-Mail: rne-jahreskonferenz-2012@lab-concepts.de, www.nachhaltigkeitsrat.de/konferenz

25.–26.06., Berlin (D)

Rio+20-Auswertung. Tagung

► Brot für die Welt, Stuttgart, Tel. +49 (0)711 / 21095-18, Fax -55, E-Mail: margret.philippin@fakt-consult.de, www.fakt-consult.de

27.–28.06., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Wiedervernässung von Hochmooren.**Ein Erfahrungsaustausch.**

► Akademie für Naturschutz, E-Mail: nna@nna.niedersachsen.de, www.nna.niedersachsen.de

28.–29.06., Berlin (D)

Die Flächensparer. Städte und Gemeinden kommunizieren nachhaltige Siedlungsentwicklung. Tagung

► NABU, Nicola Krettek, Tel. +49 (0)30 / 284984-1629, Fax -3629, E-Mail: nicola.krettek@nabu.de, www.nabu.de/flaechensparen

29.06., Neumarkt in der Oberpfalz (D)

Neue Hoffnung durch Rio+20?**5. Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz**

► Stadt Neumarkt, Tel. +49 (0)9181 / 2550, www.neumarkter-nachhaltigkeitskonferenz.de (siehe S. 30)

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie Stark

Die Zukunft braucht starke Kinder. Freya Pausewang erklärt, wie Lernfreude und die kindliche Lust, Hindernisse zu überwinden, am besten gefördert werden. Denn »lernstarke« Menschen tun sich leichter Probleme zu lösen, ob als Folgen globaler Krisen oder von Umbruchsituationen wie etwa während der Pubertät. Pausewang gelingt der Bogen vom Kleinen (Essen, Spielen) zum Großen: einer Menschheit, die künftige Herausforderungen fair und solidarisch meistert.

F. Pausewang

Macht mich stark für meine Zukunft

Wie Eltern und ErzieherInnen die Kinder in der frühen Kindheit stärken können

182 Seiten, broschiert, mit vielen z.T. farbigen Abbildungen, 16,95 EUR, ISBN 978-3-86581-282-7

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft

Rio+20-Gipfel

Wo bleibt die Bildung?

20 Jahre nach dem berühmten Rio-Gipfel, der das Nachhaltigkeitsprinzip weltbekannt gemacht hat, findet im Juni wieder eine UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro statt. Doch wie dem Vorentwurf für das Schlussdokument zu entnehmen ist, wird die Rolle der Bildung bei den Vereinten Nationen noch immer dramatisch unterschätzt.

□ Weltkonferenzen werfen nicht nur ihre Schatten voraus, sondern auch ihre Ergebnisprotokolle. So auch Rio+20. Im Internet⁽¹⁾ kann man eine sogenannte Zero-Draft-Version der Ergebnisse der Konferenz einsehen – es ist der Entwurf einer Nullnummer. Er dient den Staaten und Nichtregierungsorganisationen dieser Welt dazu, sich zu orientieren und Eingaben zu machen. Man kann das als Einzelstaat tun, aber auch im Staatenverbund. So hat es keinen Vorschlag zur Modifikation vonseiten der deutschen Regierung gegeben, wohl aber von der EU unter Beteiligung Deutschlands.

Vage Bildungsideen

Was steht nun im allerersten Entwurf des Rio+20-Protokolls über Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)? Nicht viel, muss man konstatieren. Erst am Ende des Dokuments, das den wunderbaren Titel „The Future We Want“ trägt, ist unter Punkt 98 bis 101 von „Education“ die Rede. Dabei wird konstatiert, dass Erziehung wichtig ist, dass es eine verstärkte LehrerInnenausbildung geben muss und die Curricula fortentwickelt werden müssen. Best Practice ist weiterhin gefragt und man setzt Hoffnungen in die Entwicklung von Nachhaltigkeitsforschung sowie Lehre im Hochschulsystem. Aber – immerhin – wünscht man sich auch, dass die UN-Dekade, die ja Ende 2014 ausläuft, irgendeine Form der Fortsetzung erfährt.

Die EU plädiert nun in Reaktion auf dieses Protokoll für einige Erweiterungen, die darauf hinauslaufen, BNE um wesentliche Aspekte aus dem UN-Programm Education for All und aus den Millennium Development Goals zu erweitern. Betont wird auch die Bedeutung von „Training and Research“. Man plädiert nicht nur dafür, die BNE-Aktivitäten nach 2014 irgendwie

fortzusetzen, vielmehr ergeht ein „call for the continuation of those activities“. Ob das so auszulegen ist, dass es eine weitere Dekade geben soll, ist daraus nicht genau zu erkennen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung nach 2014

Die Mitgliedstaaten der Unesco haben, initiiert von Schweden und Japan, ihre Zentrale in Paris aufgefordert, Vorschläge zu

THEMENHEFT: BNE UND RIO+20

unterbreiten, was nach der Dekade geschehen kann. Auch der Deutsche Bundestag hat sich in seinem Beschluss vom 26. April für die Fortsetzung von BNE-Aktivitäten nach 2014 starkgemacht – ein wichtiges und lesenswertes Dokument! Man darf mithin vermuten, dass es weitere internationale Aktivitäten geben wird.

Das Deutsche Nationalkomitee, so ergab ein Meinungsbild bei der letzten Sitzung am 11. Mai, sieht in einer zweiten Dekade die beste Variante der Fortsetzung der Aktivitäten, da andere Möglichkeiten, etwa ein Weltaktionsprogramm mit offenem Ende auszurufen, nicht die Effekte erzielen, die mit einer Dekade zu erreichen sind. Das Nationalkomitee hat in der gleichen Sitzung auch einen ersten Entwurf für die BNE-Strategie 2015+ diskutiert. Nach einer Überarbeitung werden alle Interessierten die Möglichkeit haben, auf www.bne-portal.de ihre Meinung zu dem Papier sowie Wünsche und anderes in die Diskussion einzubringen. Mit gutem Grund, denn schließlich ist BNE partizipativ ausgerichtet.

Irritierend bleibt es allerdings, dass dem Thema „Education“ und speziell der BNE

bisher im Vorfeld von Rio+20 so wenig Beachtung beigemessen wird. Dies erstaunt, da der Schwerpunkt der Konferenz auf der Frage liegt, wie eine „Green Economy“ vorangebracht werden kann, wie sich die Armut auf der Welt beheben lässt und wie man die notwendigen Innovationen in Gang setzt. Dazu scheinen Neugründungen oder deutliche Zusammenschlüsse von weltweit agierenden Institutionen und Organisationen angedacht zu sein – nicht aber eine Fokussierung auf „Education“.

Bildungsarmut

Nun liegt der Zusammenhang zwischen Armut und (geringem) Bildungsstand ebenso auf der Hand wie die Einsicht, dass ein verändertes Wirtschaften und Handeln als Bedingung ihrer Möglichkeit (und nicht als Ergänzung) fundamental von Lernprozessen abhängig ist. Nicht ohne Grund spricht der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) in seinem jüngsten Gutachten von der Notwendigkeit einer „fundamentalen Transformation der Weltgesellschaft“. Die notwendigen Innovationen in Wirtschaft, Forschung und Politik wie bei den Lebensstilen erfolgen nicht automatisch. Nötig ist ein systematisch angebahnter mentaler Wandel – und das in kürzester Zeit. Daher hält der WBGU fest, dass Bildung „eine größere Bedeutung in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie erhalten“ sollte. Das notwendige Verantwortungsbewusstsein, das Gerechtigkeitsempfinden und die Gestaltungskompetenz, die benötigt werden, um gegen die globalen Problemlagen nicht nachhaltiger Entwicklungen anzukommen, erfordern umfangreiche Lernprozesse. BNE ist damit nicht nur ein notwendiger, sondern ein substanzieller Beitrag, um nachhaltige Entwicklungen sogleich, aber auch vo-

rausschauend und vorsorgend in Gang zu setzen.

Liegt es an der – weltweit gesehen – völlig desolaten Lage der Bildungssysteme, dass man zwar die Bedeutung von „Education“ und BNE immer wieder in den transnationalen Dokumenten unterbringt, aber nicht der Einsicht folgt, dass hier ein substanzieller Hebel für nachhaltige Entwicklung vorhanden ist? Kein Wunder,

dass das Zutrauen in die Bildung fehlt. Bei wachsender Weltbevölkerung bleiben die Ausgaben für Bildung marginal. Die Curricula sind ebenso wenig zeitgemäß wie die Unterrichtsformen – Leuchttürme einmal ausgenommen. Oder würdest du darauf setzen, dass mit diesem Bildungssystem – und ich meine dessen globalen Zustand – nachhaltige Entwicklung befördert werden kann? Eben! **[Gerhard de Haan]**

Prof. Dr. Gerhard de Haan leitet das Institut für Erziehungswissenschaftliche Zukunftsforschung (Institut Futur) an der Freien Universität Berlin. Er ist Vorsitzender des Nationalkomitees der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Anmerkung

- (1) Erster Entwurf (Zero Draft) des Abschlussdokuments für den UN-Gipfel „Rio+20“ vom 20. bis 22. Juni in Rio de Janeiro: www.unccd2012.org/rio20/futurewewant.html

BLICKPUNKT

Veränderung durch Wandel

Von der Agenda 21 bis zur Bildung für nachhaltige Entwicklung: Die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bayern ist seit zwei Jahrzehnten ein Motor für innovative Bildungsprozesse.

Seit 20 Jahren ist die Tätigkeit der ANU Bayern einerseits von der politischen Grundlegung der Bildungsarbeit und zum anderen von der Weiterentwicklung und Breitenwirkung innovativer Bildungsmethoden geprägt. Beide Ebenen – strukturelle Verankerung der Voraussetzungen für die Bildungsarbeit und innovative Modelle einer neuen Lernkultur – bauen aufeinander auf und sind Bestandteil einer guten Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE).

1992 gründete sich die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bayern e.V. mit dem Ziel, durch Umweltbildung zur Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu einer entsprechenden Veränderung der Lebens- und Wirtschaftsweisen beizutragen. Heute stellt die ANU Bayern etwa ein Viertel der Mitglieder der Bundes-ANU.

Vernetzung und Kooperation als Voraussetzung zukunftsfähiger Bildungsarbeit

Die ANU Bayern setzte sich ab 1994 mit dem Leitbild der Nachhaltigkeit und den Forderungen der Agenda 21 auseinander. Ein starker Strang der Bildungsarbeit war deshalb die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen und Kommunen bei Lokale-Agenda-21-Prozessen. 1997 zeigte die ANU Bayern mit dem Programm „Schritte in die Zukunft – Veranstaltungen und Projekte zur Agenda 21“ die Vielfalt der Bildungsprojekte und unterstützte mit Agenda-Koffern und -kisten, Praxishandbüchern sowie sechs dezentralen Zukunftswerkstätten die Akteure vor Ort.

Die große Beteiligung der Umweltbildungseinrichtungen und die hohe Breitenwirkung bestätigten den Erfolg. Als das Bildungskonzept der BNE ausformuliert wurde, setzte die ANU Bayern 1999 dazu einen Jahresschwerpunkt und stieß Kooperationen mit anderen Bildungsträgern an.

Qualifizierung und Breitenwirkung – zwei Säulen der BNE

Qualifizierung war für die Mitglieder der ANU Bayern immer wichtig. Seit 1997 ist die ANU Kooperationspartner der berufsbegleitenden Weiterbildung Umweltbildung/BNE, die mit großem Erfolg im achten Durchgang stattfindet. Seit 2004 ist die ANU Mitglied in der Steuerungsgruppe des bayerischen Marketing- und Qualifizierungsprozesses Umweltbildung.Bayern.

Politische Arbeit am Leitbild der Nachhaltigkeit

Doch auch die politische Arbeit ist wichtig. Seit 1996 arbeitet die ANU Bayern im Umweltforum Bayern und in dem sich daraus entwickelten Arbeitskreis Bildung für nachhaltige Entwicklung mit. Sie hat maßgeblich das Bildungskapitel in der Bayern-Agenda 21 mitgeschrieben und war an der Entstehung des Aktionsplans für Bayern zur UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (2009) und dessen Fortschreibung (2012) beteiligt. Im „Bündnis Nachhaltigkeit Bayern“ kommentierte sie jüngst gemeinsam mit vielen Akteuren kritisch die Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie. Die ANU Bayern hat 2005 ihren Aktionsplan für Bayern – mit neuen landesweiten Arbeitsgruppen,

Qualifizierung zur BNE und besserer Vernetzung der Akteure – formuliert, der seitdem Bestandteil des Nationalen Aktionsplans ist.

Die politische Lobbyarbeit der ANU zur Stärkung der Umweltbildung in Bayern führte zur Förderung der Umweltstationen und des Umweltfonds. Damit wurden Grundlagen für eine in die Breite gehende BNE gelegt.

Welt in Bewegung

Der Bericht des Club of Rome mit dem Titel „2052“, in dem sich Wissenschaftler und Wirtschaftsexperten mit den Folgen des Klimawandels beschäftigen, zeigt, wie wichtig es für die Bildungsakteure ist, sich intensiver mit politischen Schwerpunkten wie der Forderung nach nachhaltigen Wirtschaftssystemen und der „großen Transformation“ hin zur klimaverträglichen Gesellschaft auseinanderzusetzen. Auf der bundesweiten Tagung der ANU „Welt in Bewegung – Rio + 20 Jahre ANU Bayern“ geht es um die Herausforderungen an eine Bildung für nachhaltige Entwicklung auf politischer und auf Bildungsebene. Wir stehen am Anfang eines neuen Prozesses, zu dem wir alle Interessierten einladen.

[Marion Loewenfeld]

Marion Loewenfeld ist 1. Vorsitzende der ANU Bayern.

► www.umweltbildung-bayern.de

SCHWERPUNKT: BNE UND RIO+20Deutscher Bundestag**BNE langfristig sichern**

□ Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich für Folgeaktivitäten zur laufenden UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung einzusetzen. Die Integration nachhaltigkeitsrelevanter Themen und Methoden in alle Bereiche der Bildung, vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung sei Bestandteil einer qualitativ hochwertigen Bildung, heißt es in einem Beschluss vom 26. April. In dem Antrag fordert der Bundestag die Bundesregierung auf, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) auch in der Entwicklungszusammenarbeit auszubauen, da sie Grundvoraussetzung für die nachhaltige Gestaltung der Globalisierung sei. Auch die anderen Bundesressorts werden aufgefordert, BNE in ihren nationalen Strategien zu verankern und sich international für ihre Sicherung und Umsetzung einzusetzen. Ausdrücklich genannt werden die dringende Verankerung von BNE in der Elementarbildung, die Einrichtung nachhaltiger Bildungslandschaften auf lokaler Ebene sowie Aus-, Fort- und Weiterbildung von pädagogischen Kräften samt Bereitstellung von BNE-Materialien.

▷ www.kurzlink.de/bundestag-bne

Schweiz und Rio+20**Nachhaltigkeit und BNE auf dem Prüfstand**

□ Ein halbwegs sinnvolles Verständnis von natur- und humanwissenschaftlich gut unterfütterter Nachhaltigkeit ist nach wie vor Mangelware. Zu diesem Schluss kommt Rolf Jucker im Editorial des Bulletin zur Umweltbildung unter dem Titel „Modelle zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ über die Bildungsrealität in der Schweiz. Der Leitartikel zeigt auf, wie BNE an verschiedenen Orten im Bildungs-

system verankert und vermittelt wird und stellt in einer doppelseitigen Beilage gängige Modelle von (B)NE zur Diskussion.

▷ Bulletin und Beilage: www.rio20.ch/2012/04/modelle-zur-nachhaltigen-entwicklung

Österreich und Rio+20**„Mut zum Wandel“**

□ „Rio+20 – Gerechtigkeit in einer endlichen Welt“ ist eine Initiative österreichischer Umwelt- und Entwicklungsorganisationen. Die Initiative will „Mut zum Wandel“ machen und setzt sich für ein gutes Leben für alle ein. Über 40 Veranstaltungen zeigen konkrete Wege in eine ökologische und sozial gerechte Zukunft: Diskussionen, Ausstellungen, Filmtage, das Jugendforum Rio+20 oder Konferenzen in ganz Österreich. Auf der Homepage finden sich außerdem die aktuellsten Termine zum Thema, eine hilfreiche Linksammlung sowie ein gut lesbarer historischer Überblick.

▷ www.rioplus20.at

AUS ANU UND UMWELTZENTRENLeuchtpol-Wettbewerb 2012**Kleine Schritte, große Wirkung**

□ Leuchtpol möchte mit diesem Wettbewerb gemeinsam mit möglichst vielen Kindergärten ein bundesweites Zeichen für Bildung für nachhaltige Entwicklung im Elementarbereich setzen. Gemeinsam mit den Kindern können ErzieherInnen am 4. Juni – dem vom Rat für Nachhaltige Entwicklung ausgerufenen „Deutschen Aktionstag Nachhaltigkeit“ – einen eigenen Aktionstag zu einem Schlüsselthema nachhaltiger Entwicklung, wie zum Beispiel Energie, Ernährung, Konsum, Wasser oder Gerechtigkeit, umsetzen. Teilnehmen können bundesweit alle Kitas – entweder

als komplette Einrichtung oder als einzelne Gruppe. Wichtig ist, dass Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren in die Vorbereitung und Umsetzung einbezogen werden. Die Teilnahmeunterlagen sind ohne großen Aufwand auszufüllen und können auf der Homepage heruntergeladen werden. Dort finden sich auch Informationen zu den teilnehmenden Kitas und den ausgelobten Preisen.

▷ www.leuchtpol.de/aktionen-und-projekte/wettbewerb

Klimahaus Bremerhaven 8° Ost**Bringt Schüler auf die Palme und schickt Mutti in die Wüste**

□ Das Klimahaus Bremerhaven 8° Ost warb zum Muttertag mit Postkarten mit der Aufschrift „Schickt Mutti in die Wüste!“ für einen Besuch. Aber nicht diese Öffentlichkeitsarbeitsidee, sondern speziell nach Schulen und Altersstufen konzipierte Veranstaltungen locken Multiplikatoren der Kinder-, Jugend- oder Erwachsenenbildung, „Weltentdecker“ oder „Klimaretterin“ zu werden. Das ganze Jahr über bieten spezielle Einführungsveranstaltungen für jede Zielgruppe Gelegenheit, die Bandbreite an Vermittlungsansätzen und die thematischen Anknüpfungspunkte für die Gestaltung von Unterricht oder außerschulischen Bildungsangeboten kennenzulernen.

▷ E-Mail: bildung@klimahaus-bremerhaven.de, www.klimahaus-bremerhaven.de

NNA & LBV**In der Kita das Leben gestalten lernen**

□ Die Niedersächsische Naturschutzakademie (NNA) veranstaltet gemeinsam mit dem Landesbund für Vogelschutz (LBV) am 20. und 21. Juni in Schneverdingen ▶

die Fachtagung „In der Kita das Leben gestalten lernen – nachhaltige Lebensstile entwickeln, Werte leben, sich die Zukunft konstruktiv erobern“. Früh lernen, was im Leben wirklich wichtig ist – wie kann das gelingen? Welche Rahmenbedingungen muss ein Kindergarten bieten, damit sich bei den Kindern ein nachhaltiger Lebensstil und ein werteorientiertes Zukunftskonzept entwickeln kann? Welche Methoden eignen sich für die Herausbildung eines zukunftsfähigen Wertebewusstseins? Im Mittelpunkt stehen Bildungsprojekte, die in der täglichen Arbeit im Kindergarten direkt umsetzbar sind.

▷ www.kurzlink.de/nna-lbv-kita

WISSENSWERT

Broschüre

Rio+20 vor Ort

□ Das Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) hat eine Studie aus seinem aktuellen Forschungsvorhaben als Broschüre veröffentlicht: „Rio+20 vor Ort – Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven lokaler Nachhaltigkeitsprozesse in Deutschland“. Die Studie basiert auf der größten je in der Bundesrepublik durchgeführten (quantitativen und qualitativen) Erhebung zu kommunaler Nachhaltigkeit und partizipativer Kommunalpolitik im Sinne der Lokalen Agenda 21.

▷ www.izt.de/fileadmin/downloads/pdf/projekte/rio/IZT-BMU_Broschuere_rio2012.pdf

Buchrezension

Kinder philosophieren über Nachhaltigkeit

□ Ein praxisnahes Fachbuch hat die Eberhard-von-Kuenheim-Stiftung in Kooperation mit der „Akademie Kinder philosophieren“ für LehrerInnen und Mul-

tiplikatorInnen in der außerschulischen Bildungsarbeit herausgebracht. Nach einer fundierten, gut lesbaren Einleitung zu den theoretischen Grundlagen der Nachhaltigkeit gliedert sich das Buch in die Philosophiegebiete „Mensch und Natur“, „Konsum“, „Gemeinschaft“, „Lebensfreude“, „Kultur“, „Zukunft“ und „Nachhaltigkeit“. Einstiegs- und Vertiefungsfragen, kreative Übungen, Forscheraufgaben und Aktionsvorschläge sowie eine Materialliste zu jedem Unterthema ermöglichen angenehmes, altersgerechtes Arbeiten für alle Zielgruppen.

▷ Krüger, B. u. a.: *Wie wollen wir leben? Kinder philosophieren über Nachhaltigkeit.* oekom, München 2012, 144 S., 19,95 €, ISBN 978-3-86581-229-2. www.oekom.de/nc/buecher/gesamtprogramm/buch/wie-wollen-wir-leben.html

Unicef

Report zur Lage von Jugendlichen weltweit

□ In dem Bericht „Progress for Children – A report card on adolescents“ untersucht das UN-Kinderhilfswerk Unicef die Lage der rund 1,2 Milliarden Jugendlichen weltweit. Fehlende weiterführende Bildung, frühe Heirat, Gewalt und gesundheitliche Risiken sind zentrale Probleme, für die die Datensammlung auch Lösungsansätze anbietet. So fordert Unicef mehr Investitionen in die Förderung und den Schutz von Jugendlichen. Dazu sei es notwendig, Bildungs-, Ausbildungs- und Jobchancen für Heranwachsende gezielt zu verbessern. Außerdem müssten Mädchen Fähigkeiten entwickeln können, um ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Jugendliche müssten beteiligt und ermutigt werden, selbst an der Lösung ihrer Probleme und an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken.

Eine deutsche Zusammenfassung und der komplette Report stehen im Internet.

▷ www.unicef.de/presse/2012/unicef-report-zur-lage-von-jugendlichen

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

18.06., Berlin (D)

Viel Lärm um nichts? Die EU-Umweltpolitik auf dem Prüfstand. Seminar

Organisiert von der Aktion Europa in Kooperation mit der EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings, wartet dieses Seminar für UmweltjournalistInnen und KommunikationsexpertInnen in Umweltverbänden mit einem geballten Programm und internationalen Referenten auf. EU-Agrarpolitik, Wasserschutz, der neue EU-Finanzrahmen ab 2014, die Zusammenarbeit zwischen EU-Institutionen und Mitgliedstaaten und Möglichkeiten zum Einmischen für Umweltverbände bilden den thematischen Rahmen der Veranstaltung.

▷ www.eu-koordination.de/ueber-uns/veranstaltungen/1429

25.–27.07., Bonn (D)

Neue Ansätze in der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Deutsche Welle Global Media Forum. Medienworkshop

Die internationale Tagung steht unter dem Motto „Culture, Education, Media. Shaping a sustainable world“. Sie widmet sich dem Recht auf Bildung, dem interkulturellen Dialog, neuen Ansätzen in der BNE – und der Verantwortung der Medien in der heutigen Bildungslandschaft. Eingeladen sind Medienschaffende vom Volontär bis zum Intendanten aus der ganzen Welt.

▷ www.kurzlink.de/medienworkshop-bne

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner [lh] (verantwortl.), oekopaednews@anu.de;
Jürgen Forkel-Schubert [jfs], jfs@oekopaednews.de

ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de